

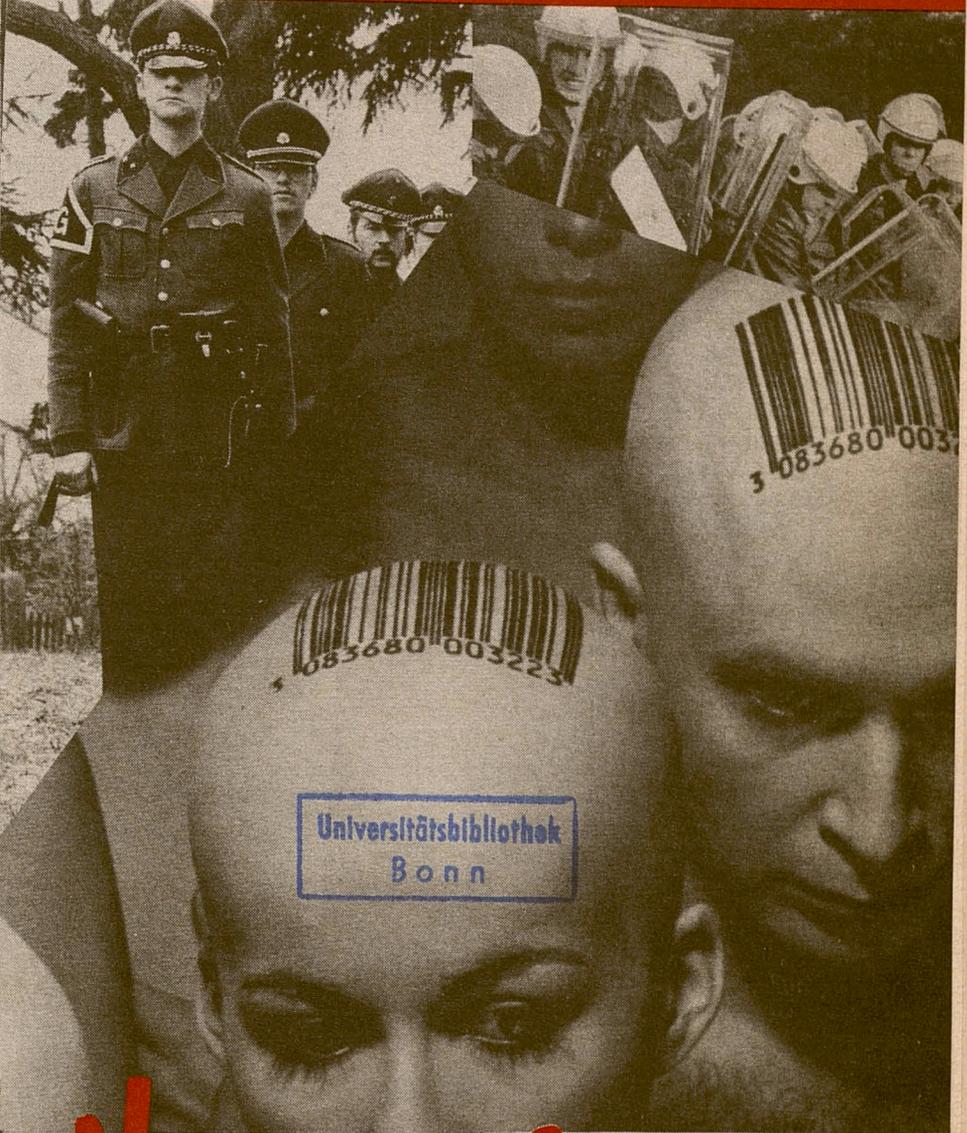
NG

mit ASTA-PROGRAMM  
mit FRIEDENSPOSTER

# AKUT

Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft Nr. 196

Kommun...  
zwei Ver...  
m Ökologi...  
sicherheit...  
Skripti...  
33" doku...  
altungsre...  
angs (72...  
Alternati...  
nn absolute...  
schaften...  
selbstorg...  
vorgestell...  
eren Wissen...  
schaftsthes...  
Veröffentl...  
en und kan...  
Lektüre un...



*sicher  
sozial  
und frei*  
**Aus Liebe  
zu Deutschland**



# Impressum

AKUT

Nachrichtenmagazin der Bonner Studentenschaft

**Herausgeber :**

Das Studentenparlament der Rheinischen Friedrich - Wilhelms - Universität Bonn

**Redaktion :**

Jan Baumeister (verantwortlich im Sinne des Presserechts), Thomas Hallet, Bernd Hölzenbein, Burkhard Hoffmeister, Wilfried Löhr, Hans-Joachim Simon (Titus)

**Anzeigenverwaltung :**

Ute Hübner

**Redaktionsanschrift :**

Nassestr. 11, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/737040 Anwesenheitsdienst : Montag - Freitag von 12<sup>00</sup> - 14<sup>00</sup> Uhr

**Auflage :** 12000

**Herstellung :**

Satz : Triumph-Adler SE 1030, Eigensatz

**Druck :**

Farbo Druck GmbH  
Bonner Wall 47  
5000 Köln 1



**UNIVERSITÄTSBUCHHANDLUNG**  
**Bouvier**  
Am Hof 32 · Fürstenstraße 3 · ☎ 0228/6544 45-8  
Bonn · Gegenüber der Universität  
**Bouvier** schafft Kontakt zum Buch

# Inhalt :



... und die eigenen Kindheitserfahrungen zur Grundlage seiner Erziehungsmethoden machen.

Korruption ? No future für "demokratische Gepflogenheiten".....	4
Ein Jammerlappenstaat. Jugendprotest in der B R D ... ..	5
Nix Lehrer - Nix Zukunft.....	7
Nicht mehr in die Schule dürfen.....	9
Seid nett zu Bonn !?.....	10
Gegen Bürokraten - Kreative Taten.....	11
Bonn-z-Kultur.....	11
Kommunalwahlen '84! Der Hahnenkampf.....	12
Leserbriefe.....	12
Studienalltag in der DDR.....	14
Katastrophenschutz : No future im Ernstfall.....	15
Aufschwung in Sicht.....	16
Aus dem SP.....	17
Konzerte & Termine.....	18
Das AStA-Programm.....	a - h
Aus den Fachbereichen : Chemie, Sport.....	19
Juristenausbildungsreform.....	20
Volkswirtschaft, Geographie.....	21
VDS.....	22
... und AStA.....	23
Einigkeit und Recht und Freiheit.....	26
ASten im Systemvergleich.....	26
Arme Studenten - Studentenvertretung in der Krise.....	28
Es wird schon keinem auffallen ... ..	29
AGJP-Bonn - Die Nase am Boden.....	32
Sexismus und Militarismus.....	32
Von der Friedens- zur Konfrontationsforschung ?.....	34
Optionen für den Atomkrieg - Teil 2.....	36
Termine.....	37
Grenada - US-Imperialismus live.....	38
Chemie : Magnifizenzens neuer Gag.....	39
AKUT - Diskussion.....	40

14.00 - 16.00

## Hauptschüler: No future ... ?

**Jungen und Mädchen machen sich Sorgen**

Bonn/Hangelar. Keine Zukunft für Hauptschüler? Die Klassen 10 A und 10 B der Gemeinschaftshauptschule in Hangelar jedenfalls machen sich schon heute Sorgen um ihre Zukunft. Schon für 1984 suchen sie jetzt Ausbildungsstellen - damit sie dann nicht einfach auf der Straße stehen müssen. Ihr Lehrer Wolfgang Schneider, ein engagierter Verfechter der Jugend, steht ihnen bei. So haben die Klassen jetzt schon ein „Inserat“ entworfen und geben darin ihrer Sorge um einen Ausbildungsplatz Ausdruck.

Das Bonner Anzeigenblatt

möchte den Jugendlichen helfen, und weil das „Inserat“ so gut ausgefallen ist, hier der Wortlaut:

**HAUPTSCHÜLER - NO FUTURE?**

Wir, 19 Mädchen und 19 Jungen der Klassen 10 A und 10 B der GHS St. Augustin-Hangelar, suchen zum Ausbildungsjahr 1984 Ausbildungsstellen in den verschiedensten Berufen. Wir befürchten, daß ein großer Teil von uns keine Berufschance bekommt, obwohl es uns geläufig ist, daß Rechte immer mit Pflichten verbunden sind.

Zu einem Praktikum in den Osterferien 1984 sind wir gerne bereit.

Sollten Sie uns den Einstieg ins Berufsleben ermöglichen können und wollen, so wenden Sie sich bitte an:

Klassen 10 A und 10 B  
der GHS St. Augustin-Hangelar  
Graf-Zeppelin-Straße  
5205 Sankt Augustin 2

aus : Bonner Anzeigenblatt, 2./3. 11. 83

# WARMER WORTE:

An dieser Stelle sollte eigentlich etwas anderes stehen. Die bereits verfassten 'Warmen Worte' zur Einleitung des Hauptthemas "No future" waren anscheinend so gut, daß sie, dem klassischen Witz zufolge, verlegt und nicht wiedergefunden wurden.

Diese Ausgabe vereinigt einige Aspekte und praktische Varianten mangelnder Zukunftsgläubigkeit. Bei allen Arten der Ausbildung ist "No future" angesagt, beginnend auf Seite 2 bei den Hauptschülern ohne Ausbildungsstellen (die Lehrstellengarantie von Kanzler Kohl läßt grüßen) über Abiturienten ohne Studienplatz zu Akademikern ohne Job.

Desweiteren wird die Gefahr eines Atomkrieges immer größer (Pershing II und Marschflugkörper werden stationiert, die SS 20 stehen bereits) und es droht uns eine globale Umweltzerstörung.

Da verwundert es nicht, daß Einige zur Ansicht kommen, es gäbe keine Zukunft mehr, zumindest nicht für uns. Im Gegensatz dazu, die Leute, die diese schicken, kleinen Aufkleber "Ich bin für Zukunft" auf ihre schicken, teuren Autos kleben. Welch schicksalsschwangere Äußerung! Ich weiß zwar nicht, wo es lang geht, aber ich bin auf jeden Fall dafür! Diese Leute bekunden doch auch nur, daß sie keine Ahnung haben, wie es weiter gehen soll, aber sie behaupten ständig, es zu wissen.

Diese Ausgabe erhebt selbstverständlich keinen Anspruch auf vollständige Abhandlung des Themas. Hätte man wohl viel mehr daraus machen können - hätte man, wenn man mehr Zeit hätte.

Wir warten sehr gespannt auf Leserreaktionen, nicht nur von Politprofis, sondern von denen, die sich die AKUT in der Mensa in die Hand drücken lassen und auch lesen. Ich kann nicht glauben, daß es 12 000 Lesern egal ist, was hier geschrieben steht, oder herrscht hier auch schon "No future" vor?

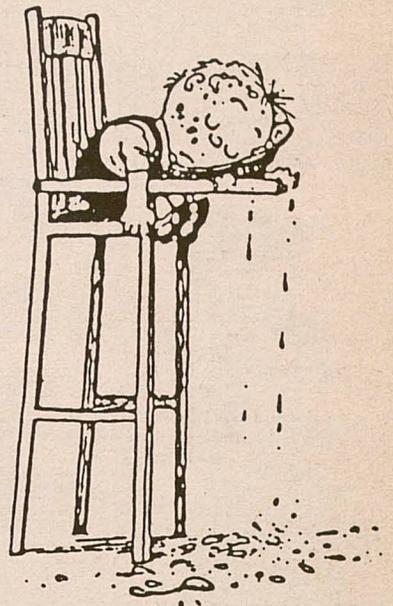
Gelegenheit, sich in dieser Hinsicht zu äußern, gibt es am Montag, dem 5.12.83 um 20<sup>00</sup> Uhr in HS 8 (siehe Seite 40). Ansonsten kann sich jeder auch schriftlich äußern und für (und in) AKUT schreiben, denn dies sollte nicht nur eine Zeitung für euch, sondern auch von euch sein.

Bleibt noch festzuhalten, daß Artikel, die mit vollem Namen unterzeichnet sind, nicht unbedingt die Meinung der Redaktion darstellen.

Wie man unschwer erkennen kann, sind wir noch nicht "No future" erlegen, sonst hätten wir dies nicht mehr zustande gebracht.

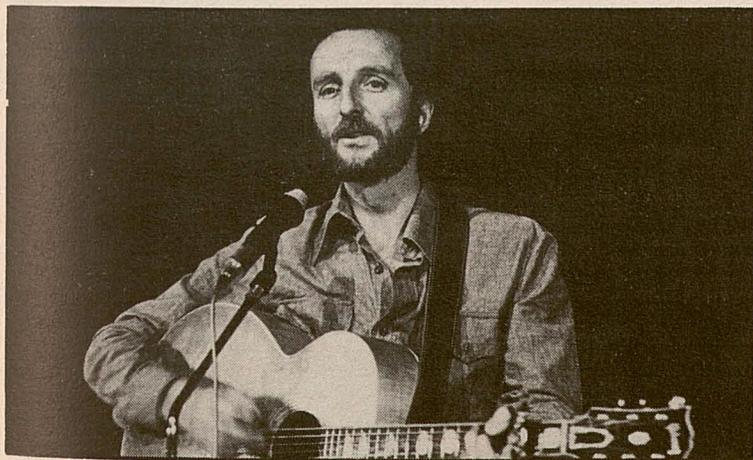
Ein Pessimist ist ja bekanntlich jemand, der vor sich alle Brücken abbricht.

Hans-Joachim Simon



Anzeige

## HANNES WADER



REINHARDBARENZ  
HANS HARTMANN

LYDIE  
AUVRAY



VERANSTALTER: MSB SPARTAKUS  
in Zusammenarbeit mit SDAJ und DKP  
Vorverkauf bei Braun Peretti, ELPI,  
Buchladen 46, Progress-Buchhandlung,  
AStA-Laden, Theaterkasse Köln

**DO. 1.12. HS. 10**

**20.00 UHR UNI-HAUPTGEBÄUDE**

Der AstA deckte am 10. November auf, daß der Leiter des Organisationsbüros des Bundestages, Dr. Stelzel (CSU), Arbeiten und Tätigkeiten an ihm politisch genehme "junge Leute" vermauscheln wollte. Stelzel zeichnet gleichzeitig verantwortlich für Datenschutz und Sicherheit im Bereich des Bundestages. Dr. Stelzel hatte sich im AstA telefonisch gemeldet und dort nach bestimmten Personen seines Vertrauens verlangt. In der Folge führte der AstA mehrere Anrufe mit Dr. Stelzel, bei denen er verschiedene Identitäten übernahm. Der Datenschützer plauderte ohne Hemmungen und frei von der Leber weg. (siehe Flugblatt "Der AstA deckt auf")

# KORRUPTION ?

## NO FUTURE FÜR «DEMOKRATISCHE GEPFLOGENHEITEN»

LEITER DES REFERATS 'DATENSCHUTZ UND ORGANISATION' BEIM DEUTSCHEN BUNDESTAG, DR. STELZEL (CDU/CSU) VERSCHACHERT JOBS AN RCDS !

STELZEL PLAUDERT ÜBER PERSONAL-INTIMES MIT RCDS-"VORSITZENDEM"!

STELZEL RÄT: "ALLES DEMENTIEREN"

**Jawollja, KORRUPTION! Ist der PARLAMENTARISMUS NOCH ZU RETTEN? NO FUTURE FÜR DIE REDLICHKEIT! Verantwortungslose Burschen machen unsere DEMOKRATIE KAPUTT! ...**

Das oder ähnliches würde die BILD-Zeitung krakeelen, wenn die "richtigen" Leute solch Falsches getan hätten. Nur war der Übeltäter nach dem Welt-Bild einer von den falschen, ein "Eigener".

Weil "Akut" nicht die BILD-Zeitung, der Vorgang jedoch trotzdem ungeheuerlich ist, wollen wir uns etwas mehr Mühe mit der Einordnung des Vorgangs geben.

Da benutzt ein Dr. Stelzel, seines Zeichens Leiter des Organisationsbüros des Deutschen Bundestages, Datenschutz- und Sicherheitsbeauftragter, die ganz normale Fernsprecheinrichtung der Post, um junge Leute seiner eigenen politischen Gesinnung in Pöstchen zu hieven, deren Ideologische Sauberkeit ihm offensichtlich besonders am Herzen liegt.

**Vorzimmer:** Deutscher Bundestag, Organisationsbüro.

**Anrufer:** Guten Tag, mein Name ist Christian Boergen aus Bonn. Man hat mir im AstA gesagt, daß ich Herrn Dr. Stelzel anrufen soll. Kann ich Herrn Dr. Stelzel sprechen.

**Vorzimmer:** Moment.

**S.:** Stelzel.

**A.:** Mein Name ist Christian Boergen vom RCDS Bonn. Ich bin hier RCDS-Vorsitzender. Man hat mir im AstA gesagt, ich solle Sie anrufen.

**S.:** Das stimmt. Worum es geht, das soll privat behandelt werden. Nicht jeder braucht's zu wissen.

**A.:** Ich verstehe.

**S.:** Es geht darum, daß hier im Bundestag immer wieder Arbeiten und Tätigkeiten anfallen und vergeben werden. Und da wollen viele dran. Vor allem drängen zu viele Rote 'rein. Und ich denke, daß da auch mehr Schwarze 'rankommen sollten. Darüber würde ich gern mit Ihnen reden.

Einmal ganz davon abgesehen, daß die

Pöstchenmauscherei selbst schon übel ist, teilt der Datenschützer auch noch frank und frei mit, was er so global über die Zusammensetzung der Bundestags-Hilfskräfte zu wissen glaubt.

Es ist wohl klar, daß Akte kleiner und großer Korruption, daß Akte unrechtmäßiger Vorteilsverschaffung über die Parteilinien von CDU/CSU hinausgehen. Daß das Mitgliedsbuch auch bei anderen von durchaus übergeordneter Bedeutung gegenüber sachlichen Überlegungen und Qualifikationen sein mag.

Hier geht es jedoch nicht darum, daß irgendein MdB ein paar Jobs an "seine" Leuten "vermitteln" will. Hier setzt ein Datenschützer von Amts wegen demokratische und moralische Gepflogenheiten auf's Nagelbrett. Mal ganz flott und locker nebenher. Das ist eine ganz andere Qualität.

Für uns Studenten ist das interessant. Viele von uns blicken einer von Seite des Staates geplanten und in Kauf genommenen Arbeitslosigkeit großen Stils entgegen. Uns wird gesagt, das sei "konjunkturebedingt" und heile schon durch die "Selbstregulierungskräfte des Marktes". Wir sollten systematisches Vertrauen ins System haben. Und dann sieht man derartige Spiele.

Für die "Akut" entsteht Interesse auch aus der Situation heraus. Wir schreiben gerade an einer Ausgabe zum Thema "No Future", wissen kaum, wo anzufangen wäre, und da erhalten wir sozusagen als Kontrastprogramm, wie gut es für junge Karrieristen läuft, welche Wege deren Zukunftssicherung geht. Und die Wegbereiter üben sich in Zynismus:

(...weiter auf Seite 5...)

### ZUR CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE:

DAS GESCHEHEN VOLLZOG SICH IN DREI ETAPPEN:

#### ERSTER AKT:

Dr. Stelzel ruft im Bonner AstA an und verlangt den Vorsitzenden seiner studentischen Jugendorganisation. Der AstA - überrascht von der offensichtlichen Unkenntnis (Amtswechsel) des Doktors vertröstet Stelzel auf einen Rückruf. In den nächsten 5 Minuten berät der AstA. Über die Funktion des Dr. Stelzel herrscht schnell vollkommene Klarheit; es handelt sich nicht um "irgendeinen" subalternen Beamten.

#### ZWEITER AKT:

Der AstA entscheidet sich zum Rückruf unter dem Pseudonym der von Stelzel verlangten Person. Der Datenschützer bietet Jobs in seinem Verantwortungsbereich für Linien-Treue an und schildert in dankenswerter Offenheit seine Beweggründe: Zu viele "Rote" an den Schreibmaschinen seiner Büros; er wolle mehr "Schwarze".

Der AstA ist platt. Ohne große Mühe hat er so einen durchaus skandalösen Vorgang aufgedeckt und - das sollte man nicht vergessen - vorerst auch vereitelt. Es wird beschlossen, Dr. Stelzel noch eine Chance zu geben, für die Öffentlichkeit Interessantes auch der Öffentlichkeit mitzuteilen.

#### DRITTER AKT:

Ein aufgeregter studentischer Polit-"Freund" Stelzels ruft diesen an und teilt ihm mit, daß er offensichtlich einem von Links fingierten Telefonat auf den Leim gegangen ist. Nun wisse der AstA zu viel.

Stelzel findet das sehr "unangenehm". Sein Rat: "Alles dementieren!" Dem vermeintlichen Kumpanen teilt der Doktor auch gleich ein reichlich zynisches Konzept der Interpretation seiner Mausechelen mit.

Darüberhinaus gab es noch einen vierten Akt: Einen Tag später ruft ein verwirrter Dr. Stelzel in der AKUT an. Was er will? Wieder den jungen Mann seines Vertrauens! Dr. Stelzel glaubt wohl, die AKUT sei noch in seinem Sinne getrimmt. AKUT ging nicht noch einmal auf den redseligen Datenschützer ein.

(...Fortsetzung von S.4...)

Und Sie sagen, einfach alles dementieren!  
'Ne?

S.: Ich habe das doch so gemeint: ich wollte junge Leute für den Bundestag interessieren...

A.: Ja.

S.: Für die Auseinandersetzung mit dem Bundestag...

A.: Ja?

S.: Alles andere kann ich nicht bestätigen. Das geht auch nicht!

A.: Ja - es geht also überhaupt nicht darum, daß da welche von uns reinkommen oder sowas in der Richtung, hm?

S.: Das müssen wir alles dementieren! Ich

wollte nur mit dem RCDS-Vorsitzenden sprechen...

A.: Ja.

S.: Mir ging es darum, junge Leute für die Politik zu interessieren und Ihnen Berührung mit dem Parlament zu verschaffen. So schaut das aus...

A.: Ja, nur, die behaupten, Sie hätten gesagt, da säßen zuviele Rote drin, Sie hätten uns selbst mit, "Schwarze" titulierte...

S.: Davon kann natürlich gar keine Rede sein. Davon darf keine Rede sein.

Der AstA hat sein Material dem Bundestag zur Verfügung gestellt. Es bleibt abzuwarten, was dieser damit und daraus macht. Wenn er Datenschutz in irgendeiner Form ernstnimmt, wenn er unter

"Sicherheit" nicht nur den Schutz vor dem Zugriff "Nicht-Berufener" im Sinne Stelzels versteht, wenn er Amtsmissbrauch noch tadelt, so muß er den Doktor in die Wüste schicken. Das wäre nicht das Ende der Vetterwirtschaft, aber eine Geste des Bundestages an seinen Souverän, die Kreuzchen-machenden Menschen.

Und noch ein Wort der "Würdigung" zum Verhalten des AstA: Natürlich mag es nicht sehr formvollendet sein, jemandes Wort auf diese Weise zu gebrauchen. Die Frage nach den Methoden steht.

Doch sie läßt sich auch beantworten. Ein derartiges Verhalten eines Staatsdieners in solch einer Position muß offengelegt werden. Wenn Stelzel sich mit nicht nur fragenden, sondern unwürdigen Methoden jeder Transparenz entzieht, bleiben wenige Mittel, diese wiederherzustellen.

Burkhard Hoffmeister

## ASTA: Beamter des Bundestags „verschachert“ Jobs an RCDS

### Betroffener weist Vorwürfe zurück - Telefonate „getürkt“

(rgb) Schwere Vorwürfe erhebt derzeit der linke AstA der Bonner Uni gegen einen Mitarbeiter der Verwaltung des Deutschen Bundestages. Auf einem seit dem Wochenende verbreiteten Flugblatt werden mehrere „getürkte“ Telefongespräche wörtlich wiedergegeben, in deren Verlauf der Leiter des Referats „Datenschutz und Organisation“, Dr. Hans-Joachim Stelzel, gesagt haben soll, der Bundestag habe Tätigkeiten für Studenten zu vergeben. Zitat: „Vor allem drängen zu viele Rote rein. Und ich denke, daß da auch mehr Schwarze rankommen sollten“. Diese Äußerung wurde von Stelzel auf Anfrage des GA energisch bestritten.

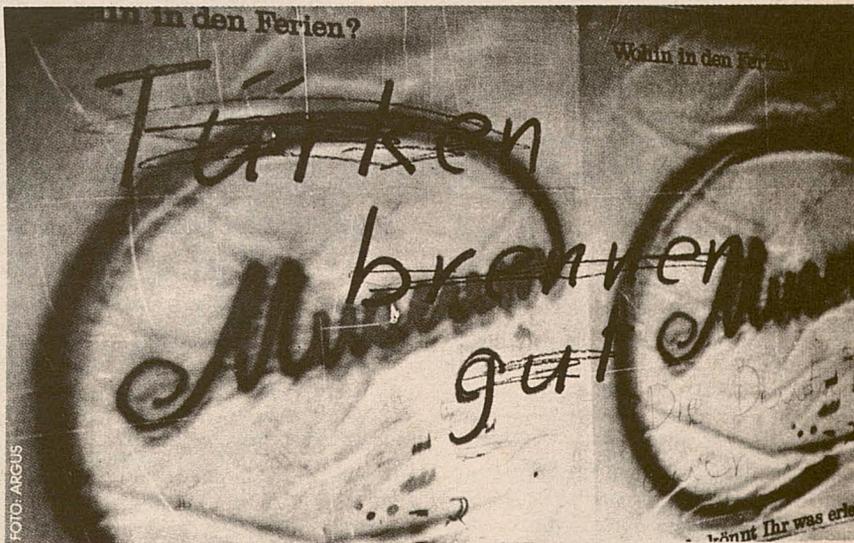
aus General- und Rhein-Sieg-Anzeiger

## Telefonat um Jobs beim Bundestag?

läßt ein Flugblatt Referats „Datenschutz und Organisation“ beim Deutschen Bundestag vorwirft, bei der Vergabe von Jobs innerhalb der Bundestagsverwaltung an Studenten-RCDS-Mitglieder zu bevorzugen.

# Ein Jammerlappenstaat

## Jugendprotest in der BRD-Variante Rechts-Extremismus



Oktober 1983, die Fußballnation im Blick auf West-Berlin: Spannung, Sorge, Aufatmen - Türkei besiegt, Neonazis abgeschlagen. Ausländerfeindlichkeit in und um Deutschlands Stadien findet vorerst nicht statt; Erst recht nicht, wenn sie von braunen Rowdies angezettelt wird. Schließlich gibt es ja subtilere Methoden.

Das politisierte Fußballereignis von Berlin markiert gleichwohl mehrere Feststellungen zum Phänomen Rechtsextremismus: Die Gruppierungen dieses Bereichs legen eine neue Offensive an. Sie zeigen dabei eine zunehmende Gewaltbereitschaft und setzen - wie beim "Kampf gegen die Kanaken" (Flugblatt der "Fans von Hertha BSC") - auch auf Aktionseinheiten mit anderen (Rand-)Formationen. Die Öffentlichkeit reagiert mit einer Aufmerksamkeit, die sich mehr dem spektakulären Ereignis als den Hintergründen widmet. Dabei verdienen gerade die aufgrund ihrer Komplexität und gesellschaftspolitischen Bedeutung eine volle kritische Zuwendung. Und die ist bisher nur in Ansätzen erfolgt.

### DIE HERAUSFORDERUNG

Eine qualitative Untersuchung über "neonazistische Militanz und Rechtsextremismus unter Jugendlichen"

stellt eine neue Entwicklungsstufe des organisierten Rechtsextremismus fest:

- Zwar hat die Mitgliederzahl in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre abgenommen, gleichzeitig ist aber eine

bemerkenswerte Umgewichtung erfolgt. Es bilden sich zunehmend Jugendorganisationen (15- bis 25jährige), insbesondere neonazistischer Prägung.

- Diese gehen mehr und mehr zur

Offensivstrategie (offene Verwendung von Propaganda und NS-Symbolik) und zu militanten Verhaltensweisen ("Propaganda der Tat", s. Berlin) über. Die Auseinandersetzung mit dem feindlichen Lager wird nicht nur eingeübt, sondern angebahnt. Dabei zeigt sich die bewußte Bereitschaft, strafrechtliche Konsequenzen in Kauf zu nehmen.

Diese Einschätzung begründet die Forderung, die Beschäftigung mit dem Rechtsextremismus nicht zu vernachlässigen. Andere Formen des Jugendprotests (z.B. Jugendsekten) haben eingehende Bewertungen erfahren, in Sachen Rechtsextremismus gibt es bislang deutliche Defizite - etwa deshalb, weil eine Auseinandersetzung mit dem braunen Schatten deutscher Identität gefordert ist?

#### DIE INHALTE

"Dieser Staat, in dem wir leben, ist doch total verschnullt. Das ist doch ein Jammerlappen-Staat. Ich will zu etwas heraufblicken. Ich hätte das ganz gerne: ein Volk, das richtig zusammenhält."

Diese Äußerung eines Mitglieds der als rechtsterroristisch eingestuften ANS (Aktionsfront Nationaler Sozialisten) weist auf die Einstellung zum politisch-sozialen System der BRD hin:

Der Staat und seine Repräsentanten vermitteln keine Wertvorstellungen und ermöglichen keinerlei Identifikation. Sie bieten als Lösung der als dringend empfundenen Probleme (Arbeitslosigkeit, Ausländer, Sinngelobung, Ökologie) keine erfolgversprechenden Ansätze und auch langfristig keine Perspektive.

Das ist keine spezifisch rechtsextreme Form der politischen Entfremdung. Sie führt über die stark empfundene Ohnmacht aber nicht nur zu einem fundamentalen Bruch mit dem parlamentarisch-demokratischen System, sondern zu einer aggressiven Distanz und zu einem eigenen Lösungsansatz.

Parteien, Gewerkschaften und neben Ausländern auch anderen Personengruppen (Lehrer, Studenten, Journalisten, Intellektuelle) wird eine besondere Verantwortlichkeit für die Ineffizienz und Dekadenz der "Konsumgesellschaft ohne Ideale" zugewiesen. Materieller Wohlstand und rücksichtsloser Egoismus werden mit sittlichen Auflösungserscheinungen in Zusammenhang gestellt, folgerichtig wird die voranschreitende Krise als eigene Chance begriffen.

"Vor zehn Jahren ..., damals war doch der große Wirtschaftsboom ... Ja, da dachten die Jugendlichen, es geht aufwärts, dieser Staat hier ist der richtige ... Jetzt sehen doch die meisten, daß es bergab geht ... und ... auch da heraus ... haben wir viel Zuwachs."

"Solange es dem Spießbürger Irgendwie noch gut geht und er sein Bäuchlein füllen kann, wird er niemals über seine Situation



JUNGEN und MÄDCHEN: Steht nicht länger im Abseits!  
Die Ideale, die man euch gestohlen hat - wir haben sie!  
KOMM ZU UNS, wenn auch Du den Medien und dem linken  
Pauker zum Trotz bekennst:

ICH BIN STOLZ, EIN DEUTSCHER ZU SEIN!

(aus einem Flugblatt der Wiking-Jugend,  
"Deutschlands saubere Jugend")

nachdenken. Wir sehen die heutige Zeit als die Herausbildung junger Kräfte zu einer Elite, die dann in dem entscheidenden Moment Massen führen kann."

Die Zielvorstellungen rechtsextremistischer Aktivitäten sind unscharf. Zentrale Orientierungen sind die Schaffung einer Volksgemeinschaft ohne Ausbeutung, Verplanung, Verfremdung, Entmündigung und - mit Abstrichen - das Vorbild des Dritten Reiches.

Mit der Vorarbeit wird jetzt begonnen: "Als erstes muß man die Ausländer raus-schmeißen. Und dann muß das Volk viel dichter zusammenrücken."

Als entscheidend für die Durchsetzung gilt eine elitäre Kampfhaltung (ANS-Selbstverständnis: "politische Soldaten"), die unter Aufgabe anderer sozialer Bindungen zum militanten politischen Engagement befähigt und Kriminalisierung positiv werten kann: Gewalt hat - ähnlich wie im Linksterrorismus - Integrations- und Anbindungsfunktion.

"Was uns nicht tötet, macht uns nur noch härter."

#### DIE URSACHEN

Rechtsextremistische Leitbilder sind qualitativ nichts Neues. Besonderes Interesse verdienen aber die aktuellen sozialen und psychologischen Bedingungen ihrer Entstehung.

Daß sich mit dem Verschwinden der Alt-Nazis das Problem des Rechtsextremismus von selbst lösen wird, muß Wunschdenken bleiben:

Die Aktiven der Szene, 50er und 60er Jahrgänge, sind in einem vom Selbstverständnis her demokratischen System großgeworden; Jugendliche also, die es nach den Ansprüchen unserer Gesellschaft gar nicht geben dürfte.

Sie entstammen vorwiegend der unteren Mittelschicht mit kleinbürgerlicher Vorstellungswelt und haben in der Regel einfachen bis mittleren Bildungsstand.

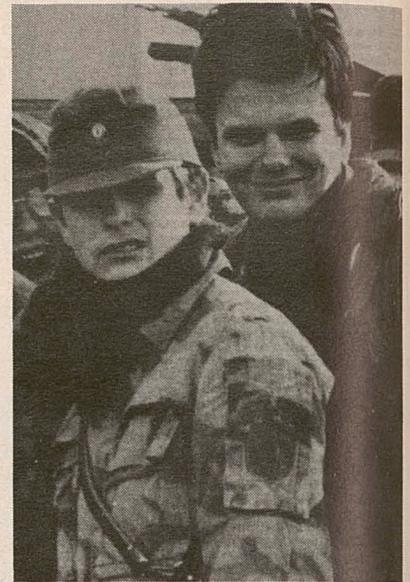
In den Fallstudien wird eine "überdurchschnittlich schwere Reifungskrise und ein hoher Grad sozialer Benachteiligung" festgestellt (hoher Anteil von Arbeitslosen und Ausbildungsabbrechern). Die zitierte Studie bietet folgenden Erklärungsansatz an:

Die gegenwärtige umfassende Krise führt zu einer Schere zwischen den aktuellen persönlichen Problemen und den unzureichenden individuellen und kollektiven Lösungsversuchen. Die entstehende Unzufriedenheit führt - besonders bei konservativ-autoritärer und nationalistischer Vorprägung - sehr schnell zu einem politisch-sozialen Protest mit starken Zügen kollektiver Sozialkritik und Politikerschelte. Wenn dann entsprechende organisatorische und ideologische Angebote greifbar sind, werden rechtsextremistische Einstellungen und Verhaltensmuster rasch übernommen. Die entsprechenden Gruppen haben ein besonderes Geschick entwickelt, die Jugendlichen direkt anzusprechen.

Ihr Krisenlösungsangebot ist annehmbar, klar und gradlinig, ihre Kontaktbereitschaft und die Betonung des Gemeinschaftserlebnisses kommen den Bedürfnissen der Suchenden sehr entgegen.

"Wir sprechen innerhalb dieser Jugend verständlicherweise die an, die besonders wenig zu verlieren haben und die ein besonders hohes Maß an Unzufriedenheit

mit den Lebensumständen haben. Ob es sich nun um persönliche Probleme handelt, etwa die Frage der Geborgenheit und ... der Wunsch eben, in einer Gemeinschaft zu leben, ... das hat natürlich Konsequenzen." (M. Kühnen, Kopf der ANS)



Michael Kühnen (r.), ehemaliger Bonner Schüler, heute Führerfigur der ANS

#### DAS AUSMAB

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist nach diesen Erkenntnissen nicht rein formal über Ausgrenzung und Kriminalisierung zu führen. Sie konfrontiert vielmehr mit strukturellen Mängeln unserer demokratischen Kultur, die die Sozialisation der Jugendlichen beeinflussen.

Die Dimension dieser Mängel hat die "sinus-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen" offengelegt:

In einer Repräsentativ-Umfrage zu rechtsextremistischen Kernaussagen wird festgestellt, daß 13 % (!) der Wahlbevölkerung diesem Einstellungspotential zuzuordnen sind.

Darüber hinaus werden weitverbreitete autoritäre Denkmuster um Begriffe wie Treue, Fleiß, Pflichtbewußtsein, nationale Identität untersucht. Sie verschwimmen in einer Grauzone mit konservativen Vorstellungen und machen eine Verbreiterung der sozialen Basis des Rechtsextremismus unter bestimmten Bedingungen denkbar:

"Die in jüngster Zeit sichtbar gewordene Ausländerfeindlichkeit zeigt, wie rasch sich diese unspezifischen Gefühle der Bedrohung und Ohnmacht konkretisieren und politisch mobilisieren lassen." Auch vermeintlich demokratische Wählerschichten sind also für rechtsextremistische Propaganda empfänglich. Das ist keine Schwarzmalerei, sondern ein Hinweis der empirischen Sozialforschung.

#### DIE ANTWORTEN

Im Nachkriegsdeutschland ist eine Trauerarbeit im Sinne der Bewältigung national-

sozialistischer Vergangenheit (A. und M. Mitscherlich) unterblieben. Wiederaufbau und wirtschaftliche Entwicklung richteten den Blick nach vorn und begünstigen die kollektive Verdrängung.

Das drückt sich nicht nur in den Ergebnissen der sinus-Forscher aus, sondern hat nach Aussagen rechtsextremistischer Jugendlicher auch Wirkung auf ihre Entwicklung:

Die ältere Generation stellt Nazi-Deutschland immer noch beschönigend dar. Das läßt die Jugendlichen am Wahrheitsgehalt der offiziellen Geschichtsdarstellung zweifeln, die vorwiegend Statisten und Nazi-Verbrecher unterscheidet.

Die nicht argumentative Reaktion der Erfahrungswelt auf rehabilitierende Äußerungen oder rechtsextreme Vorstöße führt in der Regel zu einer Verhärtung der Positionen.

"Einen Vorwurf an dieser Stelle möchte ich noch machen: Daß man sich mit diesen Leuten nicht genug auseinandersetzt. Das kann z.B. in der Schule geschehen. Es gibt bis heute meiner Meinung nach keinen qualifizierten Unterricht zu dieser Thematik ... Aus meinem Bekanntenkreis besaß keiner das Wissen, um sich mit mir auseinanderzusetzen, aber alle sahen das unter dem Aspekt, ach, das wird sich schon wieder geben, der ist ja nicht blöde, der wird schon selber auf den Trichter kommen."<sup>4</sup>

Deutlich ist auch, daß die Konzeption der Rechtskoalition - insbesondere Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik - geeignet ist, den Nährboden des Rechtsextremismus üppiger zu gestalten.

Schließlich führt die Frage nach der Kausalbeziehung zwischen Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung in die Tiefe der Faschismus-Diskussion:

Ex-Kanzler Schmidt bleibt bei der vagen Andeutung, "daß wirtschaftliche Stabilität stets ein wichtiger Beitrag zur Stabilität der Demokratie ist."

Den entscheidenden analytischen Schritt vollzieht der Marburger Politologe R. Kühnl.

"Es war immer die 'honorige' Rechte, die dem Faschismus die Ideen, das geistige Klima, das Feindbild, die Legalität, oft genug auch die Waffen geliefert hat. Denn die Stoßrichtung der faschistischen Aktivitäten ist eindeutig: Sie nutzen denen, die Demokratie, Mitbestimmung und Sozialismus fürchten müssen als Bedrohung ihrer sozialen Privilegien. Und die in der Krise fürchten, daß die Massen in der Suche nach den Ursachen auf die richtige Spur kommen.

... Die wirklichen (im kapitalistischem System liegenden) Ursachen der Krise sind aufzudecken. Damit kann der Blick geöffnet werden auf diejenigen Kräfte, die an der sozialen Misere tatsächlich schuld sind ...

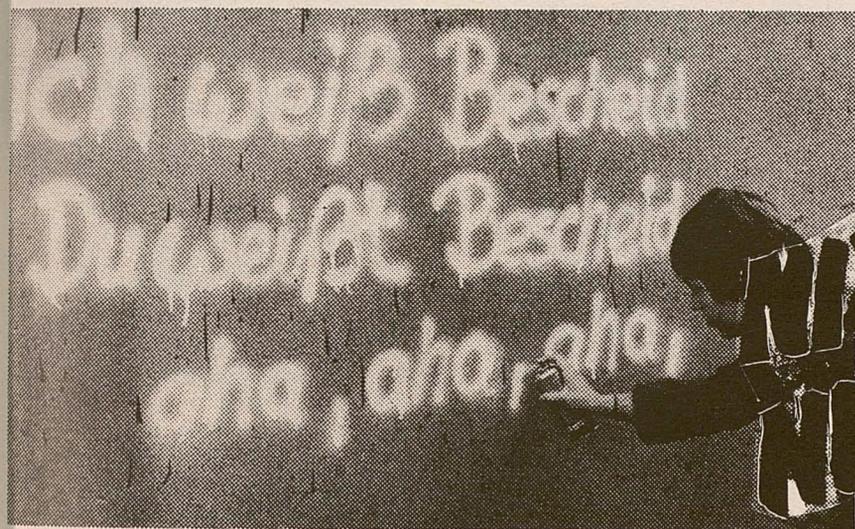
Den Betroffenen und Suchenden müssen Handlungsmöglichkeiten eröffnet, ihr Kampf für eine lebenswerte Zukunft muß organisiert werden."

Die Täter als Opfer? Nein, sie fungieren auch als Gehilfen der Herrschenden in der Krise. Nützlich sind sie, wenn das Abbügeln der Systemkrise wieder mal Prügelknaben verlangt.

Diesmal soll es die Ausländer treffen. Zimmermanns Methoden sind brutal, aber halbherzig. Das Wunschrezept der ANS: "Alle in einen Wagen, irgendwo vorfahren. Pfiff. Alle raus. Rein in die Bude. Und drauf mit dem Knüppel. Knack, knack, daß keiner mehr steht."

- 1) Neonazistische Militanz und Rechtsextremismus unter Jugendlichen  
Schriftreihe des BMI, Band 15  
Verlag W.Kohlhammer, Stuttgart 1982
- 2) Wir sollten wieder einen Führer haben  
Die sinus-Studie über rechtsextreme Einstellungen bei den Deutschen  
Hrsg. Freimut Duve, Reinbek, 1981
- 3) Konkret, Heft 12/82
- 4) "Ich heiße Gerald Wagner"  
Ein rechtsradikaler Jugendlicher berichtet  
dvk-Verlag, Berlin 1981

Thomas Hallet



Auf Einladung der Fachschaft Sport diskutierten an der Bonner Uni die Bildungsreferenten der Bundestagsfraktionen SPD, CDU/CSU, GRÜNE mit der GEW und Vertretern der Studenten und Dozenten. Thema war "Die Zukunft der Lehrerbildung".

Daß sich ein düsteres Bild auftun würde, war den Initiatoren der Veranstaltung im Voraus klar. Mit welcher Konkretheit und Präzision sich die Aussichten für Lehrer und deren Ausbildung entwickeln lassen, erschreckte dann doch.

Der individuelle Ausweg, die Hoffnung auf das "Doch-noch-irgenwie-Hineinschlüpfen" scheint äußerst vage angesichts der wirklichen Situation.

Wir dokumentieren die wichtigsten und die informativsten Ausschnitte einzelner Diskussionsbeiträge. Gesperrt Gedrucktes ist Kommentierung der Aussagen durch den Autor.

#### Guido Wolf, Fachschafter:

Ich wollte mit einer Geschichte beginnen. Mit einer eigenen. Wie ein Schüler sich einen Beruf aussuchte, schon recht früh diesen im Auge hatte und nach seinen Möglichkeiten probierte, genau diesen Beruf anzustreben. Wie er gegen die düsteren Prognosen für Lehrer seine eigenen

Schul-Erfahrungen baute. Ich war immer in großen Klassen. Und ich hatte darauf gesetzt, daß die Vernunft siegt.

An der Uni fehlten Dozenten, Mittel, Räume und eine Sporthalle. Auch Inhalte wurden ausgeklammert. Ich empfand das als Beeinträchtigungen.

Jetzt taucht eine neue Bedrohung auf: Die Arbeitslosigkeit.

Erst empfand ich Unsicherheit; dann folgte die Information: Die Einstellungstermine für Lehrer wurden verschoben.

Mittlerweile ist es fast sicher, daß ich Arbeitsloser werde. Das stellt mich vor eine neue Qualität von Existenzbedrohung. Und ich sehe die Folgen. Jetzt schon und im Unibetrieb: Ellbogenmentalität, Einzelkämpfertum, weniger Solidarität. Diese Veränderung ist zu spüren, deutlich zu spüren.

#### Dr. Haase, CDU/CSU:

Ihre Schilderung berührt mich. Es ist nicht das erste Mal, daß ich solches höre. Das begegnet mir immer, wenn ich an die Hochschulen gehe.

Die Situation ist offenbar in der Tat so gegeben, und ich kann Ihnen fast nichts sagen, was diese Bedrohung aufheben würde.

Ende 1982 gab es 30.000 bis 38.000

arbeitslose Lehrer. Allein in Hamburg sind es 2.000 Lehrer "zu viel".

Dramatisch ist, daß für die bis 1990 freierwerdenden ca. 100.000 Stellen mehr als 200.000 Bewerber anstehen. Und das gilt nur unter der Voraussetzung (und die soll eben nicht gelten!), daß keine Stelle der vorhandenen 570.000 bis 580.000 gestrichen wird.

Wir werden also mindestens 130.000 arbeitslose Lehrer haben. Diese Größenordnung dürfte stimmen.

Die politische Situation jetzt ist eindeutig die, daß der Bildungsbereich nicht mehr an der Spitze der staatlichen Maßnahmen rangiert, sondern "ziemlich weit hinten".

Daran sind auch die Studenten nicht ganz unschuldig, denn die Hochschulen haben sich in den letzten 20 Jahren "nicht gerade populär" gemacht.

Was soll diese unqualifizierte Äußerung, Herr Haase? Ob er ernsthaft die Illusion vermitteln will, daß gerade bei Verzicht auf Gegenwehr bei den Betroffenen die Prioritäten andersherum gewendet worden wären?

Und: Die Finanzminister wollen Stellen streichen! Für die zählt da kein Argument - auch nicht das der überalterten Kollegien.

Der Bildungsgesamtplan, ein Produkt der Finanzminister, will bis 1985 ca. 50.000 Planstellen streichen. Außerdem will er

die Schüler-Lehrer-Relation "auf unbestimmte Zeit" festschreiben.

Ich kann sonst nichts Verbindliches sagen. Außer den Finanzministern hat kein Verantwortlicher konkrete Absichten formuliert.

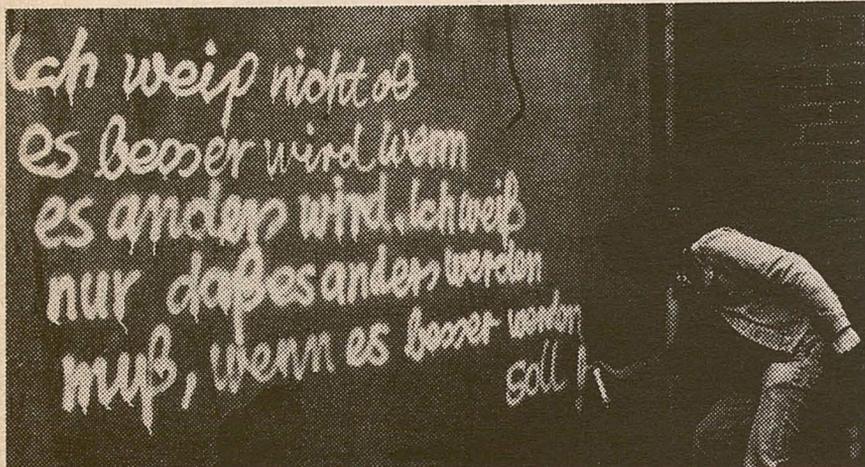
Das stimmt. Doch trotz seines Eingeständnisses geht Haase nun ans Fabulieren:

Es wird erts dann neue Stellen geben, wenn sich die Steuereinnahmen verbessern. Das passiert bei sinkender Arbeitslosigkeit.

Hat er vorher schon ausgemalt, was die Lehrer alleine schon zum Steigen dieser Zahl beitragen. Sonst sieht es düster aus. Ich fürchte, es wird sich für eine relativ große Zahl von Hochschulabsolventen in den nächsten 10 Jahren die Notwendigkeit ergeben, andere Berufsfelder zu ergreifen. Dazu "verweise" ich auf die Absolventenjahrgänge '47-'50 und '50-'60, die zu 17 % bzw. zu 10% andere als den Lehrerberuf wählten, während das heute nur noch 7,5% tun. Ein guter Tip zum Abschluß. Also keine Panik...!

#### Prof. Bernett, Institutsdirektor:

Dem habe ich nach dem Studium der Fakten wenig hinzuzufügen, was die Zahlen betrifft. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, GEW, leistete hier verdienstvolle Arbeit, indem sie Material zusammentrug, so daß sich die Situation auch sehr genau auf NRW oder Bonn spezifizieren läßt.



#### Conny Böhnlein, DIE GRÜNEN:

Ich kenne die Situation, über die wir hier reden, denn ich war bis vor 6 Wochen selbst arbeitsloser Lehrer. Ich bekam nach dem Referendardienst 1 Jahr lang keine Stelle. Bei meinen regelmäßig geschriebenen Bewerbungen hatte ich immer zwischen 150 und 400 Mitbewerber.

Die Situation ist wirklich sehr problematisch. Sie stellt sich prinzipiell so dar: Der Bedarf an Lehrern ist groß, immer noch groß. Da täuschen auch Relationen wie 1:17 nicht drüber hinweg, weil es sich um eine rein rechnerische Größe handelt. Sie sagt wenig bis nichts über die tatsächlichen Klassengrößen aus. 25 Schüler z.B. sind kein Problem. Im Gegensatz dazu herrscht unter den Verantwortlichen ein scheinbarer Konsens über die Geldvergabe. Bildung wird nicht als sooo wichtig erachtet, wohl aber Rüstung, Polizei, innere Sicherheit und Wirtschaftssubventionen. Die Bildungspolitik rückt an den Rand. Die Verantwortlichen sagen: Die Bildungsfreunde haben gute Argumente, aber die Finanzminister entscheiden. Sie sagen: "Bildungsökonomie"! Sie setzen auf Wachstum und so weiter. Dabei ist es das System, das in die Krise führte; und diese Krise ist von vorneherein produziert worden. Das vergessen einige.

Längerfristig muß ein bestimmter Weg gegangen werden. Kurzfristig mögen

tatsächlich Umschichtungen im Haushalt reichen - und da muß es um die Rüstung gehen! - über längere Zeit jedoch muß diese Form von Marktwirtschaft überwunden werden. Diese Wirtschaft betrachtet Lehrer nur als "Ware". Als Ware auf einem Markt, der nach "Bedarf" und "Preis" rechnet. Ein solches System bricht leicht zusammen.

#### Beate Krahmann, AStA:

Das, was wir gehört haben, sind Horrordimensionen. Und neben diese stellen sich weitere Hemmnisse wie Numerus Clausus, LABG (Lehrerausbildungsgesetz), Lehrerausbildungsordnung und neue Prüfungsver-schärfungen. Außerdem gibt's Raumnot und materielle Behinderungen.

Zusätzlich kommt das Bafög unter den Hammer.

Was große oder kleine Klassen bedeuten, können wir doch schon im Unibetrieb selbst sehen. In der Vorlesung lernt es sich schlechter als in der Übungsgruppe.

Was im Augenblick gemacht wird, ist der bildungspolitische Kahlschlag. Ich empfinde mich dabei als Mitglied einer desillusionierten Generation. Wir kommen hier raus und sind arbeitslos.

Als Alternative sehe ich nur die Priorität für die Bildung. Ich selbst hätte z.B. ohne Bafög nie studieren können. Und das trifft vor allem Frauen; in Hamburg sank un-mittelbar nach Umstellung des Bafög der

Anteil der Frauen an den Neueinschreibungen um 5 %.

Man kann lange suchen und wird doch immer als Ergebnis finden, daß wir die Rüstungsschraube zurückdrehen müssen. Ich selbst will auch etwas dafür tun, will mithelfen, die Raketenstationierung zu verhindern. Ich will mithelfen, das wirkliche Wesen der Verzichtsideologie zu erkennen, will diese "Wende" nicht hinnehmen.

Das hört sich nach viel an. Für den AStA bedeutet es eigentlich auch nicht weniger als die Diskussion über den gesamten Komplex einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wenn wir solche Gespräche nicht beginnen, bleiben immer und ewig "zu große" Vorhaben.

#### Klaus Thüsing, SPD:

Die sozialistische Komponente hat der Vertreter der Grünen bereits vorweggenommen - also spare ich sie mir.

(Lachen des Auditoriums)

Über die Prioritäten hat der AStA Ausreichendes gesagt - ich stimme dem zu. Ich glaube tatsächlich, daß "wir" von einem Gesamthaushalt von 250 Milliarden DM nicht weiterhin 50 Milliarden DM für Rüstung ausgeben können.

Das muß man natürlich vielen Sozialdemo-

kraten auch noch klarmachen...

(starker Beifall des Auditoriums)

..., denn die Tendenzwende hin zur Rüstung begann schon unter sozialliberaler Regierung.

Die Wirtschaft macht kein Wachstum. Also steht die Frage: hat die BRD nicht über-rüstet?

Und wir müssen solche Grundfragen endlich beantworten. Es hilft doch einfach kein Rum-Puzzeln mehr wie "hier 'ne Maßnahme - da 'ne Maßnahme".

Natürlich überlegt auch die SPD Kurzfristiges. Sie denkt durchaus darüber nach, daß z.B. Sportlehrer zu Animatoren oder Kleinunternehmern verkommen. Das ist doch kein Ausweg, sondern ein Markt ohne Zukunft. Vernünftige Alternativen (alternative Berufe) liegen doch höchstens wieder im sozialen Bereich; und gerade da tobt der Kahlschlag.

Aber: Bleiben wir beim Beispiel Sport. Faktum ist, daß an Berufsschulen Sportstunden noch immer ausfallen - manchmal pro Schule sogar ganze Fächer!

Im übrigen dienen viele Kurzmaßnahmen und Einsparungen nur der generellen Haushaltssanierung; so die Kürzung der Eingangsgehälter, die Pflichtstundenzahl-Kürzung bei gleichzeitiger Reduzierung der Bezüge, die Reduzierung der jährlichen Gehaltssteigerungen.

Wir meinen: es muß kurzfristig weniger auf restriktive Maßnahmen gesetzt werden als auf solche wie Zusatz- und Aufbau-studiengänge (z.B. Sportmedizin). Dann kann man auch auf andere Berufsbilder orientieren.

Zum Schluß noch ein Rat: Auch die Studenten müssen sich vernehmlich melden!

#### Karla Hoffmeister, GEW:

Ich will und kann das bisher Gesagte noch konkreter machen. Ich bin seit anderthalb Jahren Referendarin, nachdem ich vorher ein Jahr Wartezeit hatte. Ich glaubte an die Illusion, doch eine Chance zu haben. Jetzt bin ich desillusioniert, weil ich mehr gelernt habe und weiß.

Wenn mir jemand mit der Schüler-Lehrer-Relation kommt, muß ich immer lachen. Das ist kein ernsthaftes Argument. An meiner Schule hier in Bonn sind beispielsweise im Sportunterricht 30 bis 40 Schüler immer noch die Regel. (!) In der Ober- und Mittelstufe sieht das übrigens noch schlechter aus als "unten".

"1:17" oder "1:20", das ist eine Verhöhnepelung aller Leute, die überhaupt irgendwo unterrichten. Die Wirklichkeit gibt es nicht.

Zugeben muß ich, daß auch bei den Referendaren immer noch Illusionen herrschen. Ich gebe jedoch ein Beispiel, was die Absurdität der Praxis gut beleuchtet: In einem konkreten Fall, wo es im letzten Jahr 200 Bewerber auf eine Stelle gab, wurde ernsthaft als Kriterium angelegt, welcher Bewerber den dem Schulstandort nächstliegenden Geburtsplatz aufweisen konnte. Die Noten hatten sich hier wegen der Masse der Bewerber als nicht anwendbar erwiesen...

Aus Lehrermangel werden Referendare bereits eingeteilt für "selbständigen Unterricht" - also genau für das, was sie in dieser ihrer zweiten Ausbildungsphase lernen sollen. An meiner Schule sind alle mit der höchst-zulässigen Stundenzahl in dieser Weise belastet. Trotzdem gibt es Ausfälle; gravierende Ausfälle wie die Kürzung der Grundkurse um eine Stunde, wie die gleiche Kürzung bei den meisten Leistungskursen.

# Nicht mehr in die Schule dürfen!

"Was glaubst Du, wie ich mich fühle, wenn die mir ab Januar verbieten, weiter in die Schule zu den Schülern zu gehen!"  
Worte einer Referendarin unmittelbar vor dem Examen. No future live.

Wir wollten mehr darüber wissen. Und was hier steht, ist kein Einzelfall. Das ist die Norm.

Zum Lehrer bist Du ausgebildet... und seit mehreren Jahren sagt es Dir jeder, ob Du's hören willst oder nicht: Aussichten auf eine Anstellung existieren in keiner Form!

Im eigenen Freundeskreis kennt man inzwischen Leute, die trotz hervorragender Note keine Stelle bekamen, die seit 1 1/2 Jahren arbeitslos sind, in anderen Berufen ihr Geld ranschaffen. (Fragt 'mal nach den "eigentlichen" Berufen junger Taxifahrer!) Allmählich müßtest Du eigentlich abgebrüht genug sein. Der Referendardienst wird zu einem "Muß", weil die Ausbildung irgendwie abgeschlossen sein will.

Aber wie sieht das Abgebrüht-Sein aus - jetzt, kurz vor Toresschluß? (Seit Mitte November laufen wieder Examina.)

Das Unterrichten, der Umgang mit Schülern, die tägliche Arbeit machen mir Spaß. Der Gedanke, Unterricht tatsächlich weitgehend selbstverantwortlich planen zu können, ist verlockend und beflügelt. Die Schüler nicht immer gerade dann wechseln zu müssen, wenn Du sie gerade kennengelernt hast. Ohne die permanente Prüfungsinstanz im Klassenraum arbeiten zu können.

Und dann immer wieder sich selbst auf den Boden der Tatsachen zurückholen! Du hast keine Chance!

Stattdessen darfst Du - und auch das setzt noch Glück voraus - in einem Büro Blätter beschreiben und ordnen; oder Du darfst anderen Leuten Versicherungen aufschwätzen oder Leuten, die etwas mehr Geld haben als Du, sagen, wie sie es vermehren können. Du darfst an der Tür Elektrogeräte feilbieten, auf eigene Kosten eine Computersprache erlernen oder nichtssagende Zahlenkolonnen in so ein Ding eintippen. Du kannst natürlich auch - solange Du es Dir zu leisten vermagst - arbeitslos bleiben und auf Deiner Anstellung als Lehrer bestehen.

Und es ist schon regelrecht pervers, sich vor dem Ende einer Ausbildung bereits zu überlegen - überlegen zu müssen - welchen anderen Beruf man demnächst ergreifen wird. Sich einen völlig neuen Berufs suchen zu müssen als den, den man 20 Jahre gelernt hat.

Je näher das Ausbildungsende rückt, desto häufiger überfällt es mich, daß ich einfach schreiend durch die Gänge "meiner" Schule laufen möchte. Schreien angesichts der Massen von Stunden, die immer noch ausfallen. Schreien, wenn ich Lehrer/innen sehe, denen die Schule bis zum Hals steht, denen die Schüler nur noch auf die Nerven gehen.

Schreien, einfach weil ich nicht tun darf, was ich immer schon wollte, was ich kann und wofür man mich eigentlich braucht - aber kein Geld locker machen will.

Karla Hoffmeister

Arbeitszeitverkürzung bringt nicht den Durchbruch. Wir brauchen Wirtschaftswachstum - ein erhebliches Wirtschaftswachstum. Sonst wird es zu extremen sozialen Konflikten kommen...

Aber ich weiß auch, daß es hier prinzipiell andere Wertvorstellungen gibt. Ich bin für Investitionen im Baubereich und für mehr Autobahnen. Ich bin für die konsequente Fortführung der jetzigen Wirtschaftspolitik.

**Klaus Thüsing, SPD:**

Meine Grundthese ist: die BRD-Gesellschaft ist reich - es sind genügend Geld und Ressourcen vorhanden - das Geld ist nur falsch verteilt.

Um diese Erkenntnis haben wir uns zu lange gedrückt.

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf diese Gesellschaft, daß sie Reichen Steuerprivilegien und Subventionen gewährt, während der Sozialhilfeempfänger sich ernsthaft überlegen muß, ob er sich zu seinen Fritten noch Ketch-up erlauben kann.

Ich bin skeptisch beim Warten auf ein Wachstum, daß praktisch vom Himmel fallen soll.

Der Staat muß selber eingreifen und Arbeit schaffen - gerade auch für Lehrer! Dabei sollte er zum Mittel der Arbeitszeitverkürzung greifen - bei vollem Lohnausgleich, denn wir haben noch extreme Ungerechtigkeiten gutzumachen. Diese Gesellschaft muß ihre Arbeit neu verteilen. Sonst ist die Luft raus.

**Frage:**

Sollen wir uns gegen die anderen Arbeitslosen ausspielen lassen? Glauben Sie, Dr. Haase, daß die Krise so wirklich gelöst werden kann?

Wenn ich Unternehmer wäre, meine Ware nicht losbekäme und steuerbegünstigt oder subventioniert investieren könnte, dann würde ich Maschinen kaufen oder rationalisieren, um billiger zu produzieren. Sonst wäre ich als Unternehmer ja bekloppt. - Und genau das passiert überall, und das passiert mit jeder Mark.

Sind nicht die Arbeitsplätze im Sozial- und Bildungsbereich die lohnenden, weil sie am billigsten zu schaffen sind?

In Köln stellte ein Betrieb an seine Lehrlinge die Bedingung, möglichst wenig die Berufsschule zu besuchen. Dieses Beispiel ist erschreckend, aber wahr. Dinge wie Sportunterricht werden so von vorn herein als "Ballast" ausgeschaltet.

Zementieren Sie nicht solches? Ist es das, was Sie unter "Wende" verstehen?

**Dr. Haase, CDU:**

Es gibt noch eine erhebliche Anzahl Deutscher, die nicht adäquat untergebracht sind. Und die Roboterfabrik ist auch noch nicht die Regel. Hier gibt es noch unendlich viel zu tun.

Wachstum bringt etwas, nicht die flankierenden Maßnahmen! So wäre die Arbeitslosigkeit zu überwinden.

Bauen Sie bitte keinen Popanz auf! Das Kölner Beispiel zeigt doch nur, daß Angebot und Nachfrage im Ungleichgewicht stehen...

(Er wendet also immer noch seine Kategorien an und merkt nicht, daß sie angesichts solcher menschenverachtender Wirklichkeit ihre Berechtigung einfach verloren haben. Die Marktwirtschaft wird so zur heiligen Kuh.

Und so setzte sich die Diskussion in generellem Rahmen fort...

Also kann ich die Meldung "Lehrermangel beendet!" nicht teilen. Das sagt mir die Erfahrung, die Konfrontation mit der Realität; das sagt mir jede Konferenz, jede Stundenplandiskussion.

Im Januar beende ich mein zweites Staatsexamen. Meine Perspektive wird sein: kein Arbeitslosengeld, da ich ja nicht "angestellt" war. Was mir bliebe, wäre die Arbeitslosenhilfe, die jedoch abhängig vom Einkommen der Eltern ist. Also kannst du dich mit 30 Jahren wieder an die wenden.

(Zwischenruf: "Demnächst an die Großeltern!" - Dieser Zwischenruf hat sehr ernsthaften Charakter, da es diese Regierungsvorlage tatsächlich gibt!)

Fast schon natürlich ist, daß auch die Arbeitslosenhilfe gekürzt werden soll, und zwar von durchschnittlich 840 DM monatlich auf ca. 535 DM. Wie soll man davon leben? Ich weiß nicht, wie die Verantwortlichen sich das vorstellen.

Was den "alternativen Bereich", also die Ausweichjobs angeht, so ist da der Markt völlig gesättigt. Außerdem: das ist doch nicht das, wofür man wirklich -zig Jahre Ausbildung gemacht hat! Ich wollte nicht Versicherungskaufmann sein, will nicht umschulen auf Handwerk, will kein Taxi chauffieren und keine Vermögen beraten...

Ich wollte Lehrer werden, pädagogisch mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. - Und jetzt soll ich an die EDV-Anlage? Ohne irgendwelche Resonanz vor einem Computer sitzen? Ist das noch zumutbar?

Wenn wir in andere Berufe gehen, verdrängen wir sogenannte Minderqualifizierte. Wollen das die Bildungspolitiker?

Und wenn jemand sagt "Ja, die Prognose ist düster!", dann kann ich mir nichts dafür kaufen, dann kann ich nicht davon leben.

Der Diskussionsleiter machte nun den Vorschlag, eine neue Runde einzuleiten. Nachdem über eine Stunde das dargestellt worden wäre, was Lehramtsstudenten alles nicht werden können, sollte nun doch beraten werden: Was können wir machen? Es ginge ihm um konkrete Feststellungen außer der Feststellung, daß man nichts machen kann.

**Dr. Haase, CDU:**

Es gibt über zwei Millionen Arbeitslose in Deutschland. Und davon sind die Lehrer nur ein Teilproblem. Schauen Sie mal auf die Ruhrkumpels oder die Landarbeiter im bayerischen Wald!

Die CDU ist der Ansicht, daß es vorwärts geht, wenn die Wirtschaft wieder besser läuft, wenn mehr investiert wird. Die



# SEID NETT ZU BONN !?

Zur Kommunalpolitik der Stadt Bonn

No Future in Bonn? Ach wo! Bonn ist doch eine nette Stadt, sie bietet doch für jeden etwas. Christlich und demokratisch, versteht sich! Wem gefällt es denn hier nicht? Bonn, "Lebensfreude in Rheinkultur" oder "Bonn ist eine nette Stadt, seien Sie nett zu Bonn", wie es frei nach Axel Cäsar Springer auf Transparenten zu lesen war am 22.10. (the day). Da kann man sich nur wohl fühlen! "Große Parkanlagen, eine gemütliche Innenstadt", alles da für den Bürger. Eine kleine Stadt in Deutschland, angebliches Zentrum der Macht in diesem unserem ..., Bonn ist ja Sitz des Parlaments.

Die Macht zeigt sich, aber bürgernah, versteht sich, Stacheldrähte und Mauern sind "grün" verdeckt. Bonn ist natürlich nicht Paris, London oder Washington, aber ein gewisses "Hauptstadtflair" muß schon vorhanden sein. So strengen sich auch die CDU-Stadtverwaltung und der OB ziemlich an. Bonn wird strukturiert:

- Die Cassius-Bastei: 1969 entscheiden sich die Stadtväter im Rahmen der geplanten Tieferlegung der Deutschen Bundesbahn (wie jeder Bonner weiß, wird

sie in nächster Zeit nicht erfolgen) einen bis 13 Stockwerke hohen Terrassenbau mit Geschäften, Büros, Passagen, Kneipen, vor dem Bahnhof zu errichten. Den Bau soll die Stadtentwicklung Bonn GmbH übernehmen. Diese GmbH, auf Drängen der Stadtoberhäupter 1966 zusammen mit der Westdeutschen Landesbank gegründet, in der "nebenberuflich" verschiedene CDU-Stadtpolitiker beschäftigt sind, baute also kräftig das, was die "Bonner Rundschau" 1972 so beschrieb:

"Die Bewohner eines hundertjährigen Wohnblocks sind oder werden in alle Winde zerstreut. Nachbarschaften werden aufgelöst. Im Neubau aus Beton werden Geschäfte und Büros dominieren. Die Menschen haben Angst vor einem Betonberg ohne Bäume, Kinder und Nachbarn. Sie ergreifen die Flucht... Planungsverdrängte, Sanierungsvertriebene."

Ja, kräftig baute sie, nur leider entwickelte sich die Cassius-Bastei zu einer ziemlichen Pleite, es wurde teurer als vorgesehen, die angesetzten 71 Millionen wurden weit überstiegen.



Der Widerstand in der Bonner Bevölkerung und die finanziellen und internen Schwierigkeiten der Stadtentwicklung Bonn GmbH führten dazu, daß nur zwei Bauabschnitte fertiggestellt worden sind. Zur Zeit "ruht" die Cassius-Bastei. Die Miet- und Verkaufspreise für die Büros mußten stark heruntersetzt werden, um sie überhaupt belegen zu können. Denn durch den Bau des ach so schönen Stadthauses und weiterer Büro- und Einkaufszentren fiel die Nachfrage an Geschäfts- und Büroflächen drastisch, so nimmt die Pleite enorme Ausmaße an. Aber die Sanierer sa(h)nieren weiter, die Münsterstraße fiel der Spitzhacke zum Opfer, heute stehen nur noch die Fassaden. Es sollen natürlich Luxuswohnungen und Büros gebaut werden. Die Forderung des letzten linken AstA, in der Münsterstraße billigen Wohnraum zu schaffen, wurde überhört. Renovierung in Eigeninitiative der Mieter ist ja auch nicht so gewinnbringend! Studenten und sozial schwächere sollen in die Randbezirke ziehen.

- Das Metropol. Zur Zeit in aller Munde, das neueste Beispiel für die "Strukturierung" Bonns. Die Versicherungsgesellschaft WWK kauft das Metropol-Kino am Bonner Markt auf. Ihr Ziel: eine große Einkaufs- und Büropassage. Um diese zu realisieren, muß das Metropol, eines der ältesten und größten Kinos in der BRD, weg! Mit der Zustimmung einiger CDU-Obermacker und der Zusicherung der Verwaltung glaubt die WWK, obwohl sie das Metropol mit 11 Millionen DM für einen überhöhten Preis gekauft hat, ein gutes Geschäft machen zu können. Der Widerstand innerhalb der Bonner Bevölkerung regt sich aber, in wenigen Wochen sammelt die Initiative "Rettet das Metropol" über 22.000 Unterschriften und erreicht, daß das Metropol unter Denkmalschutz gestellt wird. Ist damit ausnahmsweise ein Sieg über die Stadt erreicht worden? Nein, noch nicht, denn die Stadt kann jetzt immer noch eine Abrißgenehmigung erteilen, und die Entscheidung fällt dann bei der Landesregierung, die, falls sie das Metropol weiter unter Denkmalschutz stellt, die Kosten übernehmen muß.

Die Cassius-Bastei und das Metropol sind nur zwei Beispiele unter vielen, die jedoch das Bild "Bonn ist eine nette Stadt - seid nett zu Bonn" verdeutlichen. Sie zeigen die Bestrebung auf, die Bürger Bonns zu funktionalisieren:

Die Innenstadt verkommt zum Einkaufszentrum, das Leben hört um 18.30 Uhr auf, Kultur und Lebendigkeit haben keinen Platz. Die Bürger müssen nach verrichteter Arbeit und dem obligatorischen Einkauf sich aus den Zentren verziehen und in die Schlafstätten im Tannenbusch und anderen Randbezirken wandern, Kultur können sie dann mit einer Pulle Bier vor der Glotze konsumieren. Versuche, mit Bahn oder Bus vor der Isolation zu flüchten, scheitern am geringen Angebot der SWB: lange Wartezeiten und um 24 Uhr spätestens fahren die letzten Busse und Bahnen. Die Funktionalisierung klappt perfekt, wir brauchen nur noch auf BTX und Video zu warten, dann können wir ja auch mit den Fernsehanstalten kommunizieren.

Ob dann aber die Selbstmordrate in Bonn zurückgeht ... So bleibt uns nur die klammheimliche Freude, wenn wir beim Durchblättern verschiedener Zeitungen erfahren, daß ein Brandanschlag auf das Stadthaus verübt worden ist ("Schade, daß Beton nicht brennt"), oder daß die schönen Fahrscheinautomaten der SWB mit Pattex zugeklebt worden sind. "Bonn ist eine nette Stadt - seien Sie nett zu Bonn", oder so ...

Stéphane B.

# Gegen Bürokraten — kreative Taten!

Was tun in Bonn, wenn man älter als 14 und jünger als 35 ist?

Was tun in Bonn, wenn man sich nicht den ganzen Tag (und die Nacht) hinter irgendwelchen Büchern versteckt?

Was tun in Bonn, wenn man nach acht Stunden Arbeit eine sinnvolle Abwechslung von der Maloche sucht?

Da gibt es mehrere Möglichkeiten.

Man kann ins Kino gehen. Kostet nur mindestens 6 DM. Bis zum Ende des Jahres kann man sich auch Konzerte in den Rheinterrassen anhören. Ist zwar teuer, aber was soll's.

Dann kann man in der Rheinaue spazieren gehen.

Man kann in diverseste Kneipen gehen.

Man kann auf der Straße sitzen.

Man kann ins Theater oder in die Oper gehen.

Kurz: Man kann (fast) alles.

Warum dann die Unzufriedenheit?  
Woran fehlt's?

Ganz einfach. Es gibt kaum einen Ort in Bonn (nur einen ganz winzigen in Bad Godesberg), wo man sich treffen kann, ohne Bierkonsumzwang, wo sich Gruppen bilden können, wo man Musik hören und machen kann, wo man Theater angucken und selber spielen kann, wo man Pantomime beobachten oder selbst lernen kann, wo man diskutieren, malen, trinken, und vor allem: wo man selbst bestimmen kann, was laufen soll. So einen fiktiven Ort kann man autonomes Jugend- und Kulturzentrum nennen.

Schon vor zehn Jahren versprochen hiesige Kommunalpolitiker, man wolle so etwas wie ein AJZ als Ersatz für das "Underground" schaffen.

Die Versprechen wurden intensiver, je näher ein Wahltermin rückte.

In Friesdorf wurde in einer Baracke ein privates Jugendzentrum mit Betonung auf Kneipen- und Konzertbetrieb eröffnet, das berühmt-berühmte "Nam-Nam".

Nach jahrelangem Hickhack wurde es dieses Jahr endgültig geschlossen und abgerissen.

Auch hierfür wurde Ersatz versprochen.

Vor drei Jahren fanden sich in Godesberg ein ganzer Haufen Jugendlicher zusammen, die den immer wieder versprochenen Ersatz von der Stadt eintreiben wollten.

Aber nicht nur einfach Konzerte, Kneipe, Kicker und Flipper! Die Initiative für ein selbstverwaltetes Jugend- und Kultur-

zentrum forderte in einem langen Antrag vom 3.12.81 an die Stadt Bonn ein Haus, in dem die Vollversammlung aller Hausbesucher die bestimmende Kraft ist. Der von der VV zu wählende Beirat ist ausführendes Organ der formellen Beschlüsse der VV, rechtlicher Vertreter des Hauses und bildet den juristisch notwendigen Trägerverein des AJZ. Die Hausbesucher gestalten das Programm, beraten und beschließen Finanzpläne.

Somit wird ein Programm ermöglicht, das tatsächlich den Bedürfnissen der Besucher entspricht.

Die Stadtverwaltung zeigte sich nicht sonderlich interessiert an den Plänen und Wünschen der Initiative. Auch als ein konkretes Projekt in Aussicht stand, das im Frühjahr '82 fast leerstehende Hansa-Haus, tat die Verwaltung alles, um ein AJZ zu verhindern. Die Kommunalpolitiker, wohl wissend, daß sie sich auf die Verwaltung verlassen können, tönnten (abgestimmt, je nach Parteizugehörigkeit) nach außen, wie wichtig ein AJZ sei, wo doch in den existierenden Häusern der offenen Tür gerade für die Altersgruppe über 17 nix los sei.

Um die Initiative ruhigzustellen, wurde ihr im Frühjahr dieses Jahres dann ein ca. 6 qm. großes Zimmer im Keller eines Jugendheims der Stadt als Büro angeboten. Die Initiative lehnte entrüestet ab. Entweder den ganzen Keller oder 'gar nicht.

Auf Druck aller Parteien wurde ihr im Sommer der ganze Keller zur Verfügung gestellt, mit Auflagen allerdings, die die Einrichtung eines AJZ unmöglich machen:

- keine Schlüsselgewalt
- kein Alkoholausschank
- nur bis 22 Uhr geöffnet
- am Wochenende und in den Schulferien geschlossen
- es darf nichts am baulichen Zustand verändert werden (also keine Wandbemalungen).

Wie soll unter diesen Bedingungen Selbstverwaltung erlernt und praktiziert werden? Wie soll die eigene Kreativität entdeckt und entwickelt werden, wenn noch nicht einmal die Räume farblich entsprechend den Bedürfnissen der Benutzer gestaltet werden können?

Die Initiative hat trotz diverser widriger Umstände einfach mal angefangen, konkrete Jugendarbeit zu machen. Doch der Weg zu einem richtigen AJZ ist noch sehr weit.

Von Seiten der Stadt ist in dem Bereich nichts zu erwarten.



Bonn ist kulturell ein Spiegel der Republik. Es kann diesen Anspruch stellen und auch einlösen, weil es als Hauptstadt über die entsprechende Anziehungskraft und auch die finanziellen Ressourcen verfügt, um die Künstler der BRD anzulocken.

Als Richtlinie scheint im Stadthaus zu gelten: Alles das 'ranschaffen, was irgendwie "repräsentativ" erscheint. Aufwendiges und erzbürgerliches Theater. Zentrierung auf das Ausstellungsobjekt "Bonner Sommer" (Du sitzt in Deiner Crêperie und schluckst Maiskörner mit Muscadet zu iranischer Folklore vor dem barocken Rathaus). Ein Beethovenkult unter weitgehendem Verzicht auf dessen Musik - Bayreuth kann es besser - eventuell noch die Giraffen im Museum König als Zoo-Ersatz für die Lütten. Fast 30 Galerien im Branchenfernsprechbuch. Die Bundesgartenschau.

Kultur bleibt Importware oder Stückwerk. Ihre wirkliche Ansiedlung, die Pflege ihres Wachstums als Bonn-eigen steht nicht an. Das Bonn-Center (Kulturzentrum) wollte der CDU-Stadtrat schließen. Der Ellerhof ist noch nicht zur Begegnung und zum Kultur-Selbermachen frei. Er wird es auch nicht werden. Bis zur Verhinderung eines ordentlichen Jugendzentrums (AJZ=Autonomes Jugendzentrum) reicht die Angst vor der "bodenständigen" Kultur. Das spiegelt sich auch im Zeitungswesen wider: Du hast die Wahl zwischen Pest und Cholera, zwischen General-Verschweiger und Rundschau.

Eine Szene gibt's trotzdem. Entstanden ist sie als Mischung von kommerziellem Interesse, Engagement und tatsächlicher Eigeninitiative. Heute stellt sie einen ernsthaften Gegenpol zur Initiation des Düsseldorf Altstadtderschnitt's dar. Nur: Dort tritt die Stadt als Verhinderer, Nicht-Subventionierer, Abreißer geeigneter Häuser und Kunstverwalter mit Monopol-Anspruch auf.

Die Uni hat sicher viel geholfen beim Aufbau von Ansätzen - allein durch ihre Existenz. Von ihr ausgehend, vom linken ASTA ausgehend, konstituierte sich die "Cosa Nostra", eine Art Kulturverein von unten. Linke Sommer- und Winterfeste gerieselten zur Manifestation der riesigen Bedürfnisse nach lebender und bezahlbarer Kultur.

Die Stadt überlegt. Soviel weiß sie auch: Diese Form der Kultur, die Kultur von unten, ist nicht aufzuhalten. Also gibt sie sich Mühe, auch dort die Finger reinzustecken und zu institutionalisieren (siehe Bonner Tanzwerkstatt). Die Bürokraten haben nicht begriffen, daß Kultur vor allem lebt, wenn sie von Menschen und vom Volke - und sei es auch das Bonner Völkchen - gemacht wird.



# Kommunalwah- len '84!

## Der Hahnenkampf

Da trafen sie sich nun am 10.11., um den "Konflikt" auszutragen. Grüne und AL. Auf der Tagesordnung stand zwar an erster Stelle, daß sich die Initiativen und Gruppen zu Wort melden sollten und ihre Vorstellungen zu den Kommunalwahlen kundtun sollten, doch dies war trotz allen Be- teuerungen nur nebensächlich. Es ging auch nicht um "Inhalte", sondern schlicht und einfach um den Parteienklügel. Wer es mit wem treiben könne oder nicht! Fa- zit des langen Abends: Die Grünen können es nicht mit der DKP; die AL möchte es mit allen, nur das scheint ja nicht zu klap- pen, denn sogar die viel erwähnten Initia- tiven zügeln ihre Begeisterung für dieses AL-Konstrukt. Es blieb also beim Hahnen- kampf.

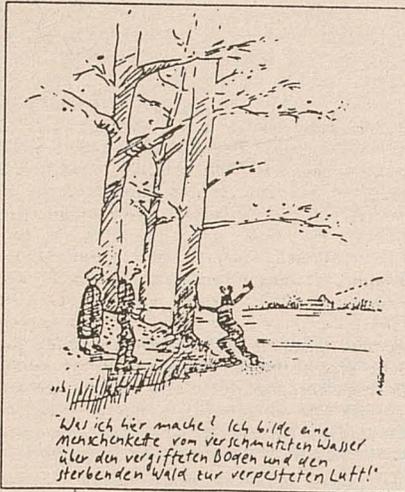
Da man zu keiner Einigung kam, wird wohl die Zeit diesen Kampf entscheiden. Für die AL mit der Angst, nur Splitter-Par- teien vereinigen zu können und für die Grünen mit der arroganten Gewißheit, eine etablierte Bundespartei zu sein, für die die 5% Klausel nur die kleinere Hürde ist und mit dem Glauben, daß sich nach Einzug im Stadtparlament die "Basis" wieder um sie schart ... Arroganz der Macht bei den Al- ternativen?

Leider nahm an dem betreffenden Abend keiner den Vorschlag der "Rheinischen Spassguerilla" so richtig ernst, sich doch an einer LL (Listige Liste) zu beteiligen. Denn ihr Vorschlag, sich doch lieber um die Legalisierung des Hanfanbaus im Bota- nischen Garten zu kümmern, kam - zumin- dest mir - sinnvoller vor als der vorge- tragene Funktionärskampf.

Gerade nach diesem Hahnenschau- spiel werden sich wohl viele Initiativen oder Gruppen verschreckt zurückziehen. Was soll das Ganze? Lassen wir sie doch machen ... Nur damit wäre wieder einmal in Bonn die Chance verpaßt, einen mög- lichst breiten oppositionellen Zusammen- schluß zu schaffen: Die Diskussion um die AL darf nicht nur auf die Kommunalwah- len fixiert betrachtet werden. Was am 10.11. geboten worden ist, deutet auf eine reine Parteienfixiertheit und stellt den Rückfall in eine Stellvertreterpolitik dar. Außerparlamentarische Politik, und Aktio- nen, die in Bonn sowieso selten ausfallen, werden fast unmöglich gemacht - und dem kann auch kein Aufzählen der tollen AK's abhelfen. Die Tatsache, daß die DKP in vielen Ini's vertreten ist, soll nicht abge- wertet werden, deutet aber auf eine klare Strategie hin. Bedenklich ist es nur, wenn die Grünen als "Basisdemokraten" sowohl bundesweit als auch in der Kommune die selben Bestrebungen aufzeigen.

Die zu erwartende Resignation bei ver- schiedenen Initiativen und Gruppen ist von daher eine große Gefahr, denn sie bietet diesen Parteitaktikern die Möglichkeit, an uns vorbei zu arbeiten und sich deshalb als das "kleinere Übel" zu etablieren. Es ist deshalb wichtig, daß der eigentlichen Idee einer AL nachgegangen wird, die folgende Aufgaben haben könnte:

- Formulierung gemeinsamer Positionen
- Festlegen von Handlungsschritten, wie man diese Ziele parlamentarisch oder außerparlamentarisch umsetzen kann. (Nur so können wir auch auf die oben erwähn- ten Parteien Druck ausüben.)
- Verbesserung der Kommunikation zwi-



"Was ich hier mache! Ich bilde eine Menschenkette vom verschmutzten Wasser über den vergifteten Boden und den sterbenden Wald zur verpesteten Luft!"

schen den Gruppen, d.h.: Info's über die Arbeit der einzelnen Gruppen und Ermög- lichung einer Koordination für gewisse "Er- eignisse", z.B.: Demos, etc....

Wir schlagen Euch deshalb vor, uns am: Montag, dem 5. Dezember um 19.30 Uhr in der Nassestr.11 im Carl-Duisberg-Zim- mer zu treffen, um über die Kommunal- wahlen und die oben angeführten Diskus- sionspunkte und Aufgaben einer AL zu dis- kutieren. Es wird Zeit!

Stéphane Bauer

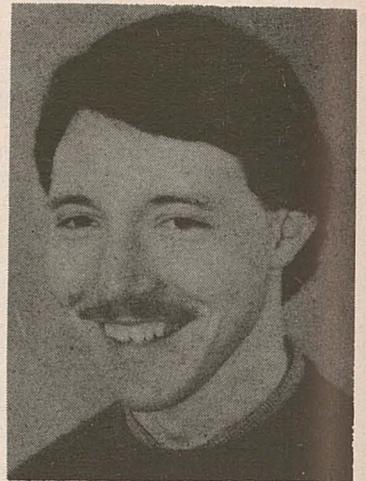


# Leserbrief Das 101. Mal!

Liebe "Akut"-Redakteure!

Daß "Akut" neue Schwerpunkte gesetzt hat und sich nunmehr in erster Linie mit Allgemeinpolitik beschäftigt statt mit Studentenfragen, hat sich in der Studen- tenschaft wohl inzwischen herum- gesprochen.

So verwunderte es auch nicht, daß in der letzten Ausgabe - neben Pershing II, Atomkrieg, Blockaden, Personalausweis - kaum Themen der Bonner Universität ver- treten waren; und wenn - wie die Be- richte "aus den Fachbereichen" oder die zum 101. Male wiedergekäute Geschichte vom Frust-Verrat am letzten AstA - mit eindeutiger Tendenz.



Man sieht's ihm an:  
Jörg C. Dietzel - immer aufge-  
schlossen und kritikfreudig

Erfreulich war vielmehr, daß in der letzten Ausgabe auch einige "echte" Neuigkeiten zu finden waren: so enthüllte "Akut", sozusagen "exklusiv" die Wahrheit über den sowjetischen Jumbo-Abschuß. In Wirklichkeit sind also nicht die Militärs der Sowjetunion die Schuldigen, die den Abschlußknopf drückten, sondern - die Amerikaner! Denn die haben - laut "Akut"-Autor Hoffmeister vom MSB Spar- takus - "mit der Provokation Friedens- bewegung und Entspannungstendenzen" (...) "Schaden zugefügt". "Da waren 269 Men- schen Geiseln auf Zeit" - Geiseln der Amerikaner wohl - "und sie wurden durch diese Unverantwortlichkeit getötet. Das macht Angst." Ja, es macht Angst, solche "Berichte" - selbst in "Akut" - zu lesen.

Und noch etwas: Es zeugt von schlechtem journalistischem Stil, wenn die Redaktion ihren Informationsvorsprung ausnutzt und Leserbriefe noch in derselben Ausgabe "beantwortet" - so kann der Brief nicht alleine wirken und eventuelle Leserreak- tionen werden im Keim erstickt.

Aber sicher könnt Ihr's nicht lassen. Also: Nachfolgend Kommentar.

Jörg Dietzel (LA; ex akut- Chefredakteur)

Akut- Kommentar: Vielen Dank für Deinen  
Leserbrief!

# Leserbriefe an

# AKUT

## Klatsch und Tratsch

"Akut" - Alles Klatsch und Tratsch, hätte man noch meinen können, als sich ein Mitglied der Redaktion in Nr. 194 so wortreich um die Zukunft des organisierten Sozialliberalismus an dieser Hochschule sorgte - in einem Artikel, der schlecht recherchiert und mit einiger Schlüssellochphantasie, aber ohne viel Sachkenntnis und Problembewußtsein zusammengestoppelt war. Bedauerlich, daß so ein bedachtloses Geschreibsel in einem "Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft" als redaktioneller Text überhaupt erscheinen konnte. Aber es handelte sich offenbar gar nicht um eine journalistische Arbeit, sondern um den Versuch der Gruppe "Frust", auf die Bemühungen des SLH um Verständnis von "Programm" und "Politik" dieser Gruppe zu antworten - allerdings nicht mit Argumenten, sondern eben mit Klatsch und Tratsch, und das auch noch in öffentlich-rechtlichem Gewande.

Wie man sieht, weiß die Gruppe "Frust", die ja doch ausgezogen war, "Akut" aus den Fängen übler Parteipolitik zu retten, dieses Nachrichtenblatt sehr wohl für ihre parteipolitischen Zwecke zu nutzen. Und in Nr. 195, in der "Chronik" ("Wie es zum linken AStA kam") sogar mit viel Bedacht und Geschick: Diese Montage von halben Wahrheiten und ganzen Unwahrheiten reicht an die besten (vielmehr: schlimmsten) Vorbilder von Geschichtsklitterung heran.

Sehen wir gleich von Kleinigkeiten ab - etwa, daß ich "wider besseres Wissen" das Fehlen der von "Frust" geforderten Anschlagbretter des Studentenparlaments bemängelt hätte (es gibt sie bis heute nicht, und das, obwohl ein Mitglied dieser Gruppe seit Februar im Parlamentspräsidium sitzt). Oder daß im früheren AStA eine Zusage über die Einrichtung von Anlaufstellen für Frauen und Ausländer nicht eingehalten worden wäre (die Realisierung scheiterte ausschließlich an "Frust" selbst, nämlich an den Widersprüchen in deren "Konzept"). Und so weiter und so fort.

Interessanter ist, was da unter dem Datum des 6. Juni über eine Kampagne des SLH gegen "Frust" "berichtet" und was verschwiegen wird. In dieser Kampagne (so "Akut") sei versucht worden, "die 'Frust' mit dem Nationalsozialismus in Verbindung zu bringen". Das mag eine Nachlässigkeit sein; richtig hätte es heißen müssen: mit der antidemokratischen Rechten in der Republik von Weimar. (Wer sich dafür interessiert, dem sei das Buch von Kurt Sontheimer, "Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik", empfohlen; oder er komme einmal zum Jour fixe des SLH.) Der nächste Satz ist dann aber gekonnt: "Wenig später verurteilt das

Studentenparlament mit großer Mehrheit die Verleumdungskampagne des SLH." Große Mehrheit: die bestand aus den beiden Abgeordneten von "Frust" und den meisten (!) der "linken" Fraktionen (wie ein führender Vertreter gegenüber dem SLH freimütig zugab, nicht aus Überzeugung, sondern um die Stimmen der "Frust" für die Wahl ihres AStA zu sichern). Die übrigen Abgeordneten hatten dagegen gestimmt, sich enthalten oder gar nicht erst teilgenommen, weil sie es nicht für die Aufgabe des Parlaments ansahen, über die Meinungen der in ihm vertretenen Gruppen zu Gericht zu sitzen. Bezeichnend aber, daß "Frust" in der politischen Auseinandersetzung zu diesem autoritären Mittel greift (und übrigens auch an den Erfolg glaubt: "Daraufhin Einstellung der Kampagne gegen die 'Frust'". Kaum nötig zu sagen, daß der SLH seine Argumentation weiterhin vertreten wird.)

Sehr merkwürdig mutet allerdings an, daß der "Chronist" die monatelange Debatte so leichthin auf den 6. Juni und "wenig später" zusammendrängt. Immerhin war ja die erste Argumentation des SLH gegen die Ideologie von "Frust" bereits im Studentenparlamentwahlkampf im Januar erschienen, als freilich noch Hoffnung bestehen konnte, "Frust" werde sich in Zusammenarbeit mit demokratischen Gruppen eines Besseren belehren lassen (und allein diese Hoffnung bildete eine Grundlage für die Koalition des SLH mit "Frust"; leider haben dann jene Recht behalten, die von Anfang an nicht daran glauben konnten). Bald nach Beginn des Sommersemesters, im Mai, stellte der SLH erneut klar, daß es mit einer solchen Ideologie für ihn kein Zusammengehen gebe. Als sich dann die Überzeugungsversuche gegenüber "Frust" immer deutlicher als aussichtslos erwiesen, waren nach langem Drängen des SLH zu Anfang Juni endlich auch die beiden anderen Gruppen, RCDS und Liberale Aktion, bereit, die Zusammenarbeit mit "Frust" aufzukündigen.

Warum weiß der "Chronist" in "Akut" von alledem nichts? Offenbar, weil er auf die Argumentation nichts zu erwidern vermöchte - er spielt sie lieber zur "Kampagne" herunter und interessiert sich dabei mehr für die Frage nach den fehlenden "SP-Brettern" als die nach dem (wohl ebenfalls fehlenden) Demokratieverständnis von "Frust". Auf Argumente müßte man nämlich antworten; auf eine "Kampagne" nicht - oder allenfalls mit Klatsch und Tratsch und einer "Chronik", die sich besser "Geschichtsklitterung" nennen sollte.

Josef Tutsch, SLH, ex-Akut-Chefredakteur

## Vorsicht Falle!

In der letzten Ausgabe Ihrer Zeitschrift behandelten Sie das Thema "Ausländerfeindlichkeit".

Darunter haben Sie einen guten Bericht über ausländerfeindliche Vorfälle in Bonn veröffentlicht.

In diesem Zusammenhang wollte ich Ihnen folgendes mitteilen: Am Mittwoch, dem 5. Oktober, wollten ich und ein deutscher Freund in die Diskothek "Die Falle" gehen. Wir haben geklingelt, und es kam der Türsteher, der von uns den "Clubausweis" verlangte.

Ich bin mir sehr sicher, daß das nur eine gemeine Ausrede ist, um ihre ausländerfeindlichen Absichten zu bedecken. Ich wollte es auf keinen Fall verschweigen, sondern in die Öffentlichkeit bringen. Ich werde mich auch im Bonner Stadthaus beschweren.

mit freundlichen Grüßen

Gerardo Müller

## Frauenfeindlich?

betr.: Anmerkung der "Akut"-Redaktion zur Gegendarstellung von Claus Radziwill, "Akut" Nr. 195, S. 25

Abgesehen davon, daß ich es (außer in seltenen Fällen) für unfair halte, wenn die Redaktion jeden Leserbrief (Gegendarstellung, Artikel usw.) kommentiert, enthält die Anmerkung auch sachliche Fehler.

1. Zum hundertsten Male sei es (nun auch Euch) gesagt: ich bin und war nie SLH-Mitglied (und werde es auch zukünftig nicht sein).

2. Im Juli waren im Fachbereich Jura Fachschaftswahlen. Traditionell werden alle Referate in der Fachschaft neu besetzt. Weder Claus Radziwill noch ich kandidierten für unsere alten Referate (Bonner Hochschulforum und Tatbestand), sondern für die Fachschaftsvertretung, wo wir ja auch reingewählt wurden. Deshalb verstehe ich nicht ganz, was Eure unlogische Anmerkung bedeuten soll, die hieß: "Falsch wäre es allerdings zu behaupten, daß Radziwill nach der Wahl weiter stellvertretender Fachschafts-sprecher blieb oder daß seine Freundin immer noch die Fachschaftszeitung Jura leitet." - Auch aus C. Radziwills Gegendarstellung ist kein Bezug für diese Anmerkung ersichtlich.

3. Und zuletzt möchte ich mich für Eure Frauenfreundlichkeit bedanken, die Ihr ja immer vorgebt. Indem Ihr mich als "Freundin von Claus, die die FS-Zeitung Jura leitet" beschreibt, kommt das Gegenteil zum Ausdruck. Nach dem Motto "Freundin - alles klar" unterstellt Ihr mir netterweise, daß nicht Sachkenntnis und Fähigkeiten, sondern andere Gründe dafür entscheidend waren, daß ich bis diesen Juli den Tatbestand herausgegeben habe. Gelobt sei Euer Frauenbild - Ihr Pseudo-Frauenunterstützer!

Karin Comes

# Studienalltag in der DDR

Die Studiensituation in der Bundesrepublik wird angesichts immer knapper werdender Mittel einerseits und der Stagnation des verfügbaren Einkommens andererseits, immer schlechter. Erschwerend wirkt sich auch die Tag für Tag mißere Situation auf dem Arbeitsmarkt aus. Dieser Be richtsoll nun aufzeigen, wie die Studenten im anderen Teil Deutschlands ihren Studienalltag erleben und ob dieser sich von unserem positiv oder negativ unterscheidet.

Das Abitur, also die Hochschulzugangsberechtigung, erwirbt man in der DDR schon nach dem 12. Schuljahr. Während die Mädchen Mitte der 12. Klasse ihre Studienwünsche auf einem Antrag zu Papier bringen dürfen, sind die weitaus meisten Jungen noch zu "höherem"berufen. 18 Monate Wehrpflicht als Soldat oder in sehr wenigen Fällen als Bausoldat (Wehrdienstverweigerung ist in der DDR nicht möglich) sind für jeden obligatorisch, jedoch sind die Behörden in der DDR in der jüngsten Vergangenheit dazu übergegangen, die Studienwilligen zu einer dreijährigen Dienstzeit zu "überreden". Diesem, massiv vorgebragtem Wunsch des Staates können sich zwar noch viele Studenten entziehen, jedoch könnte, was für junge Parteimitglieder und andere Funktionäre jetzt schon Pflicht ist, bald auch für die Masse der Studenten gelten. Wegen der schlechten Weltwirtschaftslage, die auch an der DDR nicht spurlos vorübergegangen ist, hat die Regierung ihre Stellen für Erstsemester stark gekürzt, d.h. nicht jeder der studieren möchte, kann dies auch tun. Viele, die zwar einen Studienplatz erhalten haben, müssen aber leider Fächer studieren, die sie erst in zweiter und dritter Präferenz angehen haben. Diese Tatsache trifft allerdings noch nicht auf die meisten technischen Fächer zu, die, wie bei uns auch, auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind. Die Universitäten sind im übrigen, wie in der Bundesrepublik strukturiert, wobei nur das Wort Fakultät durch Sektion ersetzt worden ist. Eine akademische Selbstverwaltung, wie sie rudimentär in der Bundesrepublik noch existiert, gibt und gab es im demokratischen Zentralismus natürlich noch nie.

Auch sonst ergeben sich in punkto Studienorganisation und Studienzeit einige gravierende Unterschiede zum hiesigen System.

Die reine Studienzeit beträgt je nach Studiengang 3 - 5 Jahre, die vom Studenten nicht beliebig festgelegt werden kann, da in der DDR eine strenge Regelstudienzeit existiert. (hier entdeckt der schlaue Beobachter einen Widerspruch zwischen SED und MSB, der einer der entschiedensten Gegner der Regelstudienzeit bei uns ist; mit Recht, wie ich meine) Der Stundenplan ist wie in der Schule dem einzelnen Studenten vorgeschrieben. Individuelle Studiengestaltung, wie in der Bundesrepublik ist in der DDR verpönt. Man

lernt während des Studiums zusammen mit 25 anderen Studenten in einer sogenannten Seminargruppe. Diese Seminargruppe, mit der man, wie gesagt, das gesamte Studienprogramm durchläuft, muß natürlich ideologisch ausgeglichen sein, d.h. in jeder Gruppe ist zumindest ein SED - Mitglied und, so wird gemunkelt, ein Kommilitone von der Staatssicherheit.

Wie und wovon leben nun aber die Studenten in der DDR ?

Seit einigen Jahren hat der Staat nun ein für jeden Studenten gleiches Stipendium von 200 Mark eingeführt. Früher richtete sich die Höhe des jeweiligen Stipendiums nach dem Einkommen der Eltern. 200 Mark erscheinen auf den ersten Blick als sehr wenig für unsere Verhältnisse, jedoch muß hierbei berücksichtigt werden, daß die einfachen Lebenshaltungskosten in der DDR um ein vielfaches niedriger liegen, als bei uns. So kostet zum Beispiel eine Busfahrt 20 Pf und ein Brötchen 5 Pf, um nur einige studentische Grundbedürfnisse zu nennen.

Wer im Studienort gleichzeitig sein Elternhaus hat, ist in der Regel gezwungen, während des Studiums bei den Eltern zu wohnen.



Der Wohnungsmangel in der DDR ist immer noch eines der Hauptprobleme, obwohl in den letzten Jahren versucht worden ist, dies grundlegend zu ändern. Wer von außerhalb kommt, wohnt in der Regel in einem Studentenwohnheim, dessen Mietkosten mit 10 Mark sehr gering sind. Einen Pferdefuß hat diese Sache leider auch.

Im Wohnheim müssen sich 2 - 6 Leute ein Zimmer von ungefähr 10 - 20 m<sup>2</sup> teilen, was doch nicht selten zu Reibereien untereinander führt.

Wie allgemein bekannt, sind die DDR Behörden noch pröder als bei uns. Wer mit seinen Freunden/Freundinnen in einer W.G. wohnen möchte, wird wohl in den meisten Fällen enttäuscht werden, da solche großen Wohnungen an kinderreiche Familien vergeben werden. Studenten in der DDR heiraten allgemein sehr früh, da es für unverheiratete Paare keine Wohnung gibt. So läßt sich verstehen, daß die DDR die größte Scheidungsrate in der Welt aufweist.

Da der Staat, im Gegensatz zur Bundesrepublik, Kinder haben "will", unterstützt er kinderwillige Familien beruflich und finanziell. Dies geschieht folgendermaßen:

Für das erste Kind wird den Eltern ein Darlehen von 5000 Mark gewährt, welches beim zweiten Kind auf eine Rückzahlungssumme von 2000 Mark schmilzt und ganz geschenkt wird, wenn die Eltern ein drittes Kind bekommen. Da Studentinnen, wie auch Erwerbstätige finanziell weiter nach der Geburt unterstützt werden, gibt es unter den Studentinnen in der DDR viele Mütter.

Was studiert man in der DDR ?

Die Fächerauswahl ist wohl recht ähnlich mit der in der Bundesrepublik, wobei statt Politische Wissenschaften in der DDR natürlich Marxismus - Leninismus angeboten wird. Mit Marxismus - Leninismus muß sich übrigens jeder Student, egal ob Informatiker oder Theologe beschäftigen. Das hieraus entnommene Wissen wird prüfungsrelevant abgefragt und geht in die Abschlusnote jedes Studenten ein. Also kein katholischer Pastor, der nicht in Marxismus - Leninismus geprüft worden ist.



Bernd Hölzenbein

# KATASTROPHENSCHUTZ: no future im ernstfall

Auf der Kundgebung des AstA am Friedensaktionstag berichteten ein Arzt, ein Chemiker und ein Katastrophenschützer über medizinische Folgen eines Atomkriegs, dessen tatsächliches Aussehen und seinen Charakter, die Überlebenschancen und die Prophylaxe von Seiten des Staates. Es ergab sich ein umfassendes Bild, das die Anwesenden erschütterte.

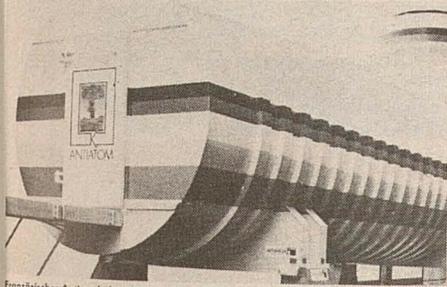
Wir wollen die Beiträge mehr Studenten zugänglich machen und beginnen mit dem über den Katastrophenschutz, also die gesellschaftliche Vorsorge gegenüber dem atomaren Holocaust.

Beim Zusammentragen der Erfahrungen aus zehn Jahren Katastrophenschützer-Dasein stieß ich auf einen Sponti-Spruch: "Am Abgrund ist Vorbeugen schlechter als Heilen."

Der bundesdeutsche Zivilschutz stellt weder den einen noch den anderen Anspruch. Naturgemäß kann er nicht heilen, doch auch zur Vorsorge ist er nicht in der Lage. Seit Jahren schleppt er sich am Existenzminimum dahin. 1959 fand sich im Godesberger Programm der SPD ein einziger Satz zum Katastrophenschutz: "Der Schutz der Zivilbevölkerung ist wesentlicher Bestandteil der Verteidigung des Landes." 1972 verzichtete die gleiche Partei in ihren Wahlprogramm auf jedwede Aussage. Die CDU fand 1971 ganze zwei Sätze in ihrem Berliner Programm. Das ist nicht nur symptomatisch, sondern charakteristisch.

Die simpelste Vorsorge für das Überleben eines Atomkriegs ist die Schaffung von Schutzraum. Auch wenn unberührt bleibt, daß sich auch mit Schutzräumen die nachgeschalteten Probleme beim Verlassen derselben nicht klären, bleibt doch deren Bereitstellung unerläßliche Voraussetzung für alle weitergehenden Überlegungen. Also wäre die Schaffung von Schutzraum originäre Aufgabe jedweden Zivilschutzes.

Nicht einmal ein Prozent der BRD-Bürger hätten im "V-Fall" (=Verteidigungsfall=Krieg) ernsthaft die Chance, einen Schutzraum in Anspruch zu nehmen. Es gibt einfach nicht mehr. Dabei handelt es sich im Großen und Ganzen um Einrichtungen für Politiker und Reiche: Die einen verschwinden in die Ahr- und kommunalen Bunker einiger Großstädte, bei den anderen läßt sich seit einiger Zeit die Tendenz erkennen, statt des Swimming-Pools vergangener Jahre bei den Bauämtern private Unterstände zu beantragen.



Französisches Atompokalypsepalais „Ganzatohi“, Außenansicht (schön bunt)

Für verschwindend kleine Teile der Bevölkerung werden mit U-Bahn-Schächten behelfsmäßige "Schutzräume" angeboten, wobei es sich meist schon von der technischen Seite um Illusionshascherei handelt. Einen Volltreffer überstehen die nicht (und über U-Bahnen verfügen nur Großstädte, welche wiederum mit Sicherheit Volltreffer erhalten), und nicht einmal mehr Strahlenschutz ist wirklich gegeben in der Masse der Fälle. Läßt man sich jedoch einmal auf die Berechnung von Schutzräumen ein, so ergibt sich folgendes Bild:

Beispielsweise im Großraum Stuttgart existieren 14550 Unterstände. Während

einer großangelegten Übung im letzten Jahr wurden im Schnitt 30 Minuten benötigt, um Funktionsfähigkeit herzustellen. Angesichts der tatsächlichen Flug- und Vorwarnzeit, die nur einen Bruchteil dieser Spanne ausmacht, entsteht ein realistischer Eindruck. Andere Länder verhalten sich anders. Die Schweiz z.B. verfügt proportional gesehen über in etwa das Zwanzigfache der bundesdeutschen Schutzräume.

Für die Zeit nach dem Verlassen der Schutzräume bestehen überhaupt keine Überlegungen beim Katastrophenschutz. Ein Zyniker würde sagen: Das entspricht auch den Bedingungen, weil es dann keinen Zivilschutz mehr gibt. Doch will man einen Rest von Verantwortungsbewußtsein beweisen, so muß es solche Pläne geben.

Die Entwicklung des Verhältnisses von Militär- zu Zivilschutzausgaben spricht für sich. Wurden 1959 noch 183 DM pro Bürger für Rüstungsgüter und 5 DM für Katastrophenvorsorge ausgegeben, so waren es im Jahr '79 611 und 12 DM. Die Proportionen entwickelten sich wie folgt:

- 1959: 36:1
- 1969: 43:1
- 1979: 50:1
- 1981: 58:1



Die Tendenz heißt also selbst bei immenser Untersuchung der Kriegsausgaben: Forcierung der Mittel für die Waffentechnologie.

In Schweden beträgt das gleiche Verhältnis 20:1, in der Schweiz 13:1. Im Gegensatz zur BRD sind beide Länder jedoch keine potentiellen Kriegszentren. Dieses ungünstige Abschneiden der Bundesrepublik im internationalen Vergleich folgt aus der engen Bindung unseres Landes an den aggressiven US-Kriegskurs.

Das relativ inhumane Handeln der politisch Verantwortlichen in der BRD ist demnach durchaus als weltanschauliche Frage zu begreifen.

Wie weit solche Denkweise in den Köpfen der Militärs bereits gegriffen hat und ungehindert greifen kann, belegt die zynische und apokalyptische Sichtweise des ehemaligen Oberbefehlshaber der Heeresgruppen Nord der NATO, Sir John Hackett, der in seinem visionären Buch "Welt in Flammen" folgendes Szenario für die Zeit nach dem Atomwaffenangriff auf die Sowjetunion beschreibt:

Die grauenvolle Katastrophe, die am frühen Nachmittag des 20. August 1985 über die ahnungslose Stadt Minsk hereinbrach, traf die Welt wie ein betäubender Schlag. So knapp auf das nukleare Desaster folgend, dem weniger als eine Stunde vorher Birmingham zum Opfer gefallen war, trug sie viel dazu bei, die Einstellung der Menschen in unserer Zeit tiefgreifend zu verändern. Und zweifellos wird sie auch eine machtvolle Wirkung auf die Geschichte künftiger Zeiten haben. Ist es möglich, fragten sich die Menschen – und sie werden sich weiterhin diese Frage stellen –, daß menschliche Wesen sich in Situationen treiben lassen, in denen sie keine Alternative zu solchem Grauen finden können?

Dieser geballten Menschenverachtung – über das Vehikel des Antikommunismus – gegenüber machen sich die Handlungsanweisungen in der "Atom-Bibel" des

BRD-Katastrophenschutzes ("ABC-Schäden, Schutzverhalten und Erste Hilfe, Handbuch", Bonn 1977) aus wie dümmliche Zeilen eines besonders naiven Kinderbuches:

#### Schutz vor Hautstrahlungsschäden

- Bedecken von Hautverletzungen mit staub- und waserdichtem Verband
- Staub aus den Haaren schüttelein, kämmen oder bürteln – dabei möglichst nicht atmen –
- Unbedeckte Körperteile mit Wasser und Seife waschen – wenn dies nicht möglich ist, trocken abreiben –
- Nase ausschneuzen
- Mund ausspülen
- ABC-Schutzmaske aufsetzen (wird später besprochen) – wenn nicht vorhanden, feuchtes dichtes Tuch vor Mund und Nase binden –
- Oberbekleidung ablegen, mit Zweigen o. ä. gründlich abklopfen, ausbürsten oder ausschütteln – Windrichtung beachten – Oberbekleidung wieder anziehen
- ABC-Schutzmaske wieder absetzen bzw. Tuch abbinden
- Abreiben unbedeckter Körperstellen wiederholen
- Benutzte Lappen etc. vergablen, nicht wegwerfen

Für das "Schutzverhalten vor thermischer Strahlung" halten die gleichen "Witzbolde" folgende Tips bereit:

- Aufsuchen von Schutzräumen, Kellern, Erdlöchern, Gräben oder anderen Deckungen unter Erdgleiche
- Sofort zu Boden werfen, gleichgültig, wo man sich gerade befindet
- Kopf einziehen
- Gesicht zum Boden wenden
- Augen fest schließen und geschlossen halten, da bei Blindheit infolge der Hilflosigkeit kaum Überlebenschancen gegeben sind
- Kopf und Nacken, soweit möglich, bedecken
- Hände und unbedeckte Arme unter den Körper legen
- Wenn Kleidung Feuer gefangen hat, am Boden wälzen, bis Flammen erlöschen
- Deckung nicht vor Ablauf von ca. 90 Sekunden verlassen

Jegliches zu betrachtende Zahlenmaterial ist vollkommen uneingeschränkt zum Resignieren geeignet. Das sei an einem zentralen Punkt verdeutlicht:

Den 244 ABC-Zügen des Katastrophenschutzes stehen ganze 2.440 Fahrzeuge kleineren und mittleren Typs zur Verfügung. (Zum Vergleich benötigte die Bonner Friedensdemo im letzten Monat nebenzig Sonderzügen mehr als 5.000 Großraumbusse.) Doch auch diese bedrückende Zahl ist getürkt: Die 2.440 Fahrzeuge stehen nur auf dem Papier, tatsächlich existieren pro Zug nur 3; die restlichen 7 sollen im "V-Fall" aus der Masse der konfiszierten Privatfahrzeuge zur Verfügung gestellt werden. Wer jedoch glaubt daran, daß ein geeigneter LKW zu nicht-militärischen Zwecken eingesetzt wird. Im übrigen ist auch die Ausbildung der ehrenamtlichen Helfer ähnlich ungenügend wie ihre technische Ausstattung (was sich auch bedingt, weil mit den Geräten das Übungsmaterial entfällt).

Solche Reihen und Belege lassen sich endlos fortsetzen.

Der Katastrophenschutz wird getragen von sog. "ehrenamtlichen Helfern". Das sind im Klartext Leute, die ein einziges Mal im Monat zum "Üben" zusammenkommen. Sämtliche relevanten Berufsgruppen wie

Ingenieure, Techniker oder spezielle Handwerker (Elektriker etc.) entfallen durch "Unabkömmlichkeitserklärungen" der Bundeswehr.

Seit 11 Jahren arbeite ich im Zivilschutz. In dieser ganzen Zeit gab es in meinem Bereich keine einzige ABC-Übung für Mannschaftsgrade - d.h. die Masse der Helfer, die sich für 10 Jahre verpflichtet hat - und ganze zwei Übungen für sog. "Führungskräfte". Die allerdings waren bezeichnend und hatten nur periphär etwas

mit Atomkriegsvorsorge zu tun:

Einmal wurde ein schwere Beschädigung der Ruhralsperre angenommen mit abzu-sehendem Bruch der Staumauer binnen ein-iger Stunden. Uns kam die Aufgabe zu, ca. 1000 VIPs (wichtige Personen) zu eva-kuieren. Aber so, daß es die nicht zu ret-tende ("organisatorisch nicht leistungsfähig") Bevölkerungsmehrheit nicht bemerkt.

Ein anderes Mal zogen die Vizeminister - also die gesamte zweite Regierungsgarni-

tur - für mehrere Tage in die Ahrbunker und vollführten dort an Stelle ihrer an-derorts benötigten Chefs die sinnvolle Übung, wie vom Schutzraum aus ein ent-völkertes Land weiter zu administrären sei.

Zurück zum Spontispruch: Weder Vorbeu-gen noch Heilen, sondern von vorneherein verhindern!

Burkhard Hoffmeister

# Aufschwung in Sicht:

WOHNUNGSSITUATION FÜR VERMIETER NACH WIE VOR BEFRIEDIGEND BIS SEHR GUT!

Aufschwung in Sicht:

WOHNUNGSSITUATION FÜR VERMIETER NACH WIE VOR BEFRIEDIGEND BIS SEHR GUT!

Bis 1990 wird das Defizit an Wohnungen für Studenten geradezu katastrophale Ausmaße erreichen.

Dies ist nicht etwa die Einleitung eines revidierten Wohnungsbauprogramm der Bundesregierung oder der Stadt Bonn mit Sofortmaßnahmen entnommen, im Gegenteil. Diese Prognose baut gerade auf die Untätigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden auf dem Gebiet des Wohnungsbaus. Was bereits unter Sozialdemokratischer Regierungsführung begonnen und unter CDU-Herrschaft mit größerem Elan betrieben wurde, nämlich der Abbau jeglicher sozialer Wohnungspolitik unter dem Motto "Mehr Privatinitiative, Bahn frei dem freien Markt!", lockt umgehend Geschäftemacher an, die nur zu gerne auf der sozialen Not ihre Profite einheimsen.

Entnommen ist dieses Zitat (und die meisten folgenden) einer bunten Werbebroschüre einer "Investor Treuhand Finanz- und Wirtschaftsberatungsgesellschaft m.b.H.", deren Hauptziel darin besteht, denen, die eh schon zuviel verdienen, beim Steuern sparen zu helfen.

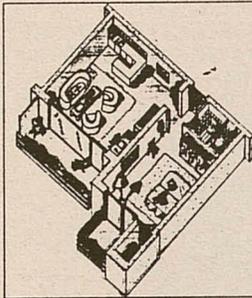
Auf zweierlei Weise wird hier soziale Ungerechtigkeit praktiziert: zum ersten gehen "unserem" Staat nicht nur Steuereinnahmen von denen, die's haben, verloren, sondern es wird auch noch kräftig zugezahlt. Zum zweiten führt die Tätigkeit dieser Leute auf ihrem speziellen Gebiet, dem Wohnungsbau, zu den bekannten Mißständen: überhöhte Mieten, leerstehende Luxuswohnungen usw..

Natürlich darf auch hier der (ehemalige) Bonner RCDS-ASTA nicht fehlen. Es ist schon bezeichnend, wenn eine Institution, die in den besprochenen Kreisen sonst nicht gerade beliebt ist, in der Werbebroschüre immerhin 6 Zeilen des kostbaren Platzes wert ist. Sogar die bekannten, stets als der letzte Schrei gepriesenen Aktionen dieser Rechten, sind es wert, als Werbung für die Ausnutzung studentischer (und sonstiger) Wohnungsnot herangezogen werden:

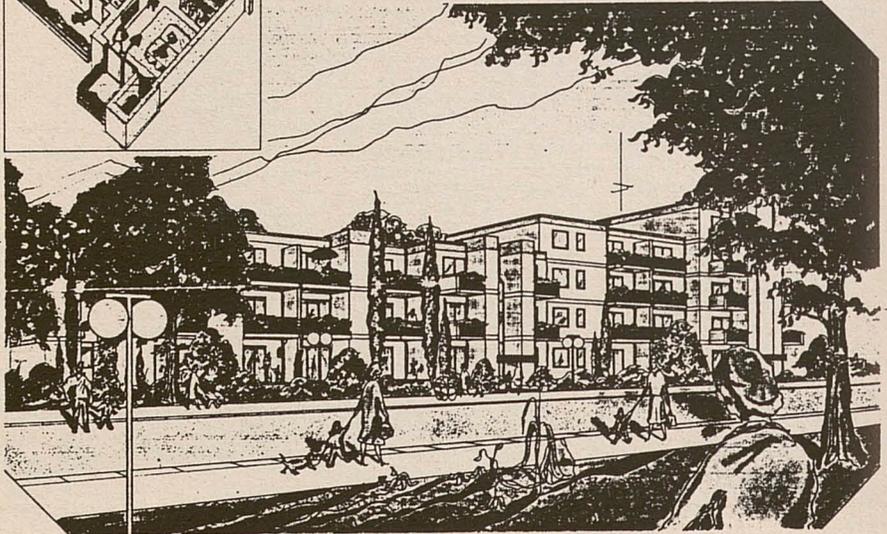
Der ASTA der Universität Bonn. Etwa 1.500 Studenten hatten vor Beginn des Sommer-Semesters noch immer kein Dach über dem Kopf. Sogar der Ankauf eines Kabinenschiffes wurde in Erwägung gezogen. Zeltaktionen des ASTA wiesen auf diese akute Wohnungsnot hin.

Bonn Werden Sie ohne sofortigen Bareinsatz Wohnungseigentümer!

## - Der Tip für Kapitalanleger -



### Studienresidenzen in der Universitäts- und Bundeshauptstadt Bonn.



Bis 1990 wird das Defizit an Wohnungen für Studenten geradezu katastrophale Ausmaße erreichen. Laut Statistik werden dann ca. 300.000 Studenten mehr erwartet als heute. Der ASTA der Universität Bonn: Etwa 1.500 Studenten hatten vor Beginn des Sommer-Semesters noch immer kein Dach über dem Kopf. Sogar der Ankauf eines Kabinenschiffes wurde in Erwägung gezogen. Zeltaktionen des ASTA wiesen auf diese akute Wohnungsnot hin. Der Bonner Oberbürgermeister wendet sich ständig zwecks Linderung der Wohnungsnot an seine Bonner Bürger. Bonn ist jedoch nicht nur Universitätsstadt, sondern auch Verwaltungs- und Diplomatenzentrum. Die Mitarbeiter dieser Institutionen (in der großen Überzahl Wochenendpendler) benötigen für die Arbeitswoche Appartements. Die große Nachfrage, die vielfältige Vermietungsfähigkeit und die problemlose Mieterhöhung sprechen für eine derartige Investition. Mit Studienresidenzen haben Kapital-

anleger bisher die besten Erfahrungen gemacht. Obwohl fungibel, werden diese mietertragsstarken Objekte nur selten veräußert. Standort der geplanten Studienresidenzen im Bauherrenmodell ist Bonn-Tannenbusch - nur wenige Minuten von der City entfernt. Die Residenzen erhalten eine individuelle und abwechslungsreiche Fassadengestaltung. Dieses Angebot ist eine maßgeschneiderte Alternative für Investoren, die Immobilien-Sicherheit und sichere Steuervorteile zugleich wünschen. Durch eigenkapitalbezogene hohe Werbungskosten können Sie Ihr Eigenkapital von nur 10% überwiegend finanzieren. Besonderer Vorteil: Zahlung des Eigenkapitals erst am 1.3.1984. Noch mögliche Mehrwertsteuer-rückstattung z.B. bei einem Appartement (ca. 25 m²) mit einem Gesamtaufwand von DM 118.600,- (incl. TG-Stellplatz) ca. DM 9.400,-, 5-jährige Mietsicherheit.

Dies ist nun weder Zufall noch Mißbrauch. Es ist das logische Ergebnis einer sog. Interessenvertretung, die bestenfalls noch Mißstände aufzählt und ansonsten schlicht und einfach darauf verzichtet, Raß und

Reiter beim Namen zu nennen. Dies ermöglicht es Firmen wie Treuhand, studentische Interessenvertretung auch noch als Kronzeugen für den "Tip für Kapitalanleger" heranzuziehen. Hinzu kommt, daß ja

auch in der Bonner Studentenschaft von den Rechten Projekte praktiziert wurden und werden, die hundertprozentig in die Strategie der Privatisierung sozialer Probleme und die Entlastung der Besitzenden und des öffentlichen Haushalts passen. Genannt sei hier die sog. "ASTA-Selbsthilfe-Aktion", in der mit studentischen Sozialbeiträgen Wohnraum geschaffen werden soll. Ohne die Sache hier im einzelnen diskutieren zu wollen, paßt sie jedoch von der Form und der dahinterstehenden Konzeption ganz genau in das Konzept der CDU, das da heißt: "Freie Bahn dem freien Markt und jeder hilft sich selbst so gut er kann (oder auch nicht)!"

Bezeichnend ist, wie der von der CDU propagierte Aufschwung mit Wende solche Leute dazu bringt, ihre Machenschaften in dankenswerter Weise offenzulegen. Es ist eigentlich schon widerlich, wie diese Firma ihre "Mietetragsstarken Objekte" anpreiselt und dabei voll auf die soziale Probleme der Studenten abhebt:

Die große Nachfrage, die vielfältigen Vermietungsfähigkeiten und die problemlose Mieterhöhung sprechen für eine derartige Investition.

Man sieht sofort: Freier Markt sprich Bau- und Miethäie und die bewußte Ignoranz gegenüber sozialen Problemen gehen Hand in Hand. Daß das speziell bei der CDU weder Versehen noch böswillige Unterstellung unsererseits ist, kann man z.B. einer Broschüre der Bonner CDU mit dem schönen Titel: "Bonn - eine Stadt mit Lebensqualität" entnehmen, wo es im Abschnitt "In Bonn ist gut Wohnen" heißt:

Auf Drängen der CDU wurden in den letzten Jahren verstärkt städtische Grundstücke zu Eigentumsbildung an die Bürger verkauft.

Dies sind die Grundlagen eines unmenschlichen Wohnungsbaukonzepts, in dem das Hintenanstehen der Bedürfnisse der Menschen Bedingung ist für Profitmacherei und Prunksucht, wie sie gerade hier in Bonn schon seit Jahren von der CDU mitbetrieben und unterstützt werden. Natürlich will auch unsere Treuhand dieses schöne Idyll nicht stören:

Die Residenzen erhalten eine individuelle und abwechslungsreiche Fassadengestaltung.

Das gebotene Maß an Individualität und human touch ist also gewährleistet und die zuständigen Stellen tun das ihre, damit es nicht gar zu schlimm wird:

Der Bonner Oberbürgermeister wendet sich ständig zwecks Linderung der Wohnungsnot an seine Bürger.

Der neue linke ASTA versucht dieses Konzept von rechter Marktwirtschaft aufzuzeigen und die Schuldigen klar zu benennen. Miethäie werden sich auch als Miethäie bezeichnen, Profitmacherei wird nicht - wie bei den rechten Amtsvorgängern - als notwendiger Anreiz für notleidende Unternehmer getarnt.

Der ASTA wendet sich gegen diese unsoziale Wohnsituation und unterstützt die Studenten z.B. mit Hilfe von Rechtsberatung oder Rechtsmittelunterstützung, sich durchzusetzen.

"Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt" - auch gegen die Bonner Wohnungspolitik ist dies die richtige Devise.

Maria Leenen

## SP ~ Beschluß vom 17.10.83

Antrag der FRUST:

Das SP möge beschließen:

Das Studentenparlament der Universität Bonn fordert im Namen der Studentenschaft alle Atommächte auf, sich nachhaltig um Frieden und Abrüstung zu bemühen und sich nicht in leeren Versprechungen und fruchtlosen Verhandlungen zu ergehen.

Dieser Aufruf geht insbesondere an die Sowjetunion und die USA, die Verhandlungen in Genf zu einem menschengerechten Abschluß zu bringen und auf jegliche Nachrüstung zu verzichten, und umgehend mit dem Abbau sämtlicher bereits vorhandener nuklearer Waffensysteme zu beginnen.

Die Zukunft aller Menschen hängt unmittelbar vom Friedenswillen der Atommächte ab, die hiermit aufgerufen werden, ihren schönen Worten Taten folgen zu lassen, anstatt die Schuld an der atomaren Bedrohung auf den vermeintlichen Gegner zu schieben.

Frieden ist möglich, wenn der Wille zum Frieden vorhanden ist.

Das SP möge beschließen, dies in einem offenen Brief der Bundesregierung, sämtlichen Atommächten und der Studentenschaft bekannt zu geben.

# TAKE IT EASY.

Lockere Leute fahren mit transalpino.

## Hier einige Preisbeispiele:

Die rosaroten Wochen bei Transalpino  
eine Person DM 101,--  
zwei Personen DM 135,--  
beliebige Route in der Bundesrepublik  
gültig bis 19.12.83.

Ausserdem gibt's preiswerte Flüge  
in alle Welt:

z.B. Berlin 252,--; New York 795,--  
Lima 1790,-- etc..etc.....

Verkauf bei:

FRS Flug Reise Service GmbH  
Fritz-Tillmann-Str.4,53 Bonn; 221071



Jetzt weit über 4000 Reiseziele

# transalpino

Das billige  
Bahnticket für  
alle unter 26.



# KONZERTE & TERMINE



# KONSTANTIN WECKER

ES GEHT UMS TUN UND NICHT UMS  
SIEGEN

Eine Zeile aus dem Lied von Konstantin Wecker über die Widerstandsgruppe "Weiße Rose", aufgeschnappt beim Konzert am 4.11. in Köln. Dies ist ein Teil der Philosophie von Wecker. Viel davon kam auch beim Publikum in der Kölner Sporthalle an. Dies Konzert war ein Erlebnis, das weit über das hinausging, wie man/frau oft auf Konzerten abfährt.

Da gab es perfekt arrangierte Musik der exzellenten Begleitmusiker vom Team Musikon, die an die verschiedensten Musikstile anlehnte, angefangen von vielen klassischen Elementen, über Folk bis hin zu Jazzelementen. Da gab es das frenetische Mitgehen von Wecker vom ersten Lied an. Da gab es kabarettistisch-humoristische Einlagen. Da gab es Zwischenbeifall mitten in einem Lied von einem Publikum, das sich von einer Textzeile ganz besonders angesprochen fühlte. Und man/frau fühlte zu meiner Überraschung noch immer die Spannung und das Grauen beim Wecker-Oldie "Willy".

Der Vortrag dieses Liedes war wohl symptomatisch für dieses Konzert. Trotz aller Perfektion der Musik und des Vortrags, da war nie Leerlauf und nie Langeweile auch bei oftgehörten Stücken. Da kam immer

Neues durch die Musik, so bei "Es herrscht wieder Frieden": Am Ende unterstrich dabei ein gellender Bläasersatz die Absurdität der Titelaussage, das Trügerische an diesem falschen Frieden.

Ein Teil der alten Lieder hat auch inzwischen eine neue Aktualität erhalten. So das "Hexen-Einmaleins", das nicht nur für Wecker durch die Ausländerfeindlichkeit wieder brandaktuell geworden ist. Titelzeile: "Immer noch werden Hexen verbrannt auf den Scheiten der Ideologie".

Aber nicht nur die Nachdenklichkeit, das Aufzeigen von Problemen ist das Anliegen von Konstantin Wecker, sondern er will auch den Mut vermitteln zu kämpfen und zu träumen. Zitat: "Eines Tages hat es keinen Zweck mehr sich zu verstecken. Kein Ticket nach Übersee. Hierbleiben, brüllen und widerstehen!" Dabei ist immer noch ein wichtiges Lied: "Genug ist nicht genug".

Das alles kam auch bei den Zuhörer/Inne/n an, denen oft genug neben Begeisterung und Lachen viel Betroffenheit aus dem Gesicht zu lesen war. Insgesamt ein Konzert, wie es nicht alltäglich ist mit einem Konstantin Wecker, der gerade live (und zwar buchstäblich lebendig) zeigt, was er kann und was er sagen will.

Wilfried Lühr

## ÖKOLOGIE-RINGVORLESUNG

Mittwoch, 14. Dezember, 19.30 Uhr, HS 17  
Waldsterben

Wilhelm Knabe (Landesanstalt für Ökologie)

Die Ökologie-Ringvorlesung ist eine Veranstaltungsreihe des Ökologie- und Kommunalreferats im AstA

Das Skript der Ringvorlesung 82/83 ist für 2 DM im AstA erhältlich.



SPRINGMAUS spielt mit dem Programm: "Spiegelei sucht ebensolches" im Anno Tubac, Kölnstraße 47 im Dezember am:

Freitag,	2.12.	20.30 Uhr
Sonntag,	4.12.	12.30 Uhr
Freitag,	9.12.	20.30 Uhr
Sonntag,	11.12.	12.30 Uhr
Sonntag,	18.12.	12.30 Uhr

### ZUSATZTERMIN:

SPRINGMAUS mit dem Extraabend-Programm "Merry Christmaus" im Kulturforum Bonn Center, Tel. 77 45 17/21 25 21) am:  
Mittwoch, 14.12. 20 Uhr.

Durch das Fehlen Michael di Pasquas war

das Konzert von Martin Kolbe und Ralf Illenberger mit dem Pianisten Wolfgang Dauner und dem Cellisten Eberhard Weber in der etwa halb ausverkauften EMA-Aula gleich zu Anfang stark beschnitten. Das Fehlen der Baßgitarre des in Amerika lebenden di Pasqua konnte von den übrigen Musikern nur schwierig ersetzt werden. Dennoch zeigte sich die Abstimmung der vier gerade in den ersten Stücken (Warum 12 und Break) als ausgezeichnet. Die eigenen Stücke des Duos Kolbe/Illenberger dann in gewohnter Qualität, nur auf die erwarteten neuen Stücke wartete man vergebens. Überzeugend für die Qualität der Gitarristen vor allem das Solo Illenbergers. Klar hervor traten die Jazz-Elemente im Stück von Dauner und Weber - beide je auch im United Jazz- and Rockensemble - die mit gefühlvollen Interpretationen aufwarteten und begeisterten Zwischenapplaus hervorriefen. Leider brachten dann aber auch die letzten Stücke nicht den erhofften Pepp. Die Stücke blieben in Rhythmus und Lautstärke so seicht. Der erwartete Höhepunkt fehlte. Das zeigte sich auch daran, daß ein Großteil der Zuschauer schon nach der ersten Zugabe abzog.

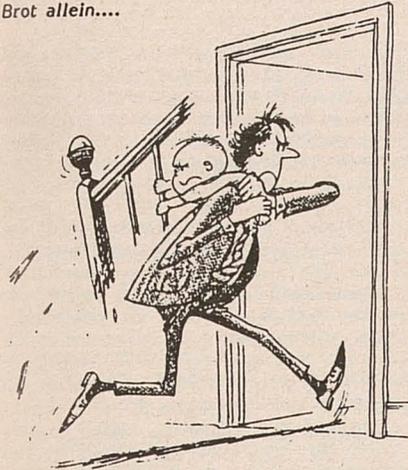
Nur die Fanatiker bekamen auch die zweite Zugabe noch zu hören, denn das Quartett ließ ungebührlich lange auf sich warten, bis es zur zweiten Zugabe nochmal auf die Bühne kam.

Norbert Volpert

# Aus den Fachbereichen:

## Bemerkungen zum Hochschulprotesttag am Fachbereich Chemie

Im Rahmen der Friedenswoche vom 16.-22.10. war der 20.10. als Protesttag der Hochschulen und Bildungseinrichtungen gegen die geplante Raketenstationierung angesetzt. Besonders am Fachbereich Chemie war der Tag von verschiedenen Veranstaltungen zum Thema Frieden geprägt. Die eifrigsten der Studenten, die morgens früh um acht Uhr die erste Vorlesung gehört hatten, durften sich beim Verlassen des Hörsaals eines Friedensfrühstücks mit musikalischer Unterhaltung erfreuen. Daneben war ein Tisch mit vielfältiger Literatur und geballter Information zum Thema Frieden aufgebaut. Ich und auch die Leute hinter letzterem Tisch hätten sich sicher auch gefreut, wenn dieser mit derselben Begeisterung umlagert worden wäre, wie jener Tisch mit den Brötchen drauf. Nun, vielleicht besinnt sich noch der eine oder andere auf jenen zweifelstfreien weisen Bibelspruch: Nicht nur vom Brot allein....



Dann um 10.20 Uhr die Experimentalchemievorlesung von Prof. Bergerhoff. Nach langwierigen, aber zum Schluß doch fruchttragenden Verhandlungen, war es gelungen, ein beide Seiten (Prof. Bergerhoff und Fachschaft) zufriedenstellendes Programm für die nächsten Stunden aufzustellen. Die ersten 40 Min. seiner einstündigen Vorlesung nutzte Prof. Bergerhoff dazu, die geschichtliche Entwicklung der Chemie bis hin zur heutigen Rolle in der Gesellschaft mit den damit verbundenen Vor- und Nachteilen abzuleiten.

Mit Beginn der Friedensvollversammlung führte um 11 Uhr noch in der Experimentalvorlesung die Fachschaft zusammen mit Prof. Bergerhoff den Film "Die Prophezeiung" vor, einen Dokumentarfilm, der zunächst den heutigen Stand der Rüstung aufzeigte. Der Film schwenkte dann abrupt über auf die Vorbereitung, den Abwurf und die Folgen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Es waren Bilder, die in grausamer Realität die Wirkung der Waffen aufzeigten, die gegenwärtig in ihrer zerstörerischen, unmenschlichen Funktion vermehrt hergestellt und weiterentwickelt werden. Nach Filmdende zeigte sich die Mehrheit der über 300 Anwesenden nachdenklich und betroffen.

Ergänzend war ein Flugblatt erstellt worden, worin Studenten, Mitarbeiter und Professoren (Prof. Bergerhoff, Prof. Röllgen, Dr. Schuff) des Fachbereichs Chemie sich gemeinsam gegen die Nachrüstung aussprachen.

Um die Vollversammlung weiter abhalten zu können, mußten wir dann leider in den etwas kleineren Hörsaal umziehen, weil zu gleicher Zeit die Vorlesung für Mediziner und Zahnmediziner des Prof. Ross im bisherigen Hörsaal stattfinden sollte. Da bei solchen Umzugsaktionen erfahrungsgemäß eine große Anzahl von Studenten verloren geht, hatten wir uns schon frühzeitig mit Prof. Ross in Verbindung gesetzt und ihn mehrmals gebeten, seine Vorlesung in den anderen Hörsaal zu verlegen, um einen reibungslosen Ablauf unserer Veranstaltung zu gewährleisten. Prof. Ross lehnte dies strikt ab, weil seine Studenten im kleineren Hörsaal keinen Platz finden würden. (Der große Hörsaal hat 312 Plätze, der kleine 220.) Darüberhinaus drohte er dem Fachschaftsrat und einzelnen Mitgliedern des FSR mehrmals rechtliche Konsequenzen an, falls der Hörsaal nicht geräumt sei. Um einer möglichen Anklage wegen Hausfriedensbruch zu entgehen, zogen wir es vor, den Hörsaal zu wechseln.

Man hätte wohl an diesem für die Hochschulen angesetzten Tag auf mehr Kooperationsbereitschaft von Seiten des Prof. Ross stoßen können, da zum einen viele andere Prof's in ihren Veranstaltungen Bezug zum Thema Frieden nahmen, und zum anderen viele Studenten es vorzogen, Friedensveranstaltungen zu besuchen, anstatt Vorlesungen zu hören, so daß mit einem großen Andrang in der Medizinervorlesung eh nicht zu rechnen war. Leider war Prof. Ross für dieses Minimum an Zusammenarbeit nicht bereit. Daß es auch anders geht, hat die gemeinsame Aktion mit Prof. Bergerhoff bewiesen!

Die Vollversammlung wurde von einem Vortrag von Carl Bredthauer (Mitautor von: "Sage niemand, er habe es nicht wissen können") fortgesetzt, der erläuterte, warum neue Waffensysteme in der Bundesrepublik stationiert werden sollen und welche Gefahren diese Stationierung in sich birgt. Anhand von Zitaten führender amerikanischer Politiker wurde klar deutlich, daß die USA die Ausführung eines atomaren Erstschlages, eines sog. "Enthauptungsschlages" durchaus in Erwägung zieht. Enthauptungsschlag heißt: Die politische und militärische Führung der Sowjetunion mit einem atomaren Erstschlag lahmzulegen. Die USA rechnet mit 50-100 zu "eliminierenden" (Wortzitat) Zielen in der zentralistisch aufgebauten Sowjetunion. Mit den technischen Möglichkeiten von 108 in der Bundesrepublik stationierten Pershing II ist dieses Ziel erreicht.

Zitat:

"Im Kontext eines Atomkrieges über die Sowjetunion sprechen, heißt, über einen bestimmten Zielkatalog sprechen... Nehmen wir an, es handelt sich um hundert Ziele, (Anm.d.Red.: und 108 Pershing II-Punktzielraketen wollen die USA aufstellen. Zufall? Und alle 108 Abschußgestelle in der Bundesrepublik...) Wenn wir alle diese hundert Ziele treffen könnten, würden wir jedes Mitglied des Zentralkomitees, jedes Mitglied des Politbüros, wir würden alle entscheidenden wichtigen Bürokraten töten, wir würden also dem sowjetischen Huhn den Kopf abschneiden..."

Collin S. Gray, "Washington Post" vom 14.5.1982

Carl Bredthauer wies darauf hin, daß ein Rüstungsstopp erst auf qualitativer Basis erfolgen muß, um nicht über solche Präzisionswaffen zu verfügen, die einen Enthauptungsschlag überhaupt ermöglichen würden. Danach müsse eine quantitative Rüstungsbegrenzung folgen. Weiterhin sei

ein neues Durchdenken des Sicherheitsbegriffes dringend erforderlich. Nach dem Vortrag kam eine recht lebhaft Diskussionsion unter den ca. 120 Zuhörern auf.

Die von der Fachschaft in wirkungsvoller Unterstützung von Prof. Bergerhoff durchgeführte Veranstaltung fand in der Studenschaft großen Anklang. Dies zeigt ganz deutlich auf, welchen Stellenwert das Thema Frieden an Hochschulen errungen hat. Dies bestätigt auch die Teilnehmerzahlen der Friedensveranstaltungen des ASTA. Es besteht somit Informationsbedürfnis und die Bereitschaft zum Dialog zu diesem Thema unter Studenten. Umso notwendiger ist es deshalb geworden, daß Fachschaften und ASTA über dieses Thema informieren und sich dazu äußern. Abschließen möchte ich mich bei allen Helfern und Mitarbeitern für die tatkräftige Unterstützung bedanken. Denn es steckt gerade für uns als neues Fachschaftsteam ein ganzes Stück Arbeit hinter der Sache.

Ein letztes Dankeschön möchte ich allen Professoren sagen: Den einen für ihre Unterstützung und Zusammenarbeit, den anderen für die gewonnene Lebenserfahrung!

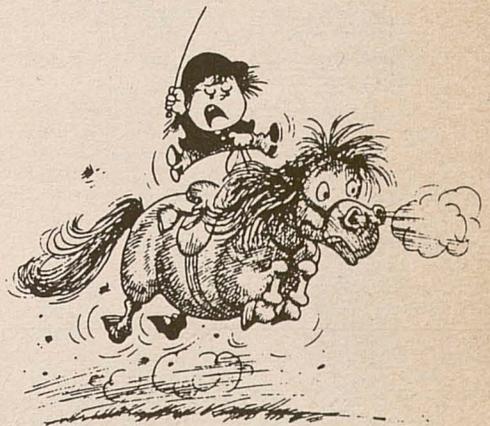
Hans Dasenbrock

## SPORT:

### ZUR URABSTIMMUNG

### VON DEN SCHWIERIGKEITEN IMMER NEUER BEFRAGUNGEN

Am Fachbereich Sport - und dabei geht es hier eher um das SWI auf dem Venusberg als um das SFL an der Pädagogischen Fakultät - wurden bereits eine ganze Reihe von Friedensaktivitäten durchgeführt. Viele Sportler standen schon früh unter dem Krefelder Appell, das Institut ist mit großer Mehrheit zum atomwaffenfreien erklärt worden, ein Friedensaktionstag brachte Aufsehen. Bei jeder Friedensdemo waren wir dabei, kleinere Veranstaltungen wie Filme oder Diskussionen mit Spitzensportlern fanden statt. Ein Workshop "Sport und Frieden/Sport und Friedenspädagogik" stellte einen Einstieg in die inhaltliche Aufarbeitung des Thema's dar.



Daß die Ur- und Urnenabstimmung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds) ein sinnvoller Beitrag sind, um die Friedensbewegung zu verbreitern und wieder neue Menschen miteinzubeziehen, steht wohl ernsthaft nicht in Frage. Mit der Initiative "Sportler gegen Atomraketen/Sportler für den Frieden" verfügen wir über genügend Erfahrungen, um sehr genau zu wissen, wie effektiv die gezielte Arbeit in einem ganzen gesellschaftlichen Bereich ist. Die Prediger der politischen Abstinenz wie auch die Demagogen des Friedens in Freiheit durch Hochrüstung sind heute in

eine sehr defensive Lage gedrängt, die Friedensdiskussion ist eine beherrschende in den Sportverbänden, die Rolle des Sports in der Friedensbewegung eine nicht zu übersehende. Aus den Anfängen der Initiative wurde etwas Großes durch Arbeit im gesamtgesellschaftlichen Bereich des Sports.

Von daher ist uns der Gedanke des "Pilotprojekts", der Gewinnung einer ganzen gesellschaftlichen Gruppe gegen die Raketestationierung nicht fremd. Wenn die Hochschulen sich jetzt auf diesen Weg begeben, dann bringt das vorwärts. Eine andere Voraussage sieht das Wesentliche nicht.

An den Unis soll mit einem sehr massenhaften und unübersehbaren Votum gearbeitet werden. Das entspricht zum einen der politischen Situation, der völligen Zuspitzung unmittelbar vor dem Stationierungsbeginn, der Notwendigkeit der Sichtbarma-

chung einer wirklichen Mehrheit gegen den Wahnsinn; zum anderen ist es richtig, weil die Hochschulen von ihrer überschaubaren Struktur her tatsächlich die Möglichkeit bieten, ein solches Votum deutlich zu organisieren. Also lohnt die Urabstimmung.

Schwierig ist für uns, das die Konkretheit des Abstimmungszettels nichts Entsprechendes findet in ebensolcher Konkretheit von weiteren Aktionen. Unterschrieben oder unser Votum erbracht haben wir schon einige Male. Das soll nicht den Wert der Urabstimmung schmälern, doch stellt sich sehr direkt die Frage nach zusätzlichem Handeln gerade angesichts des Stationierungsdatums. Danach fragen viele, wenn sie vor den Urnen stehen, darauf wollen sie auch eine Antwort. Diese Gespräche nicht zu führen hieße, Chancen der Verstärkung des Widerstandes auszulassen.

Wir werden neben den Fragen gegen die

Stationierung und für eine Volksbefragung noch eine dritte stellen: "Bist Du bereit, am 12.12. zu streiken und statt des normalen Lernbetriebs den Widerstand der Bonner Sportstudenten gegen die Raketestationierung in öffentlichkeitswirksamen Aktionen deutlich zu machen sowie das Thema Sport und Frieden inhaltlich auszuarbeiten?"

Wie wär's z.B. mir einer Blockade des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft am 12.12. durch alle Fachbereiche der Bonner Uni? Wir könnten Frau Wilmis auffordern, den Rüstungsmenschen in die Tasche zu greifen und so Geld locker zu machen für BAFÖG und bessere Studienbedingungen. Wir könnten dort fachspezifisch Frieden und Wissenschaft aufarbeiten.

Fachschaft Sport



## Juristenausbildung - eine Reform findet nicht statt



Nach der jahrzehntelangen Kritik an der Juristenausbildung schritt der Gesetzgeber 1971 zur Tat: Neue einstufige Juristenausbildungsmodelle sollten in der sog. Experimentierphase getestet werden. (Anspruch und Wirklichkeit der Reform siehe Kasten) Diese läuft im September 1984 aus, bis dahin soll anhand der Erfahrungen aus der Experimentierphase die Juristenausbildung endgültig reformiert werden. Der Streit um die richtige Ausbildung ist - leider von den Jurastudent/innen kaum beachtet - seit drei Jahren voll im Gange. Aber seit der Bundestagswahl stehen die Gewinner fest: Die Reformgegner im rechten Lager. Verlierer werden die Student/innen sein.

Der Justizminister des Bundes und die Justizminister der unionsgeführten Länder haben sich kürzlich geeinigt, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der die herkömmliche zweistufige Ausbildung festschreiben soll. Der Referentenentwurf liegt in der Zwischenzeit vor. Für die Uniausbildung sind zwei Verschärfungen vorgesehen:

- Die Dauer der Ferienpraktika soll auf mindestens drei Monate ausgedehnt werden.

- Es wird eine Zwischenprüfung eingeführt. Diese "Reform" ermöglicht es, die Ausbildungskosten niedrig zu halten und die Studentenzahlen zu reduzieren.

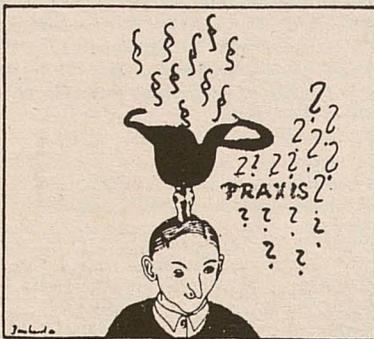
Doch war dieses Ergebnis nicht zwingend: Noch vor einem Jahr wurde der Vorschlag des SPD-geführten Bundesjustizministeriums favorisiert, der eine einstufige Ausbildung bundesweit vorsah. Der entsprechende Referentenentwurf, ein "Juristisches Meisterwerk" (Die Zeit), war so gehalten, daß die Zustimmung des Bundesrates für das Gesetz nicht erforderlich war. CDU und CSU hatten sich vorher mit ihrer Mehrheit in der Justizministerkonferenz für eine zweistufige Ausbildung ausgesprochen, so daß der damalige Bundesjustizminister Schmude mit seinem einstufigen Modell im Bundesrat keine Chance gehabt hätte.

Dennoch wäre eine einstufige Ausbildung politisch zu legitimieren gewesen. Die Nachteile der zweistufigen Ausbildung zeigen sich heute noch deutlicher als zu Beginn der Experimentierphase, während die einstufige Ausbildung positive Ergebnisse brachte.

So verwundert es auch nicht, daß neben der SPD auch die beiden größten Berufsorganisationen der Juristen, der Deutsche Anwaltsverein und der Deutsche Richterbund, eine einstufige Ausbildung fordern.

Die CDU/CSU-Länder lehnen die einstufige Ausbildung neben ideologischen Differenzen vor allem aus Kostengründen ab. Insbesondere in den ersten Jahren der Umstellung wäre die einstufige Ausbildung eine Belastung für die Landeshaushalte, da neue Referendarstellen geschaffen werden müßten und Kleingruppenarbeit in der einstufigen Ausbildung teurer als Vorlesungen sind. Selbst eine Zwischenprüfung wollten CDU/CSU nicht zwingend vorschreiben, da sie "Ausbildungs- und Prüfungskapazitäten" - und damit die Landeskassen - zusätzlich belasten würden.

Daß CDU und CSU ihre Vorstellungen nach der "Wende" durchsetzen würden, daran konnte kaum ein Zweifel bestehen. Im Sommer verblüffte Justizminister Engelhard, als er sich zwar für eine einstufige Ausbildung aussprach, gleichzeitig aber ein zweistufiges "Alternativ-Modell" vorstellte (FR v. 19.7.83). Dieser Alternativ-Vorschlag entspricht im wesentlichen dem CDU/CSU-Modell und dient jetzt als Grundlage für den Referentenentwurf. Warum dann der Umweg über Engelhards "Alternativ-Vorschlag"?



Dieser Schachzug soll wohl den "Schönheitsfehler" der konservativen Juristenausbildungsreform verdecken. Nämlich, daß die eher konservativ eingestellten Berufsverbände ein anderes Ausbildungsmodell beschlossen haben und mitunter Konflikte auftreten könnten. Der Deutsche Anwaltsverein dürfte dadurch getrübt werden, daß nun eine Zwischenprüfung entgegen dem CDU-Entwurf obligatorisch werden soll. Dies forderte der Berufsverband auf dem letzten Anwaltstag von Engelhard aus Furcht vor der Juristenschwemme, die in den Anwaltsberuf zu überschwappen drohe.

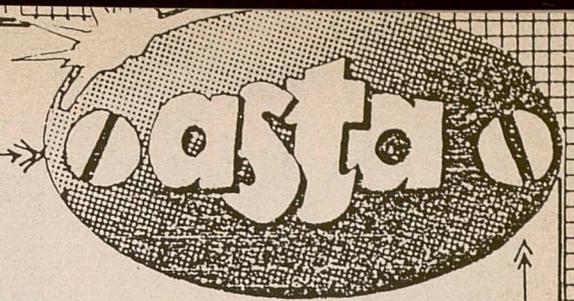
Den Deutschen Richterbund scheint man durch gutes Zureden gewinnen zu wollen. Der Alternativvorschlag sei "im wesentlichen an den Vorstellungen des Deutschen Richterbundes orientiert" und berücksichtige "im übrigen die Ansicht aller einschlägigen Berufsorgane", gelobt die regierungstreue FAZ. Nur "in einem Punkt" müsse man vom Richtermodell abweichen. Aus dem einstufigen Modell mit den Abschnitten Studium-Praxis-Studium-Praxis wird der zweite Studiumabschnitt, die Vertiefungsphase, herausgenommen. Dadurch erhält man ein Studium-Praxis-Paxis-Modell: die herkömmliche zweistufige Ausbildung mit leichten Schönheitsänderungen.

So stehen wir heute vor einer Anti-Reform, die nicht nur die fortschrittlichen einstufigen Modelle abschaffen wird, sondern die zweistufige Ausbildung noch erheblich verschärfen wird. Die privaten Repititorien können jubeln, denn es wird keine Ausbildungsänderung geben, die die Repititorien überflüssig werden läßt, sondern es droht gar eine Zwischenprüfung, die neue Kurse und Verdienstmöglichkeiten für das private Repititorienwesen verheißt.

In der Zwischenprüfung wird gesiebt werden, entsprechend steigt der Leistungsdruck in den unteren Semestern. Daß dadurch das erste Staatsexamen leichter wird darf bezweifelt werden. Die "integrierte Studienpraxis", das sind drei Praktika im Zivil-, Straf- und öffentlichen Recht von mindestens je einem Monat Dauer in der vorlesungsfreien Zeit, soll lediglich Praxisanschauung bieten. "Ziel ist nicht der Erwerb rechtstechnischer Fähigkeiten" (CDU-Entwurf).

Diese Praktika sollen bei der Zulassung zu den folgenden Studienabschnitten "möglichst vorausgesetzt werden, d.h. das Studium wird stärker reglementiert. Für Student/innen, die auf Ferienjobs angewiesen sind, bedeuten die unbezahlten Praktika eine erhebliche Erschwernis.

Über die Gegenreform der Juristenausbildung muß stärker diskutiert werden. Wir Student/innen sollten eine solch reaktionäre Ausbildungsänderung nicht ohne Widerspruch hinnehmen. Dies ist wichtig, weil es rechtlich ungewiß ist, wieviele Einzelregelungen der Bundesgesetzgeber den Bundesländern vorgeben kann. Bis 1971 war die Juristenausbildung aus Tradition einheitlich, nun stellt sich für die Wiederherstellung der Einheit die Kompetenzfrage. Dies haben auch die Konservativen erkannt:



# Das ASTA- Programm

## 1. Gemeinsames Handeln statt zu mauscheln

Wenn die linken Gruppen an der Bonner Uni jetzt einen gemeinsamen ASTA bilden, dann geschieht das, weil die Gemeinsamkeiten im Engagement für die Interessen der Studenten, gegen den Kurs der Rechtsregierung, zur Verteidigung des Friedens groß genug sind, um eine klare Alternative zur Politik des Rechts-ASTAs zu bieten.

Dieser hat der Politik der CDU-Regierung nicht nur nichts entgegengesetzt, sondern sich sogar als deren verlängerter Arm betätigt. Schließlich war es der RCDS, der die Umstellung des BAFöG auf Darlehensbasis vor einem Jahr als erster Verband offensiv propagierte. Die neue Bundesregierung brauchte zur Durchsetzung ihrer unsozialen Gesetze Universitäten, an denen Friedhofsruhe herrscht. Wir dagegen wollen eine politische Studentenschaft. Wir wenden uns gegen Tendenzen still-zuhalten, passiv zu bleiben und zuzuschauen. Wir sind gegen eine Uni, in der nicht nach links und rechts geguckt wird, in der das Durchkommen und der persönliche Erfolg alles sind, in der Studenten mit Scheuklappen im heftigen Konkurrenzkampf ihre Karrieren vorbereiten.

Die letzten Monate sahen vor allem eine verstärkte Aktivität neo-faschistischer und nationalistischer Gruppierungen. Der linke Bonner ASTA wird es sich zu seiner Aufgabe machen, über den Faschismus zu informieren, in der Auseinandersetzung mit seiner Vergangenheit und Gegenwart einen Anteil dazu beizutragen, daß die richtigen Erfahrungen aus der düstren Geschichte des deutschen Volkes gezogen werden. Der ASTA wird sich darum bemühen, alle Studenten, auch diejenigen, die bei den Studentenparlamentswahlen nicht links gewählt haben, in seine Arbeit und die von ihm organisierten Aktivitäten einzubeziehen, zumindest mit ihnen in eine vorurteilsfreie Diskussion zu kommen.

Der linke ASTA ist ein ASTA der Studenten. Der linke ASTA wird nur so erfolgreich sein, wie es ihm gelingt, gemeinsam mit den Studenten zu handeln. Der linke ASTA wird nur so erfolgreich sein, wie es ihm gelingt, die Studenten in ihm und mit ihm zu engagieren. Unser Motto lautet:

Alles tun, damit die Studenten selbst ihre Interessen in die Hand nehmen, nicht die "demokratischer Dialog" genannte Mausechlei des letzten ASTA mit Parteifreunden in Stadt, Land und Bund, entweder hinter dem Rücken der Studenten oder als Public-Relation-Gag für die Presse, ist unsere Devise. Wir wollen die ASTA-Arbeit transparent machen. Wir wollen das gemeinsame Handeln fördern. Ziel unserer ASTA-Politik ist es, möglichst viele Studenten und Studentinnen in die politischen Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen. Dazu ist eine intensive Information notwendig, wie auch die Errichtung von Gremien und Foren, wie z.B. Vollversammlungen und Betroffenen-Plena, über die die Studenten auf die ASTA-Arbeit einwirken können.

Die Linke will natürlich den "gläsernen ASTA", der durch die Student/inn/en kontrolliert wird und mit seiner Arbeit nach außen geht, anstatt sich in seinen Räumen zu verstecken.

## 2. Basisdemokratie/Fachschaften

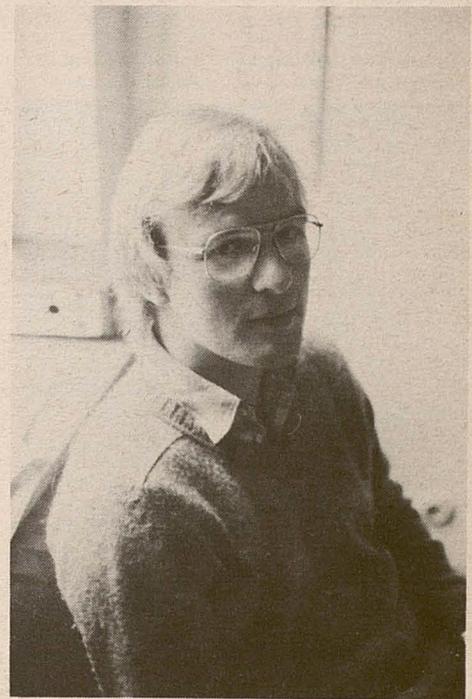
Wenn der ASTA die Bereitschaft, sich zu wehren, fördern will, kommt es insbesondere auf die Zusammenarbeit mit den Fachschaften an. "Die Fachschaft", das ist nicht lediglich der Fachschaftsrat, sondern das sind alle Studenten am Fachbereich. Die Interessen dieser Studenten müssen von ihnen selbst wahrgenommen werden. Dafür sollte der Fachschaftsrat Voraussetzungen schaffen. Fachschaftsräte können die Bildung für AG's zu wichtigen Themen des Studiums, des gesamten Hochschulalltags sowie zu allgemeinen politischen Fragen anregen und organisieren helfen. Solche Aktivitäten kann der ASTA unterstützen. So wird er zur Schaffung eines Klimas von Basisdemokratie und Selbsttätigkeit beitragen. Im SP werden die Fachschaften selbstverständlich Rede-recht erhalten. Wir streben an, das Studentenparlament noch stärker durch Möglichkeiten direkter Demokratie zu ergänzen.

Auf Fachbereichsebene halten wir die direkte Verantwortung des Fachschaftsrates gegenüber der Vollversammlung (imperatives Mandat) für ein unverzichtbares Mittel

zur Demokratisierung und zur Einbeziehung der Studenten in die Politik der Fachschaft.

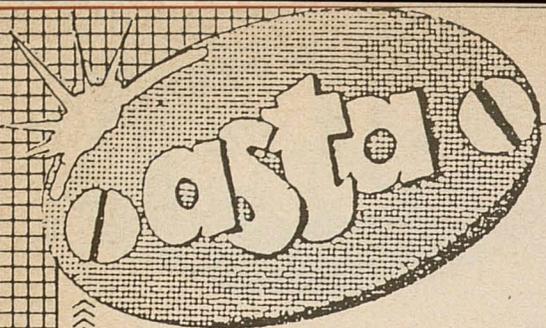
Der ASTA selbst wird vor allem durch die Organisation von Veranstaltungen und durch seine Publikationstätigkeit für ein Klima sorgen, in dem sich die Diskussion über die Situation der Studenten ebenso wie über gesellschaftliche und weltpolitische Fragen besser entfalten kann.

Der ASTA ist uneingeschränkt für die Finanzautonomie der Fachschaftenkonferenz (FK): Das Verteilen der zur Verfügung stehenden Fachschaftsgelder übernimmt die FK eigenverantwortlich. Der linke ASTA wird nicht die Auszahlung der Fachschaftsgelder zur Disziplinierung nichtgenehmer Fachschaftsräte benutzen, wie es unter den früheren Rechts-ASTen gängige Praxis war.



Von rechts scharf angegriffen: der Vorsitzende Stefan Söldner-Rembold

# ...politik von unten. >>>



Jede weitere Formalisierung und Bürokratisierung studentischer Selbstverwaltung z.B. bei Fachschaftsratswahlen lehnen wir ab. Wir unterstützen die Fachschaften - also alle Studenten eines Fachs - dabei, ihren Wahlmodus selbst zu bestimmen.

Der ASTA wird mit der Fachschaftenkonferenz (FK), dem Koordinationsgremium des FS auf Uni-Ebene, zusammenarbeiten. Das Fachschaftsreferat im linken ASTA wird durch den auf der Fachschaftenkonferenz gewählten Sprecher bzw. das FK-Leitungskollektiv besetzt.

Der ASTA wird zur Förderung der Eigenbeteiligung der Studenten an ihren ureigenen Angelegenheiten autonome Frauen-, Ausländer- und Fachschaften-Referate einrichten.

Wenn wir von autonomen Referaten sprechen, dann heißt autonom: Unabhängigkeit derjenigen, die es führen. Gleichzeitig bleibt eine klare Finanzführung natürlich gesichert. Die Finanzautonomie bewegt sich natürlich im Rahmen des Haushaltsansatzes. Die von der jeweiligen VV gewählten Referenten werden vom SP bestätigt. Wir werden die Verfaßte Studentenschaft gegen rechte Bestrebungen, sie weiter in ihren Rechten einzuschränken bzw. ganz abzuschaffen, verteidigen. Der linke ASTA wird seine Mitarbeit in den vds wieder aufnehmen. Er wird Initiativen für ein einheitliches landesweites Koordinierungsgremium der Asten unterstützen.

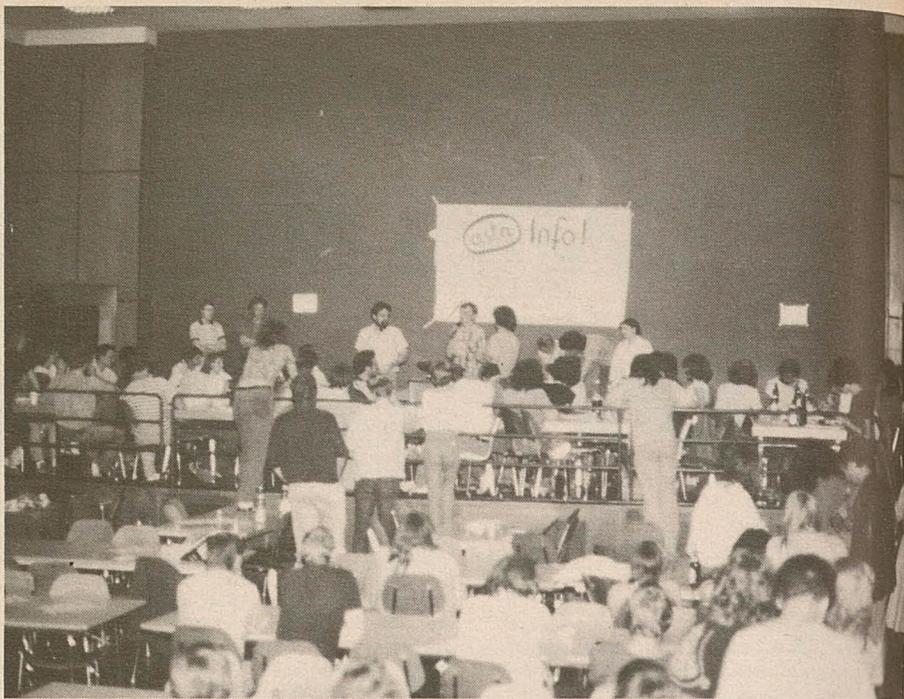
### 3. Die ASTA-Arbeit selber

Insgesamt gehen wir davon aus, daß ein Links-ASTA nützlich sein muß für die Stu-



Laut Rektor nicht existent: Friedensreferent Thomas Klepsch

Friedens-



Ein seltenes Bild: Volle SP-Ränge. - Auf der Haushaltsberatung ging es um 1,3 Millionen DM studentische Gelder

dentem. Ein Links-ASTA wird deswegen auch ein breites Service-Angebot - vom Bus-Verleih für Umzüge über Kopier-Service, Schreibmaschinenverleih, ASTA-Laden bis hin zu Kleinkrediten - anbieten. Die Nützlichkeit für die Studenten, die Förderung des eigenen Handelns ist der Maßstab für die Qualität der ASTA-Arbeit, an der sich der Links-ASTA bewußt messen läßt. Um diesen Maßstäben zu genügen, werden sich alle Gruppen, die zusammen den Links-ASTA bilden, zu solidarischer und gleichberechtigter Arbeit bemühen. Bestehende politische Differenzen zwischen den ASTA-Gruppen dürfen nicht dazu führen, daß man sich in der ASTA-Arbeit gegenseitig lahmlegt. Über diese Differenzen soll sowohl im ASTA als auch in der Öffentlichkeit diskutiert werden, um kurzfristige Profilierungsversuche einzelner Gruppen zu verhindern, und die Klarheit über die Ziele des linken ASTA zu vergrößern. Gemeinsam gegen rechte und studentenfeindliche Politik. In diesem Sinne wird der Links-ASTA ein ASTA der Diskussion und Aktion. Der ASTA führt seine Sitzungen öffentlich durch. Der ASTA wird alle sechs Wochen einen schriftlichen Finanzbericht an die Studenten vorlegen. Der ASTA selber wird in die Seminare gehen, Flugblätter verteilen, Plakate kleben, ansprechbar für die Studenten sein, ein Links-ASTA ist ein ASTA von unten.

Ein kollektives Arbeitsprinzip und den weitestgehende Abbau von Machtstrukturen wollen wir u.a. auch dadurch erreichen, daß der ASTA-Vorsitzende auch gleichzeitig Öffentlichkeitsreferent sein wird, und die einzelnen Referate gleichberechtigt nebeneinander und doch miteinander arbeiten werden. Der ASTA wird auf keinen Fall die Personalkosten des Rechts-ASTA erreichen oder übertreffen.

### GEGEN BAFÖG KAHLSCHLAG UND SOZIALABBAU

An den Hochschulen sind vor allem die Studenten Opfer der rigiden Kürzungs- und Umverteilungspolitik. Der BAFÖG-Kahlschlag der Rechtsregierung wird im Oktober ca. 400.000 Studenten unmittelbar treffen. Schon nehmen weniger Abiturienten ein Studium auf. Erstmals geht der Frauenanteil bei den Erstsemestern zurück. Zehntausende überlegen sich, ob sie ihr Studium abbrechen müssen. Deshalb dürfen wir nicht locker lassen: Im Kampf für den Erhalt des BAFÖG ebenso wie im Kampf gegen die noch keineswegs ein für alle Mal abgewehrten Studiengebühren. Die BAFÖG-Beschlüsse der Rechtsregierung dürfen nicht umgesetzt werden! Für die Aussetzung der Beschlüsse! Mindestens der Länderanteil muß darlehensfrei ausbezahlt werden, ohne daß die Bundesregierung von ihrer sozialen Pflicht entbunden wird!

Der Zusammenhang von Hochrüstung, umweltzerstörenden Großprojekten und Steuergeschenken einerseits und Sparpolitik im Sozial- und Bildungsbereich andererseits ist auf Grund der Umverteilung der finanziellen Mittel ein objektiver Tatbestand. Die wirtschaftliche, soziale und politische Krise soll - nach dem Willen der Herrschenden - auf Kosten der Arbeiter und Angestellten, der Studenten, der Natur, der 3. Welt und durch verstärkte Aggression nach innen und außen gelöst werden. Unsere Forderungen sollen in ein umfassendes Konzept für eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik eingebettet werden. Ständische Interessenspolitik lehnen wir ab. Die Ursache für den Sozialabbau und die Schuldigen am BAFÖG-Kahlschlag

«...politik von unten.»

# asta uni bonn

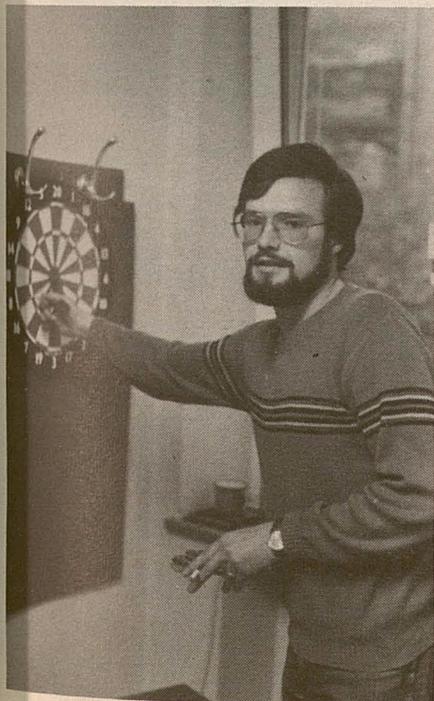
# asta

müssen benannt werden. Die Diskussion über einen gewerkschaftlichen "Generalstreik" gegen die Raketenstationierung ist nur ein Indiz für die Bedeutung von Friedens- und Sozialkampf als Kraft der Gegenwehr gegen die Bedrohung.

## FÜR FRIEDEN, ARBEIT und BILDUNG

Weil für einen linken ASTA "Soziale Öffnung der Hochschulen" und "Chancengleichheit" keine Schlagworte, sondern bildungs- und gesellschaftspolitische Notwendigkeiten sind, ist für uns die soziale Absicherung aller Studenten unverzichtbar. Weil die Studenten nicht allein betroffen sind und weil nur gemeinsames Handeln Erfolge bringt und sichern kann, wird der ASTA zur Realisierung seiner Forderungen mit den Gewerkschaften, insbesondere der GEW und mit anderen Asten zusammenarbeiten. Im Wintersemester wird der ASTA:

- eine breite Informationskampagne "BAFöG- Telefon, Beratungen, Seminarbegehungen" veranstalten, um so AG's der Betroffenen selber zu organisieren.
- Neben dem politischen Protest auch die Organisierung von Selbsthilfemaßnahmen (Job- Kartei, Wohnungsvermittlung, gemeinsames Ausfüllen der BAFöG- Anträge, Rechtshilfe) mehr Gewicht geben.
- Wir werden uns deshalb als ASTA bemühen evtl. gemeinsam mit dem Studentenwerk eine BAFöG- Umfrage zu starten, die noch einmal die Betroffenheit dokumentieren soll und der sich dann auch Forderungen nach Soforthilfemaßnahmen ergeben werden.

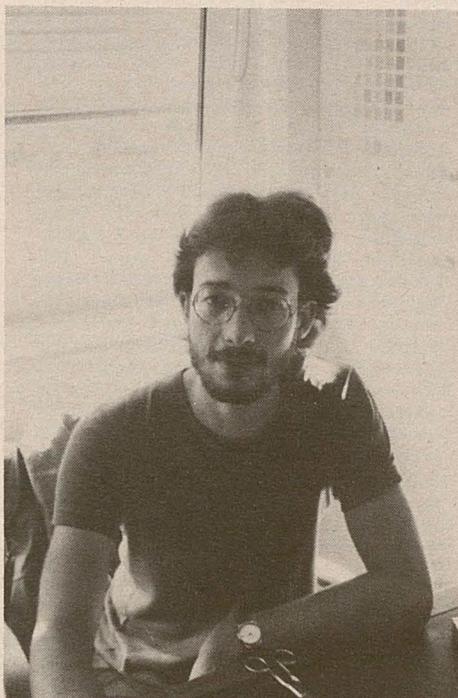


Hält den Laden in Gang: Organisationsreferent Günther Roth

- geeignete Formen eines breiten Protests gegen den BAFöG- Kahlschlag entwickeln. Dabei muß die Verbindung von Hochrüstung und Sozialabbau auch in den Aktionsformen zum Ausdruck kommen.
- Im Rahmen der verschiedenen Protestaktionen gegen die Raketenstationierung im WS werden wir den hochschulspezifischen Zugang mit einbringen.

## SOZIALES

Die Verteidigung der sozialen Öffnung der Hochschulen ist Kernbestandteil unserer ASTA-Politik. Seit dem März diesen Jahres fährt die Regierung unverhohlen den Kurs, die ohnehin Reichen durch Subventionen



Anti-Repressionsreferent Stefan Hages

und Vergünstigungen zu unterstützen, die finanziellen Lasten aber auf die sozial Schwachen abzuladen; Kürzungen der Sozialleistungen, Mehrwertsteuererhöhung und Arbeitslosigkeit, u.a. aber auch die Umstellung des BAFöG auf Volldarlehen. Wir aber wenden uns gegen diese Regelung ebenso wie gegen die Einführung der Studiengebühren. Bildung darf nicht käuflich sein. Das Problem der Akademikerarbeitslosigkeit darf nicht durch eine Nichtbezahlbarkeit des Studiums gelöst werden. Wir fordern von der CDU-Bundesregierung jetzt die Zurücknahme der BAFöG-Regelung. Langfristig setzen wir uns ein für kostendeckendes BAFöG bei höherem Elternfreibetrag. BAFöG-Finanzierung aber darf nicht zu Lasten der Lohnabhängigen gehen. Wir müssen sagen, woher das Geld kommen



Sie soll für den heißen Draht zur Basis sorgen: Fachschaftenreferentin und FK-Sprecherin Beate Krahnann

soll, wir müssen eintreten für eine Umverteilung öffentlicher Ausgaben, weg von Kapital- und Rüstungsinteressen. Gleiches gilt für die Wohnungssituation. Gerade in einer Studentenstadt ist eine Vogel-Strauß-Wohnpolitik aus Kostengründen nicht länger tragbar, Häuser müssen offensichtlich erst einmal besetzt werden, um Studenten Wohnraum zu schaffen, wie in der Kirschallee. Der ASTA wird unterschiedliche Widerstandsformen gegen die Bonner Wohnungsnot unterstützen, wie es in ähnlicher Weise bei der Kirschallee 5, Moltkestr. 54, bei Demonstrationen und Planspielen geschehen ist.

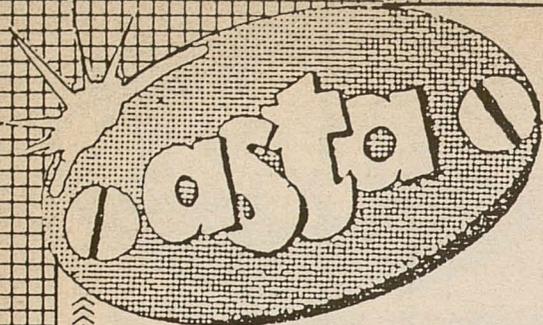
Wir fordern mehr Sozialwohnungen, Zusammenlegung von Wohnberechtigungsscheinen, Durchsetzung des Wohnraumzweckentfremdungsgesetzes, Freigabe der leerstehenden Häuser.

Wir wenden uns gegen die Privatisierung der Studentenwerke, wie sie rechte Hochschulgruppen mit dem sogenannten Mensaskandal anstreben. Die soziale Bindung der Studentenwerke muß erhalten bleiben. Maßnahmen eines Sozialreferates über die fundierte und notwendige Beratung hinaus (Kurdarlehen, BAFöG, Hilfe im Umgang mit Behörden, Stipendien etc.) aber muß vorerst der Kampf sein gegen die Symptome des gesellschaftlichen Sozialabbaus, gleichwohl verbunden mit der Forderung nach Beseitigung der Grundübel.

## Weiteres:

- Aufnahme des Kampfes um das BAFöG
- Heimsuchung der CDU/FDP/SPD und Grünen, um Aussagen über soziale Verschlechterungen (BAFöG, Studiengebühren) und Akademikerarbeitslosigkeit in

# ...politik von unten. >>>



die studentische Öffentlichkeit zu tragen.

- Zusammenarbeit mit Mieterverein und kommunalen Stellen bzgl. Wohnraum
- Aufruf an Wohngemeinschaften, wohnungssuchende Erstsemester zeitweilig aufzunehmen
- Eine Liste leerstehender Häuser in Zusammenarbeit mit dem Kommunalreferat erstellen und der Öffentlichkeit bekannt machen
- Verstärkte Zusammenarbeit mit dem Studentenwerk in Bezug auf Wohnungsvermittlung
- Koordination unter studentischen Eltern mit Kinderläden, Initiativen zur Aufnahme der sozialen Probleme studentischer Eltern
- Anregung und finanzielle Unterstützung von studentischen Kinderkrippen
- Erhalt und Erhöhung der staatlichen Zuschüsse für Studentenwerk statt Erhöhung der Mensapreise

Bei allem gilt eine massive Zusammenarbeit mit den Referaten Hochschulpolitik, Öko-Kommunales, Frauen und Ausländer.



Zwei von vielen aus dem Frauenreferat, das der rechte AStA nie einrichten wollte: Anna Maria (l) und Martina

Wenn der Frieden bedroht ist, darf der AStA nicht schweigen.

In den letzten Jahren haben sich die internationalen Spannungen verschärft. Der Frieden ist mehr denn je bedroht. Die Erhaltung des Friedens ist aber eine elementare Voraussetzung für Leben und Arbeit der Studenten. Das Eintreten für Frieden und Entspannung ist deshalb eine wichtige Aufgabe des AStA und der gesamten Stu-

dentenschaft. Dies hat in der Geschichte der Studentenbewegung eine lange Tradition, von der Ostermarschbewegung über die Demonstrationen für die Ratifizierung der Ostverträge bis hin zu den Aktivitäten gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden.

Die zu Unrecht so genannten "Nachrüstungsbeschlüsse" der NATO drohen eine weitere Runde im wahnsinnigen Wettrennen einzuläuten. In unserem Land wird immer mehr Geld für Rüstung ausgegeben und im Bildungs- und Sozialbereich gespart. Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung werden für militärische Technologie verwendet. Darum - und weil wir Studenten genauso vom Atomtod bedroht sind wie alle anderen - treten wir für effektive Abrüstung in Ost und West ein. Grundsätzlich sind wir der Überzeugung:

- Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen
- Verbot der ABC-Waffen
- Unverletzlichkeit der Souveränität aller Völker
- Auflösung der Militärpakte

In der gegenwärtigen Situation fordern wir von der Bundesregierung, die Zustimmung zur Stationierung neuer US-Atomraketen, der Cruise Missiles und Pershing II zurückzuziehen.

Ein linker AStA versteht sich als aktiver Teil der Friedensbewegung. Er unterstützt den Krefelder Appell und alle Initiativen, Aktionen und Bewegungen, die sich gegen Militarismus und Aufrüstung wehren. Er strebt die Zusammenarbeit mit den Bonner Friedensplena an und wird sich einreihen in die Bewegungen im Herbst, um alle Kraft darauf zu konzentrieren, die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II zu verhindern. Die Aktionen der Friedensbewegung werden wahrscheinlich die größten und wichtigsten in der Geschichte der Bundesrepublik werden. Da werden und dürfen die Studenten nicht abseits stehen.

3 Volksversammlungen im Oktober werden vorbereitet. Auch der DGB hat jetzt offiziell zur Aktionswoche und zu den 3 Volksversammlungen aufgerufen. Neue Hoffnungen und Möglichkeiten verbindet sich mit der Diskussion um eine Volksbefragung.

Der Bonner AStA wird deshalb folgende Aktivitäten unterstützen und unter anderem zu diesem Zweck im AStA ein Referat Frieden und Internationalismus einrichten.

- Der AStA wird zur Qualifizierung der friedenspolitischen Diskussion und zur Vertiefung der politischen Meinungsbildung beitragen, indem er verstärkt Publikationen kontroverser Standpunkte herausgibt und Diskussionsveranstaltungen organisiert wird (z.B. zur Friedensbewegung in der DDR).

- Erfahrungsaustausch und Koordinierung verschiedenster Friedensaktivitäten an der Bonner Universität, wie z.B. die Aktion "atomwaffenfreier Fachbereich", die an den Bereichen ev. Theologie und Sport



Ausgerechnet in dieser Stadt gute Kultur zu "machen", das ist schwer. Katharina Schubert (r) und Brigitte Bous-Naujock vom Kulturreferat.

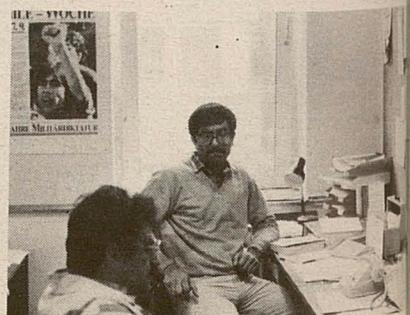
schon erfolgreich durchgeführt wurde und an anderen Fachbereichen noch läuft.

- Beteiligung an der bundesweiten Aktionswoche der Friedensbewegung im Oktober. Insbesondere soll der 20.10., der Tag der Bildungseinrichtungen, auch an der Bonner Universität im Zeichen des Friedens stehen, sowie alternative Veranstaltungen zum Thema Frieden angeboten werden. Dazu soll der "normale Lehrbetrieb" möglichst weitgehend boykottiert werden.

- In der bundesweiten Vorbereitung gegen die Kriegsrüstung wird auch das Konzept "Hochschulen für den Frieden" entwickelt. Der linke Bonner AStA wird am 20.10. mit einer Reihe von Vorlesungen, Arbeitskreisen und in einer Diskussion versuchen aufzudecken, inwieweit auch an unserer "Alma Mater" Kriegsforschung betrieben wird. Der linke AStA wird die Diskussion über direkte, gewaltfreie Widerstandskaktionen wie Blockaden in der Studentenschaft anregen und dieselben organisatorisch unterstützen.

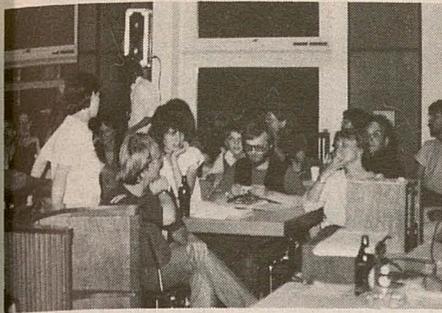
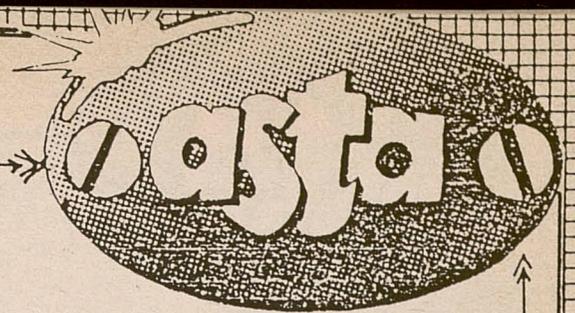
Der AStA wird durch eine eigenständige Aktion am 20.10. zur Mobilisierung auf die Bonner Volksversammlung am 22.10. beitragen.

- Eine Reihe von Hochschulfriedensinitiativen und AStA-Friedensreferate, die im vds-Projektbereich-Frieden zusammenarbeiten, haben vorgeschlagen, im Wintersemester im Rahmen der diskutierten Volksbefragung eine Abstimmung über die Ra-



Das Ausländerreferat wird wieder von den Ausländern selbst geführt

«...politik von unten.»



Lagebesprechung im Studentenparlament

ketenstationierung unter den Studenten durchzuführen. Der Bonner Links-ASTA wird mit den Studenten eine Diskussion führen, ob die Bonner Universität dabei sein sollte.

- Die Verhandlungen in Genf sollen bis zum 15. November geführt werden. Danach soll die Stationierungsfrage evtl. noch einmal im Bundestag diskutiert werden. Die SPD verlangt eine Abstimmung im Bundestag. Für diesen Zeitraum, mindestens jedoch für den 12.12., den 4. Jahrestag des NATO-Raketenbeschlusses, schlagen wir den Bonner Studenten Aktionen vor und führen die Diskussion um einen möglichen Streik.

- Obwohl die Verhinderung des NATO-Raketenbeschlusses Schwerpunkt der Friedensarbeit sein wird, beschäftigt sich das Sozialreferat auch mit anderen Aspekten des Militarismus und der Friedenssicherung:

- Plan der "Frauen in die Bundeswehr"
- Waffenexporte
- alternative Sicherheitskonzepte
- Militarismus in der Erziehung (Wehrkundeunterricht, KMK-Diskussion)
- KDV-Verlängerung
- Verantwortung von Wissenschaft und Hochschule für den Frieden.



Sitzt auf dem Geld und deckte die Skandale rechter ASTA-Kassen auf: Finanzreferentin Gabi Meißwinkel

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Der Bonner ASTA wird den Friedensbegriff der kritischen Friedensforschung (strukturelle Gewalt) in die Öffentlichkeit tragen.

## INTERNATIONALISMUS

Euroshima ist eine realistische Horrorvision, Europa ist allerdings erst die vorletzte Station - vor den USA - der Eskalation eines Weltkrieges. Bis dahin wird die NATO noch einige Kriege führen und schüren, deren Kanonendonner wir nur an den Fernsehschirmen zu verfolgen brauchen; die doppelt falsche Behauptung, es herrsche Frieden, wenn in Europa die Waffen schweigen, lehnen wir ebenso ab, wie die Behauptung, die neue Stufe der Aufrüstung wäre im westlichen Lager erzwungen von den US-Amerikanern.

Die Regierungen der BRD waren und sind sich im klaren darüber, daß das Territorium Westdeutschlands als entscheidender Teil der "Zentralfront" gegenüber dem Warschauer Pakt eine wesentliche Rolle in der Offensivstrategie der NATO einnimmt. Sie unterstützen aktiv und aus eigenem Antrieb militärische Maßnahmen, die die US-Streitkräfte für ihre globale Einsatzfähigkeit benötigen.

Die neuen Mittelstreckenraketen dienen zur Bedrohung der UdSSR; das in Comiso/Sizilien stationierte Kontingent kann den Nahen Osten und das gesamte Mittelmeergebiet erreichen; die BRD finanziert dort mit.

Für die "Schnelle Eingreiftruppe" RDF stellt die BRD (u.a.) den erweiterten RheinMain-Flughafen zur Verfügung, der die Schaltstelle der gesamten US-Militärluftfracht für Europa, Afrika und den Nahen Osten ist, Nordham/Bremen ist der wichtigste Nachschubhafen der US-Amerikaner in Europa; konventionelle Aufrüstung der Bundeswehr soll die Lücken schließen, die sich beim Einsatz der us-amerikanischen Kräfte der RDF an der "Zentralfront" ergeben. Die RDF ist die Feuerwehrruppe der NATO, und die BRD sorgt in einem arbeitsteiligen Vorgehen dafür, daß sie einsatzbereit ist und durch Stationierung in Marokko, der Türkei, im Sinai und Libanon näher an ihr Einsatzgebiet herangeführt wird. Ihre Aufgabe ist die Niederschlagung revolutionärer Erhebungen in der Dritten Welt und die Einschüchterung eventueller Unterstützerstaaten.

Unsere (!) Regierungen haben längst erkannt, daß Interessen globale sind und einer entsprechenden Strategie bedürfen. Wir sollten uns ein Beispiel daran nehmen. Friedens- und Internationalismusarbeit gehören zusammen.

Internationalismus- und Friedensarbeit kann durch das Aufzeigen der Beziehungen der BRD zur Dritten Welt zeigen, welche Interessen die Herrschenden dort verfolgen: Der Kapitalismus braucht Absatzmärkte und Anlagesphären.

Die ausgeschlossenen Massen lassen es sich nicht gefallen, daß sie die Folgen der Herunterentwicklung ihrer Länder ausbaden sollen. Die Unterstützung brutaler Militärdiktaturen ist die Antwort des westlichen

Lagers. Internationalismus- und Friedensarbeit kann zeigen, wo "in diesem unserem Lande" Möglichkeiten des Widerstandes bestehen.

Die Solidaritätsarbeit des ASTA wird in erster Linie aus Informationsarbeit auf Veranstaltungen und durch Dokumentationen bestehen. Möglichst werden besondere studentische Bezüge herausgearbeitet (Unterstützung von Partnerschaftsuniversitäten). Die Zusammenarbeit mit Vertretern von Befreiungsbewegungen wird angestrebt. Lokale Solidaritätsinitiativen (ILLA, ISSA ...) sollen in die Arbeit des ASTA einbezogen werden.

Der ASTA wird auch dort öffentlich diskutieren und informieren, wo es zwischen den linken ASTA-Gruppen keine einheitliche Meinung gibt, wie zum Beispiel Polen und Afghanistan.

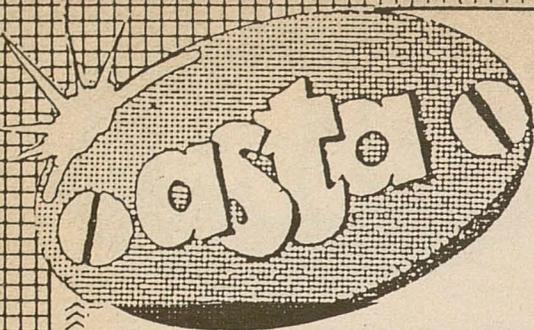


Immer voll: Das Sozialreferat. Maria Leenen (Mitte), Martina Gundler (l) und Ralf Marhenke

## HOCHSCHULPOLITIK

Geplanter Abbau der Hochschulkapazitäten (Schwierplan) muß landesweit gestoppt werden. Die Landesregierung will bis 1987 an 13 Hochschulen insgesamt 664 Stellen im wissenschaftlichen Bereich streichen. Dabei treffen die schon beschlossenen Konzentrationsvorhaben überwiegend gesellschaftswissenschaftliche Fachrichtungen, vor allem im Bereich der Lehrerausbildung. In einer Zeit, in der es erklärtes Ziel der CDU/CSU/FDP-Regierung ist, die Hochschulen zu Elitehochschulen umzufunktionieren und die finanziell schwächeren Gesellschaftsschichten um die Chance einer Ausbildung zu bringen, da hat die SPD-Landesregierung besondere Verant-

# ...politik von unten. >>>



Kalle Winter, Referent für Kommunales und Ökologie

wortung, will sie nicht mit dieser Politik der Bundesregierung Hand in Hand gehn. Deshalb fordern wir von der Landesregierung die Zurücknahme aller Stellenstreichungen an den Hochschulen von Nordrhein-Westfalen und die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für den Ausbau und die Ausstattung aller Hochschulen. Aufgabe des Hochschulreferates kann es nicht nur sein, defensiv gegen Bildungs- und Sozialabbau vorzugehen, es müssen auch unsere Alternativen entwickelt werden zum traditionellen Wissenschaftsbetrieb.

Wissenschaft wird in unserer Gesellschaft von den Mächtigen benutzt, um materielle, politische und ideologische Interessen durchzusetzen. Die gegenwärtige Praxis von Drittmittelforschung und damit verbunden die Tatsache, daß Wissenschaft und Forschung mehr und mehr zum bloßen In-



Ferienbesetzung des Hochschulreferates: Hein-Willy Heinckes (r), Roland Holinka (Mitte) und Gerhard

strument von Großkonzernen werden, hat zur Folge, daß der eigentliche Sinn der Wissenschaft, der Dienst am Menschen und der Gesellschaft, verloren gegangen ist. Im Bewußtsein der Herrschaftsfunktion von Wissenschaft halten wir es für notwendig, den Wissenschaftsbetrieb zu demokratisieren. Produkte der Wissenschaft müssen demokratischen Bewegungen, beispielsweise Gewerkschaften und der Friedens- und Ökologiebewegung zur Verfügung gestellt werden.

Wissenschaft darf zudem nicht ganzen Gesellschaftsschichten vorenthalten bleiben. Zu ihrer Demokratisierung gehört deshalb auch, arbeitnehmerorientierte Wissenschaftszugänge zu schaffen.

Als konkreter Schritt in diese Richtung wird ein linker AstA die Möglichkeit der Einrichtung von Wissenschaftsläden, wie es sie schon an anderen Orten gibt, diskutieren, in denen auch sozial und politisch schwächeren Gruppen Wissenschaft zugänglich gemacht wird. Weiterhin wird der linke AstA wissenschaftskritische Arbeitskreise unterstützen und - wenn möglich - neue einrichten.

Nur in den wenigsten Studienfächern ist es möglich, Veranstaltungen zu besuchen, die sich mit neuen Wissenschaftsbereichen, z.B. Ökologie, Kerntechnologie, Friedensforschung usw. beschäftigen.

Ein linker AstA wird sich einsetzen für eine Erweiterung des Lehrangebots und eigene Alternativveranstaltungen anbieten.

Demokratisierung der Wissenschaft bedeutet aber auch die Abschaffung der Ordinarienuniversität und verstärkte Mitbestimmung der Studenten, nichtwissenschaftlichen und wissenschaftlichen Mitarbeitern und außeruniversitären demokratischen Kräften. Bonn muß als letzte Uni NRW's zu einer solchen Gruppenuniversität umstrukturiert werden, ohne die geplante quantitative Einschränkung der studentischen Vertretung.

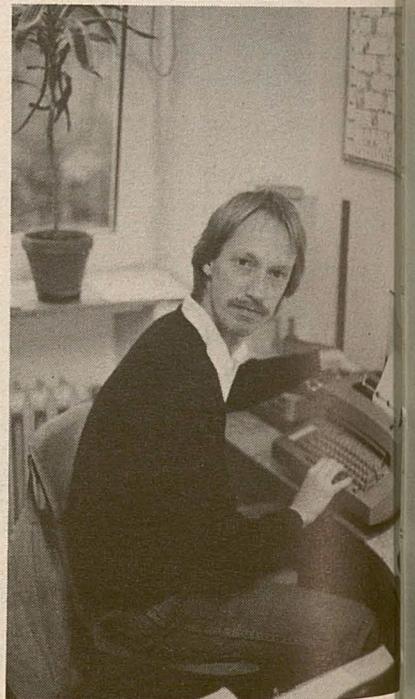
Wir sind gegen Studienformierung, sowohl gegen die gesetzliche (HRG, WissHG, LABG) als auch gegen die, die sich an den Fachbereichen durchsetzt. Wir lehnen Prüfungsverschärfungen ab. Die allgemeinen Vorstellungen des AstA zur Studiengestaltung lassen sich so umreißen:

- Hochschulausbildung muß Berufsausbildung im umfassenden Sinn sein. Neben fachlicher Qualifikation ist Kritik- und Kooperationsfähigkeit, Verantwortungsbereitschaft für alle Bereiche der Gesellschaft und Engagement für die Lage der Beschäftigten zu vermitteln.
- Hochschulausbildung in Verantwortung vor der Gesellschaft muß z.B. die Arbeitslosigkeit, die Probleme des Massenverkehrs, des Städtebaus, der Regionalplanung in Industriesiedlungen und der Arbeitsbedingungen, der Jugendarbeit und des Umweltschutzes sowie der Altersversorgung verstärkt berücksichtigen.
- Im Studium müssen die gesellschaftlichen Bezüge der jeweiligen Fachwissenschaft dargestellt werden.
- Das Studium muß über die jeweilige Fachwissenschaft hinaus Einblicke in die Nachbarwissenschaften ermöglichen.

Dazu ist spätestens im Hauptstudium das Projektstudium einzurichten.

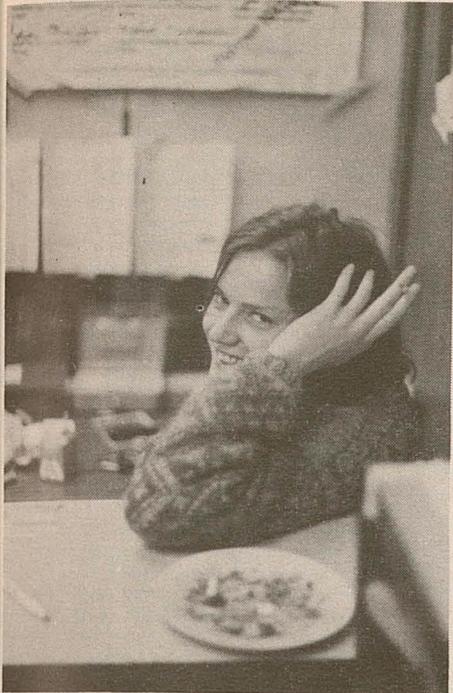
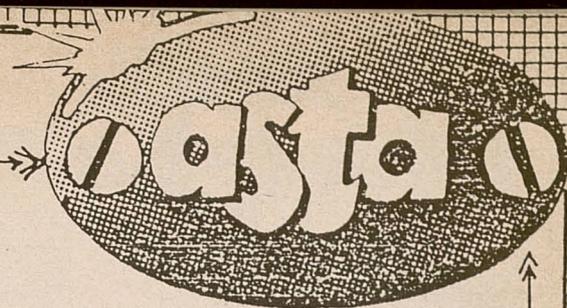
- Alle Tendenzen zur Entwissenschaftlichung und Verschulung sowie die massive Durchführung von Kurzstudiengängen ist zu verhindern. Unsere Vorstellungen von Studienreformen sind nur im Rahmen der integrierten Gesamthochschule zu verwirklichen, für deren Verteidigung und Ausbau der AstA deshalb eintritt. Der AstA wird sich bemühen, fachbereichsspezifische Prüfungsverschärfungen, jede neue Klausur, unilwe zu thematisieren. Dazu wird er eng mit Fachschaften und FK zusammenarbeiten. Es geht um den Abbau von Ellbogenmentalität, gegen geistige Öde und den universitären Müll unter den Talaren, gegen die Einengung jedes Handlungsspielraumes in der Gestaltung unserer Ausbildung.

Gegenwärtig prüft eine "HRG-Expertenkommission" die nochmalige reaktionäre Veränderung des ohnehin schon völlig undemokratischen HRG. Damit droht erneut die Abschaffung auch der letzten Reste von studentischen Mitbestimmungsrechten, die Einführung von Regelstudiengängen und eines verschärften Ordnungsrechts. Es besteht auch die Gefahr, daß die Verfaßte Studentenschaft frontal angegriffen werden soll. Der AstA wird alle Studenten über diese Entwicklungen informieren und Bewegungen gegen diese Verschärfungen mittragen. Verstärkt wird der AstA sich aber auch sogenannten "einfachen" Hilfen zum Studienalltag widmen. Der AstA richtet eine allgemeine Beschwerdestelle ein. Sie soll Anlaufpunkt für alle Studenten sein, die Ärger mit der Universitätsbürokratie, mit Prüfungsämtern oder einzelnen Professoren haben.



Mal mit Fingerakrobatik: Sportreferent Thomas Hambüchen

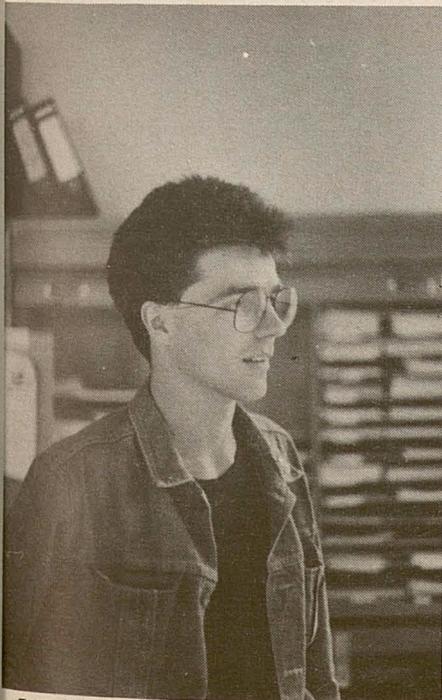
«...politik von unten.»



Immer im Streß: Die "Bedienung" im Intershop, hier Jutta

## KOMMUNALES

**GEGEN BÜROKRATEN - KREATIVE TATEN!** - Für eine effektive und phantasievolle Kommunalpolitik.



Ralf Krügel aus dem Anti-Repressionsreferat

Kommunalpolitik in Bonn, das ist ein enges Bündnis aus etablierten Parteien, Wirtschaft, Verwaltung und, wenn es sein muß, der Justiz. Eine Politik, die bedenkenlos Ungerechtigkeit, soziale Mißstände und Unmenschlichkeit fördert und keinen Raum für Selbstentfaltung und Selbstverantwortung zuläßt. Es werden protzige Millionenprojekte geplant und gleichzeitig einschneidende Kürzungen des Haushaltes im Sozial-, Jugend-, Kulturbereich vollzogen. Dies sind Fragen und Probleme, die uns unmittelbar betreffen!

Der linke ASTA wird deshalb versuchen, durch effektive, informationsreiche und phantasievolle Arbeit, im Gegensatz zu den Mausechelen des Rechts-ASTAs, klare Alternativen zu entwickeln, um hier in Bonn ein menschlicheres Leben für alle zu ermöglichen.

Konzept und Ziele, die wir in der Kommunalarbeit anstreben werden:

- Ziel sollte es sein, eine möglichst große Beteiligung der Bonner Studenten, immerhin 12,6 % der Bonner Bürger, an kommunalpolitischen Entscheidungen zu beteiligen.
- Informationsarbeit: Es soll eine Zeitung herausgegeben werden, Dossiers entwickelt werden, um die Zusammenhänge der Bonner CDU-Politik darzustellen.
- Wir streben eine enge Zusammenarbeit mit verschiedenen Initiativen und Betroffenen an, zu diesem Zweck soll ein Kommunalplenum eingerichtet werden.
- Unterstützung einer "anderen" Stadtpolitik, um bei der nächsten Kommunalwahl im September 84 neue Mehrheitsverhältnisse zu ermöglichen.

## Sparpolitik der Stadt Bonn:

- Wir wenden uns entschieden gegen die

Einsparungsvorhaben und erfolgte Einsparungen der Stadt Bonn in den Bereichen der Sozial-, Jugend- und Kulturpolitik. Diese haben vor allem für die Bonner Studentenschaft einschneidende finanzielle Folgen. Wir werden daher die Stadt Bonn auffordern, eine soziale Politik zu praktizieren.

- Rücknahme der Einschränkungen bei der Vergabe des "Bonn-Ausweises"
- Keine Mieterhöhung bei Sozialwohnungen.
- Keine Kürzung der Gelder für Verbände und Initiativen.
- Zurücknahme der Benutzungsgebühr für die Stadtbibliothek.

## Wohnen in Bonn:

In Bonn ist ständig Bedarf nach billigen Wohnungen vorhanden. Die Stadtkerne veröden zu Büro-Einkaufszentren mit allenfalls luxurenovierten Wohnungen, am Stadtrand entstehen für weniger reiche Leute Betonställe. An dieser Politik ist die Stadt Bonn direkt über die Wohnungsbaugesellschaft Vebowag und die Stadtentwicklungs-GmbH beteiligt. Sie läßt Häuser jahrelang leerstehen oder abreißen, errichtet währenddessen riesige Einkaufszentren, z.B. Cassius-Bastei, Altstadtcenter in Bad Godesberg.

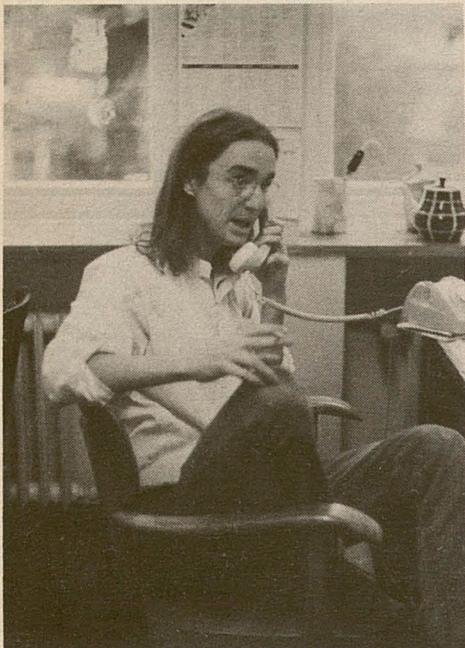
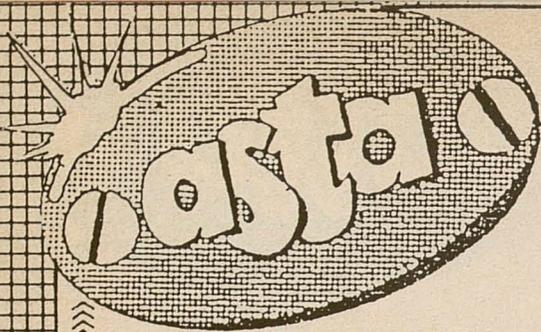
## Wir fordern daher:

- Erhaltung der Innenstadt als Wohngebiet.
- Vermietung aller leerstehenden Häuser an finanziell Schwache.
- Errichtung einer kostenfreien Wohnungsvermittlungsstelle.
- Bau von Wohnheimen in Form von kombinierten Gruppeneinheiten.
- Anfertigung einer Liste aller leerstehenden Häuser in Bonn.



Die einzige Familie im ASTA: Bärbel und Uwe Rübesamen, Sozial- und Hochschulreferat (mit Trauzeugen aus neuer und alter "Akut" vor dem Standesamt in Bonn-Bad Godesberg)

# ..politik von unten. >>>



Stephane Bauer aus dem Kommunal- und Ökoreferat (heute hat er kurze Haare)

Energieverknappung) und der psychischen Umwelt des Menschen (Entfremdung von der Arbeit, Warenform der menschlichen Beziehungen) charakterisiert ist. Um dieser Umweltzerstörung Einhalt zu gebieten, muß der Einzelne umdenken und seine Lebens- und Konsumgewohnheiten verändern; an der Umweltzerstörung und Rohstoffverschwendung nimmt ja bis heute die Mehrheit der Bevölkerung teil.

Die Möglichkeit des Einzelnen sind begrenzt durch ein Wirtschaftssystem, in dem nur der kurzfristige Profit gilt und ein politisches System, in dem vor allem die Interessen der Industrie durchgesetzt werden. Der Ansatz für eine positive Umweltpolitik muß also sowohl bei dem Verhalten eines jeden, als auch bei der Veränderung der Strukturen, die diesen Raubbau mit sich bringen, liegen. Als Bürger sind wir an der Ursache der ökologischen Katastrophe beteiligt und von ihren Folgen betroffen; als Studenten sehen wir uns einer Wissenschaft gegenüber, die diese umweltzerstörende Politik meist reproduziert und nicht in Frage stellt.

Wir müssen (wieder) lernen, Auswirkungen von Wissenschaft und Technik (und damit von unserem eigenen späteren Handeln) auf Natur, Umwelt und den Menschen zu berücksichtigen.

Für die Ökologiepolitik des ASTA haben wir u.a. folgende Vorstellungen:

#### ANTIREPRESSION

Der Staat zeigt seine Zähne!

Seit dem 6. März wurde in schneller Folge die Einschränkung demokratischer Rechte vorangetrieben. Vorläufiger Höhepunkt die-

ser Entwicklung sind die Versuche, die Friedensbewegung und andere Protestbewegungen durch Verschärfung des Strafrechts zu kriminalisieren.

Angst und Verunsicherung nehmen immer mehr zu. Verlängerung des Zivildienstes, Berufsverbote, Finanzierung von Polizeieinsätzen. Wer sich politisch äußert, muß mit Repressionen rechnen.

Auch an der Hochschule wird versucht, die minimalen Mitwirkungsmöglichkeiten der Studenten noch mehr zu beschneiden. Es ist Aufgabe eines ASTA zusammen mit Betroffenen sich offensiv für den Erhalt demokratischer Grundrechte einzusetzen. Moderne Datenerfassungsmethoden bieten die Möglichkeit, in immer genauerer Umfangender Kontrolle durchzuführen.

Zu unseren Aufgaben gehört:

- Kampf gegen Berufsverbote
  - Kampf gegen alle Versuche, die Rechte der Studenten und der Verfaßten Studentenschaft einzuschränken
  - Kampf gegen die Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts
  - Solidarität in den Prozessen gegen Hausbesetzer, Friedens- und Fahrpreisdemonstranten
  - Kampf gegen eine weitere Militarisierung der Polizei
  - Kampf gegen die politische Staatsschutzjustiz der BRD
  - Kampf für die Aufhebung der Isolationshaft und für die Beseitigung der Hochschulerhaltstrakte
- Wir organisieren Aktionen, z.B. mit:
- der Schwulen-Hochschulgruppe, der Gruppe lesbischer/schwuler Jugendlicher
  - der Gesellschaft für bedrohte Völker (Indianer, Sinti, Roma)
  - Behindertenorganisationen

#### ÖKOLOGIE

Wir leben in einer Zeit, die durch zunehmende Zerstörung der physischen Umwelt (Umweltverschmutzung, Rohstoff- und



«...politik von unten.»

## Juristenbildung...

"Ein Land wie Bremen würde Gelegenheit haben, eine von ihm als 'Gegenreform' betrachtete Vereinheitlichung der Juristenausbildung zunächst mit dem Bestreiten der Bundeskompetenz in Frage zu stellen", schreibt die FAZ. Ob von den SPD-Ländern die Einheit der Juristenausbildung tatsächlich in Frage gestellt wird, ist zweifelhaft. Mit Sicherheit sind jedoch zumindest noch punktuelle Verbesserungen erringbar, für die wir uns gerade im SPD-geführten NRW einsetzen müssen.

Norbert Büllsbach

## Fachschaft VoWi

Leider können wir mit Aktivitäten zum DIES PACIS nicht aufwarten, weil wir aus unserem Selbstverständnis heraus keine Stellungnahmen zu allgemeinpolitischen Themen abgeben. Keine Fachschaft hat den Auftrag, mit studentischen Geldern Allgemeinpolitik zu betreiben! Vielmehr kümmern wir uns um hochschulpolitische Fragen. Servicearbeit und individuelle Beratung - speziell bei Erstsemestern - stehen bei unserer Arbeit im Vordergrund. Das brennendste Problem ist momentan die Erhaltung des Mathe-Tutorenmodells, das vom Institut für Operations Research mit immer neuen Verschärfungen torpediert wird. Der AK Studienreform, der seit fünf Semestern existiert und große Erfolge aufzuweisen hat (Aufhebung der 6-Semester-Regelung, Fragebogenaktionen, etc.) kümmert sich intensiv um dieses Problem. In diesem AK arbeitet auch unsere Opposition mit, die Anderen Volkswirte!

Die Bestätigung unserer Arbeit erfahren wir im letzten Wahlergebnis: 73,1 % erhielt die ADM VoWi!

Auch im Hauptstudium tut sich was: Einführungen in dasselbe und ein kommentiertes Vorlesungsverzeichnis sind hier besonders zu erwähnen! Überhaupt muß man ganz klar feststellen: Ein kommentiertes Vorlesungsverzeichnis gibt es an diesem Fachbereich erst seit diesem Semester. Regelmäßig (viermal im Semester) erscheint unsere Fachbereichszeitung "Output", die sich großer Beliebtheit erfreut. Ebenso regelmäßig (jede Woche) findet unser Stammtisch für alle VoWis statt!

Daniela Scheuring  
"Output"-Referentin,  
stellv. Fachschaftssprecherin

## ARBEITSKREIS GEGEN NEOFASCHISMUS

Wir sammeln Informationen über die Neofaschisten im Raum Bonn, um ihren Aktivitäten entgegenwirken zu können. Wenn Ihr Flugblätter und Materialien neofaschistischer Gruppierungen erhaltet oder von ihren Treffen und Aktionen erfahrt, wendet Euch an die AKUT-Redaktion.

## Bücherbörse für Geographen

Die Fachschaft Geographie hat eine Bücherbörse eingerichtet. Sie sucht Leute, die ihre alten Bücher (auch für Nebenfächer: Städtebau, Agrarsoziologie, Kulturtechnik ...) loswerden möchten.

Die Fachschaft nimmt die Bücher in Kommission; wenn sie verkauft sind, können die Ex-Benutzer sich ihr Geld im Fachschaftszimmer abholen.

Annahme und Verkauf: Mo-Fr 11-13 Uhr.

## EINSTUFIGE MODELLE GESCHEITERT ?

Die massive Kritik an der zweistufigen Juristenausbildung (wie auch in Bonn vorhanden) führte 1971 zur Einführung der sogenannten Experimentierklausel ins Deutsche Richtergesetz und zur Bildung neuer, einstufiger Ausbildungsmodelle.

Die Kritik richtete sich an die Inhalte der zweistufigen Ausbildung, daß der Wandel vom liberalen Rechtsstaat zum demokratischen Sozialstaat an der Rechtswissenschaft und dem Selbstverständnis der Juristen vorbeigegangen sei, so daß diese ihre Aufgabe lediglich im Auffinden der im demagogischen Rechtssystem vorprogrammierten Entscheidungen suchten.

Ökonomische, soziale und politische Konstitutions- und Funktionsbestimmungen des Rechts würden ausgeblendet, die Rechtswissenschaft sei zu einer "dogmatischen Normexegese" verkümmert. Dabei sei Recht parteiisch, unter Berufung auf angeblich unpolitisches Formalrecht würden politische Entscheidungen getroffen.

Ein weiterer Kritikpunkt an der zweistufigen Ausbildung war der, daß sie Anpassungswänge produziere, die eine eigenständige wissenschaftliche Betätigung der Studenten verhinderten. Das Lernen der Jura-Studenten beschränke sich auf ein Auswendiglernen unterschiedlicher Meinungen, die andere gebildet haben. Diese müssten die Studenten jederzeit reproduzieren können, wobei ihnen letztlich nur eine, meist von klausurtaktischen Motiven bestimmte Abwägung überbliebe.

Während bei der zweistufigen Ausbildung das Referendariat als Block der Universitätsausbildung nachfolgt, ist diese Trennung bei den zweistufigen Unis aufgehoben. Dort wechseln Universitäts- und Praxisabschnitte mehrmals bis zum zweiten Examen und die Inhalte sind entsprechend aufeinander abgestimmt. Im Detail des organisatorischen Aufbaus gleicht jedoch kein einstufiger Ausbildungsgang dem anderen. Auch inhaltlich bestehen große Differenzen. Dies liegt daran, daß die "Südmodelle" primär eine Verkürzung der Ausbildungszeit erreichen wollten, die "Nordmodelle" jedoch verstärkte auch die Sozialwissenschaften einbeziehen und das Prüfungswesen reformieren wollten. Hier wurden nicht nur Erfolge erzielt: Die Verkürzung der Studiendauer bei gleichzeitigem Anspruch, die Ausbildung wissenschaftlicher und praxisnäher zu gestalten, führte zu einer starken Verschulung des Studiums, das Leistungskontrollsystem verstärkte den Leistungsdruck.

Über Erfolg und Nicht-Erfolg der einstufigen Reformmodelle streiten Wissenschaftler und Politiker. Erschwert wird die Auswertung dadurch, daß bisher nur wenige Jahrgänge die einzelnen Modellbildungsgänge beendet. Positiven Beurteilungen werden von konservativer Seite oft die höheren Ausbildungskosten der Einstufen-Unis entgegengehalten. Diese höheren Ausbildungskosten werden jedoch wieder durch die nachweislich deutlich geringeren Ausbildungszeiten der Absolventen relativiert.

Verstärkt würde dieser Anpassungsdruck durch die Form der staatlichen Prüfungen. Der Student würde gezwungen, sich in seinem Lernen an das anzupassen, was die Prüfer verlangten, wobei die Prüfungen einen Personentyp begünstigten, bei dem Problembewußtsein, Kreativität und Berücksichtigung von Folgen zurückblieben, zugunsten einer Wettbewerbs- und Leistungsorientierung.

Die zunehmende Entwissenschaftlichung und Praxisentfernung der Juristenausbildung bewirkten, daß juristische Berufsfelder, z.B. an Wirtschaftswissenschaftler verlorengingen. Dies und die zu lange Ausbildungsdauer bei zweistufigen Ausbildungsgängen waren primäre Kritikpunkte aus konservativer Sicht.

An eine reformierte, einstufige Ausbildung wurden primär folgende Reformziele geknüpft:

- Verkürzung der Gesamtbildungsdauer
- Integration von Theorie und Praxis
- Integration der Sozialwissenschaften
- Einrichtung einer Schwerpunktausbildung
- Reform des Fächerkatalogs
- Verbesserung des Prüfungswesens durch studienbegleitende Leistungskontrollen und neue Unterrichtsformen (z.B. Projektstudium).

Mittlerweile wagt kaum noch jemand zu behaupten, die Berufsaussichten von Juristen der einstufigen Ausbildung sei schlechter als die der zweistufigen.

Die einstufigen Juristen stehen nicht nur früher im Berufsleben (durchschnittlich zwei Jahre), sondern sie weisen ein höheres Problembewußtsein und bessere Praxiskenntnisse auf. So besteht auch der Hauptkritikpunkt aus konservativer Sicht an einer bundesweiten einstufigen Jura-Ausbildung an der angeblichen Unmöglichkeit der Umsetzung und an dem höheren Kostenaufwand. Viele Professoren lehnen die einstufige Ausbildung zudem ab, weil sie um ihre Wissenschaftlichkeit der Ausbildung bangen, sollte es zu einer Praxisverzahnung kommen.

Die einstufigen Reformvorschläge, die zur Zeit in der Diskussion sind, sind nicht einheitlich. Auch hier gibt es - in der Sprache der FAZ - "radikale" und "gemäßigte" Modelle. Auch ein einphasiges Modell kann so ausgestaltet werden, daß für den Studenten/in wenig Erfreuliches übrig bleibt. Aber dies kann die Notwendigkeit der Reform der Juristenausbildung nicht in Frage stellen.



# VDS

## "VEREINIGTE DEUTSCHE STUDENTENSCHAFTEN"

### ALS TRÄGER (NICHT NUR) DER UNIVERSITÄREN FRIEDENSBEWEGUNG

Wenn an anderen Universitäten von den Vereinigten Deutschen Studentenschaften die Rede ist, dann weiß "man", daß es um etwas geht, was sich lohnt. Denn ohne den koordinierten Widerstand der Student/inn/en gäbe es überhaupt kein BAFÖG mehr - wer da irgendwelche Illusionen gegenüber der SPD hatte, der muß doch wenigstens bei Kohl und Konsorten klar sehen - und ohne den koordinierten Widerstand hätte das Hochschulrahmengesetz (HRG) längst aus den Hochschulen Ausbildungsanstalten gänzlich im Verwertungsinteresse der wirtschaftlich Mächtigen geformt.

Zur Debatte standen 3 Konzeptionen:

**Erstens:** Die Studenten begreifen sich als einen Motor der Friedensbewegung und setzen die gesamtgesellschaftliche Orientierung auf eine Volksbefragung um, indem sie als eigenständigen Beitrag eine Urabstimmung organisieren. So wird eine sehr große Deutlichkeit erzielt und demonstriert, daß eine gesamtgesellschaftliche Gruppe die Stationierung ablehnt. Dies sollte noch durch einen großen Streik unterstrichen werden.

**Zweitens:** Die Studenten verzichten auf einen eigenen Beitrag und konzentrieren sich darauf, die Friedensbewegung in ihren allgemeinen Aktionen zu unterstützen. Der dynamische Effekt einer Urabstimmung wird bestritten.

**Drittens:** Weder Erstens noch Zweitens soll zum Zuge kommen. Aus Autonomiegedanken heraus wird abgeleitet, daß Basisaktivitäten das Handicap einer umfassenderen Koordinierung und damit größerer Verbindlichkeit besser ausschließen sollten.

Da Drittens -vertreten durch die Basisgruppen - zu kurz greift angesichts der

Die vds sind wesentlich Garant dafür, daß sich die Universitäten zu einem stabilen linken Faktor entwickelt haben. Wer glaubt, die Achtundsechziger seien politisch "weiter" gewesen, der träumt als alter-naiver Hanswurst. Auf wenige Orte beschränkt brach eine Avantgarde auf, Bestehendes zu erschüttern. Nicht mehr - und auch nicht weniger. Heute steht eine politische Struktur der Studentenbewegung, die der damaligen voraus ist.

In Bonn versucht die Rechte, die vds seit Jahren zu diffamieren. Mal ist es der Labor-Club, bei dem nix 'rumkommt, und 'mal sind es die Verfassungsfeinde, weil ir-

hohen politischen Kraft eines funktionierenden Verbandes wie den vds, blieb dieser Vorschlag zuerst auf der Strecke. Kritisiert wurde die Verabsolutierung eines abstrakten und in dieser Form nicht mehr politischen Autonomiebegriffes. Kritisiert wurde das Primat der Form - schön bunt muß es sein - vor dem Inhalt. Die Friedensbewegung steht nicht mehr in der Phase schierer Spontanität; die unmittelbar bevorstehende Stationierung fordert organisierte Gegenwehr. Der Wille der Mächtigen, mit eisernem Besen die Apokalypse vorzubereiten, fordert höchstmögliche Kraftentfaltung ihrer Gegner, und das bedeutet die kompromißlose und geplante Sichtbarmachung der Mehrheit, die für den Frieden eintritt.

Die zweite Lösung - getragen von den Jusos - konnte bei einer ersten Abstimmung ca. 10% der Stimmen gewinnen. Der Verzicht auf einen spezifischen Beitrag der Studenten als eine der stärksten gesellschaftlichen Gruppen auf der Seite des Fortschritts paßt einfach nicht in eine derart zugespitzte Situation wie die Auseinandersetzung um Pershing und Marschflugkörper.

In der gleichen Abstimmung erhielt der erste Vorschlag - eingebracht von den gewerkschaftlich orientierten Gruppen MSB und SHB sowie Teilen der Jusos - zwischen 60 und 70%. Der Rest enthielt sich.

Da das Gebot der höchsten Kraftentfal-

gendwelche Flips unbedingt über eine Deutschlandfahne im Tagungsraum latschen mußten. Und die Rechten haben zu oft Erfolg mit solcher Masche.

Im Oktober fand wieder eine Mitgliederversammlung der vds statt. Beraten wurde, wie die Studentenbewegung dynamisch und forcierend im Widerstand gegen die Raketenstationierung wirken könne. Einigkeit bestand über dieses Ziel, umstritten war nur die Methode. Und daß solche Strategiediskussionen der Linken überhaupt in einem bundesweiten Interessenverband möglich sind und auch mit Ergebnis geführt werden, macht die Qualität der vds aus.

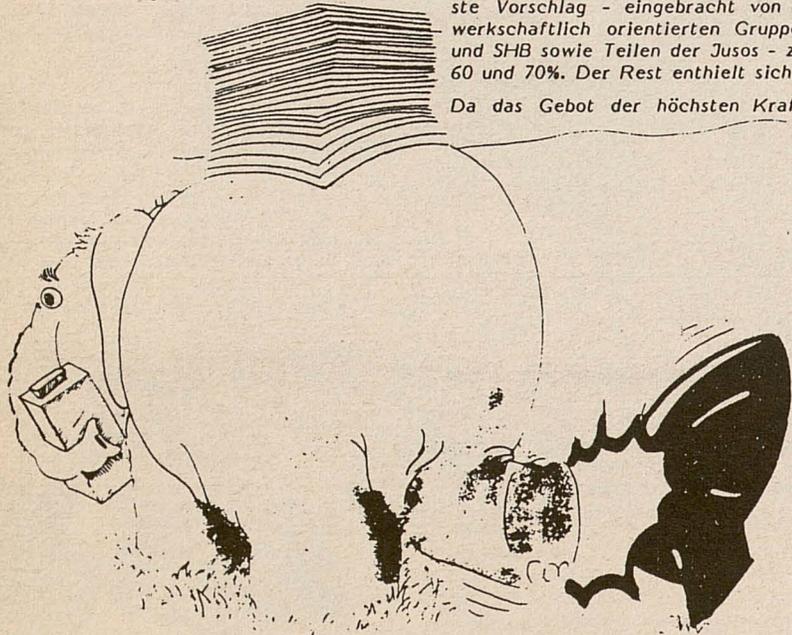
tung definitiv gilt angesichts des programmierten Wahnsinns der Rüstungsfanatiker, nahmen die vds Abstand von einem Verfahren der reinen Mehrheitsentscheidung. In Anbetracht des gemeinsamen Willens zur Friedensarbeit entschloß man sich, eine noch breitere und tragfähigere Plattform zu entwickeln, als sie mit dem favorisierten Vorschlag gegeben war.

Der Gedanke der größten Vielfalt wurde in dem Sinn aufgenommen, daß ein Gewinnen neuer und bisher skeptischer oder inaktiver Kreise für die Friedensbewegung auch an den Hochschulen zum Ziel gesetzt wurde. Die Aktionsformen erfuhren eine Erweiterung über den Streik hinaus, die Anbindung der Uni-Aktionen an die allgemeine Friedensbewegung, vor allem an die Volksabstimmung von unten, erhielt mehr Gewicht. So ergab sich ein Beschluß, dem auch der Bonner ASTA zustimmte:

Dieser mit großer Einigkeit gefaßte Beschluß schuf die Grundlage für die Urabstimmungen und anderen Aktionen der Fachschaften, die im Moment an der Bonner Uni laufen.

Von Rechts wird die Kritik kommen, die Mitarbeit unseres ASTA in den vds fixiere diesen zu sehr auf die Friedensbewegung und damit zu sehr auf die "große Politik". Einmal abgesehen davon, daß es auch für uns Studenten tatsächlich nichts Wichtiges gibt als den Frieden - und das kann man offensichtlich nicht oft genug sagen, auch in einem Land, das sich als Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs versteht - einmal abgesehen davon ist die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen Interessenwahrnehmung im Kleinen (der "Kampf um's Teewasser") und im Großen (Friedensarbeit) eine aufgesetzte und mißliche Geschichte. Uns stinkt es, daß der Raketengegner immer gleich verdächtig sein soll, die zu enge Bibliothek und die Mensa-Schlangen als Probleme gar nicht wahrnehmen zu können.

Im Gegenteil glauben wir, daß ein politisch kritischer Mensch nicht nur weniger Lust an der Vorbereitung des atomaren Suizids verspürt, sondern auch offener ist für sonstige Mißstände, die die an den Hebeln der Macht Sitzenden produzieren wie BAFÖG-Klau, sich ständig verschlechternden Studienbedingungen und immer eindimensionalere Ausrichtung des Lebens. Er hat weniger Scheuklappen als der System-Hörige, der immer gleich die "Ko-



sten-Neutralität" und anderen Selbstbetrug im Kopf hat, weil ja die Raketen, die den Russen in Schach halten sollen, so viel Geld benötigen.

Um das zu belegen, fassen wir als AKUT-Mitarbeiter, deren Redaktionsraum auf einem FLur mit den ASTA-Referaten liegt, das zusammen, was wir von der

ASTA-Arbeit "so mitkriegen". Und dann macht Euch selbst ein Bild, ob nicht die Friedensaktivitäten sinnvolle Erweiterung einer ebenso sinnvollen Interessenwahrnehmung sind.

**VDS**

UND



, ZWEI SEITEN

VON INTERESSENSVERTRETUNG

## ASTA: NICHT NUR AUF GROSSE POLITIK FIXIERT

### SOZIALREFERAT

Bei Übernahme des Referats suchte man vergeblich nach vollständigen Unterlagen und ausreichendem Service- und Informationsmaterial.

Zunächst wurde ein BAFÖG-Führer erstellt, der in verständlichen Worten versucht, das BAFÖG-Gesetz ab 1.10.83 aus- und darzulegen. Desweiteren entstand ein Stipendienführer.

Der hauptsächlich politische Anspruch bestand in massiver Information durch Vorlesungsauftritte, Verteilung von Massenmaterial, Pressemitteilungen etc. über die neuesten BAFÖG-Schweineereien:

Darlehensregelung, Strebererlaß, 'Zahnarztbonus', Bewilligungsrückgang, Streichung des Schüler-BAFÖGs etc. Hier werden diejenigen benachteiligt, die ohnehin zu den sozial Schwachen gehören. In diesem Zusammenhang sind auch die 5% weniger Frauen an den bundesdeutschen Hochschulen zu nennen.

In den täglichen Einzelberatungen werden die Referenten/innen zu Rückzahlungsbedingungen, Fachrichtungswechsel, Übergangsregelungen gefordert.

Bei der Zimmervermittlung hat sich unter den Linken Einiges verändert: Es werden keine Burschenschaftszimmer mehr vermittelt, niemand - etwa ausländische Studenten- ausgegrenzt.

Über eine breite Presse und Plakate wurde in Zusammenarbeit mit dem Öko- und Kommunalreferat eine Kampagne gegen Miethäie gestartet und kürzlich eine schwarze Liste eingerichtet.

Weitere Themen der Referatsarbeit sind Wohngeld, Gebührenermäßigungen, Sozialhilfe, Kurzdarlehen etc.

### HOC-HSCHULREFERAT

Aus einem Haufen größtenteils nutzlosen Mülls mußte erst 'mal ein arbeitsfähiges Referat gemacht werden. Trotz des Zeitdrucks (Erstsemesterberatung!) entstand ein attraktives und informatives Erstsemesterinfo.

Vor dem Sekretariat bot der gesamte AstA während der Einschreibzeit seine Beratung an.

Für die laufende Studienberatung wurde ein mickriger Karteikasten durch ein schrankfüllendes Repertoire ersetzt.

Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit sind die neue AO der Mediziner sowie die "Reform" der Juristenausbildung. Dazu erschienen an den betroffenen Bereichen Infos, Veranstaltungen sind in Vorbereitung. Auch die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes wird in den Vordergrund rücken.

Im Lehrerausbildungsbereich - hier sollen die "B-Teile" der Prüfungsordnungen herauskommen - steht Informations- und Aufklärungsarbeit gemeinsam mit dem Fachschaftenreferat an.

Studiengebühren sollen jetzt durch die Hintertür eingeführt werden, indem die Bezahlung des Materials den Studenten aufgedrückt wird (akutes Beispiel: Pharmazie). Frau Willms, die mit flotten

Sprüchen auch "mehr Einfluß des Bundes" auf die Hochschulen fordert, wird man auf die Finger klopfen (Genaueres wird nicht verraten). Der Schwier-Plan bleibt weiter Thema, zumal die auf Jahre hinaus verschuldete Chemie voll betroffen ist.

Am 9.11. gabs eine Veranstaltung zur Problematik der neuen Technologien. Zum Thema "Wissenschaftsläden" werden derzeit Informationen gesammelt und dahingehend umgesetzt, wie in Bonn Wissenschaft verantwortlich angegangen und der Bevölkerung zugänglich gemacht werden kann (Veranstaltung dazu am 2.12., Broschüre ist in Druck).

Gemeinsam mit dem Sozialreferat wird eine Zusammenstellung der Studienverschlechterungsbedingungen erarbeitet und entsprechende Gegenmaßnahmen geplant. Neu ist die Beschwerdestelle als Anlaufpunkt für Probleme, die sich mit Sekretariaten, Profs, Instituten, BAFÖG-Amt etc. ergeben. Den zuständigen Herrn erkennt Ihr an den zerrautten Haaren.

### ÖKOLOGIE- und KOMMUNALREFERAT

Einem Flugblatt mit ersten eigenen Vorstellungen folgte bereits nach einer Woche das erste Ökologie- und Kommunalplenum, auf dem über die AstA-Arbeit und die Zusammenarbeit mit verschiedenen AK's und Initiativen diskutiert wurde.

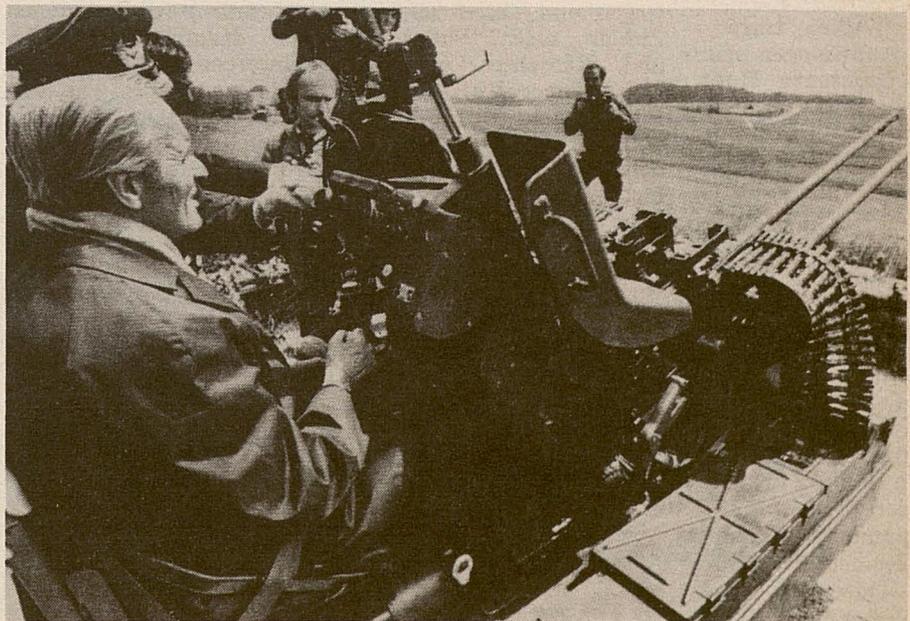
In der letzten Semesterwoche fand in Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat eine Ausstellung zum Metropol-Kino statt.

In den Semesterferien lag der Schwerpunkt auf dem Thema "Wohnen": Gespräche mit Mieterverein und Studentenwerk, Plakat zur Wohnungsnot und Mietaufruf, Diskussion über Wohnungssituation auf einem Plenum, Öffentlichkeitsarbeit, Infostand mit Schautafeln am Tag der offenen Tür auf dem Markt, Diskussion über die Lage und eigene Vorstellungen mit dem Bonner OB - der den von uns vorgeschlagenen Aufruf an die Bonner abgelehnt hat- und Ausstellung zur studentischen Wohnsituation. Bezüglich der Fahrpreiserhöhungen hat das Referat den Widerstand m.o.w. alleine organisiert. Zwei Treffen der Bonner Initiativen wurden angeleiert, auf denen ein Flugblatt und ein Plakat zur Verteilung an Fahrgäste und Studenten beschlossen wurden. Intensive Öffentlichkeitsarbeit in der Lokalpresse (der AstA ist als einziger Fahrpreisgegner mit mehreren Artikeln in die Zeitung gekommen), Mobilisierung auf die entscheidende Ratssitzung. Das hat alles nichts geholfen, aber das liegt an den eindeutigen Mehrheitsverhältnissen im Rat. Der RCDS, der jetzt herumkritisiert, hat nicht versucht, auf seine Mutterpartei Einfluß zu nehmen.

Weitere Aktivitäten:

- \* "Künstlerische Aktion" in der Innenstadt zur Rheinverschmutzung und zum Internationalen Rheinwassertribunal im Oktober.

- \* Mitorganisation der Bürgerversammlung "Rettet das Metropol!" und dazu ein offener Brief an die Stadt. Mittlerweile steht das Kino unter Denkmalschutz und neue Nutzungspläne sind in der Diskussion- durch die Unterstützung der ...weiter nächste Seite...



Solange es solche "Repräsentanten" des Volkes gibt, gilt:

Gut, daß die bundesdeutschen Studenten von einem Dachverband repräsentiert werden, der radikal für Frieden ist. Gut, daß der Bonner AstA links ist.



Der Bonner AStA-Vorsitzende Stefan Söldner-Renbold während der Bonner Volksversammlung auf der vds-Bühne

...Fortsetzung von letzter Seite...

Initiative auch ein kleiner Erfolg des AStA.

- \* Seit Semesterbeginn drei interessante Veranstaltungen der Ringvorlesung Ökologie. Herausgabe und Verkauf des Skripts zur Ringvorlesung vom WS 82/83.
- \* Zu Semesterbeginn Erstellung des ersten Alternativen Vorlesungsverzeichnisses für Bonn.
- \* Ein Schritt zum praktizierten Umweltschutz an der Uni: der Start einer Initiative zur Umstellung der Papp- und PVC-Becher in den Cafeterien auf Porzellangeschirr.
- \* Führung der AStA-Mitfahrerkartei, die demnächst mit Mini-Gruppen für Bahnfahrer ergänzt wird.

## PRESSE- und ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Bewährt hat sich die Abschaffung des Pressereferenten:

Dadurch wurde gespart, während der AStA-Vorsitzende die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit voll übernahm. Dazu gehören das regelmäßige Verfassen von Presseerklärungen, die Pflege von Pressekontakten, das Erstellen eines Pressespiegels, Vorlesungsauftritte, Flugblätter, Artikel, Interviews, Veranstaltungen. Kontakte zum Rektorat, Politikern etc. hat der AStA bisher viel Raum für die Darstellung studentischer Anliegen in der Öffentlichkeit geschaffen.

Mit zahlreichen Veröffentlichungen und einer Veranstaltung am 17.11. wurde die Kampagne für den Erhalt der demokratischen Rechte der Studentenschaft, gegen Verbot des politischen Mandats vorangetrieben. Zahlreiche außeruniversitäre Organisationen und viel Prominenz wurden für diesen Kampf gewonnen.

Leider ging ein erheblicher Teil der Arbeitszeit durch Klagen von Rechts verloren.

Nach vorübergehender Abstinenz nahm der AStA auf der 3.a.o. Mitgliederversammlung der vds (Vereinigte deutsche Studentenschaften) die Rechte der Bonner Studenten wahr.

Als "mobiler AStA" ist er an die verschiedenen Mensen gegangen, sodaß die Studenten nicht zum AStA kommen mußten, sondern umgekehrt.

## ORGANISATIONSREFERAT

Hier war erst 'mal Vorarbeit nötig: Ordnen der Hinterlassenschaft der Vorgänger, Rekonstruktion der nicht vor-

handenen Unterlagen, Ausstattung des AStA mit den grundlegenden Materialien (das die Rechten weder nicht nötig hatten oder mitgehen ließen).

Danach ging's ans Alltägliche: Hörsaalvergabe, Druckaufträge, Rückmeldung der studentischen Vereinigungen, Flugblattverteilung organisieren, Kopien abrechnen und, und, und...

Alles unpolitische Rödelerarbeit, möchte man meinen - doch weit gefehlt: Versuchte doch der Rektor, den Referenten in Sachen Hörsaalvergabe und Druckereibetrieb als politischen Zensur zu benutzen, indem er untersagte, Räume und Einrichtungen "Dritten zur Verfügung zu stellen", die sich zu Frieden und Abrüstung äußern wollen.

Nicht nur der AStA soll also mundtot gemacht werden; über den Organisationsreferenten als Handlanger wird auch versucht, den politischen Hochschulgruppen ihr Grundrecht auf freie Meinungsäußerung zu verweigern.

Der wird jedoch weiterhin die AStA-Arbeit organisatorisch absichern und jeder ordnungsgemäß gemeldeten studentischen Vereinigung zu Räumen und Druckmöglichkeiten verhelfen - ohne Zensur!

## AUTONOMES

### AUSLÄNDERREFERAT

Erstmals an der Uni Bonn gibt es eine vom Ausländerreferat erstellte Broschüre mit umfangreichem Informationsmaterial für ausländische Studenten (liegt im Referat aus).

Der Rahmen der Arbeit ist durch unmittelbare Interessenwahrnehmung gekennzeichnet:

Betreuung der Studenten bei finanziellen Problemen, in Studien- und Wohnungsfragen, bei Auseinandersetzungen mit der Uni-Verwaltung und dem Ausländermeldeamt;

Kontakte mit dem Studentenwerk und dem Studienkolleg (das Akademische Auslandsamt gilt wegen ausländerfeindlicher Tendenzen nicht mehr als Ansprechpartner); Organisation des Nachhilfeunterrichts in Mathe, Physik, Chemie, Deutsch am Studienkolleg.

Durch Kontakte mit den Ausländerreferenten anderer Universitäten über die vds wird die aktuelle Entwicklung des Ausländerstudiums in der BRD analysiert und gemein-



Die Fremdbestimmung des Bonner AStA gehört ins Reich der Polit-Mythen - im Gegensatz zu der des Konrad-Adenauer-Hauses

sam versucht, die Rechte der ausländischen Studenten zu verteidigen. Die nächste Referententagung in Bonn wird das Zimmermann-Papier und die KMK-Beschlüsse diskutieren.

## KULTURREFERAT

Das Kulturreferat will die Kultur von unten fördern. Es arbeitet daher eng mit dem Verein Bonner Rockmusiker und der Cosa Nostra zusammen.

Schwerpunkte sind Förderung und Zusammenarbeit studentischer Kulturgruppen. Deshalb wurde das Kulturplenum wieder eingeführt. Auf den bisherigen beiden Plena waren ca. 20 Gruppen vertreten. Dabei ging es um Zusammenarbeit, Koordination, Projektplanung, Informationsaustausch innerhalb und außerhalb der aktiven Kulturgruppen bzw. Einzelkünstler.

Am 18.10. wurde das Semesteranfangsfest veranstaltet, am 9.11. das Eine-Frau-Kabarett mit Lisbeth Felder.



Irgendwo mit dabei: der Bonner AStA

In Vorbereitung: Kabarett mit Alexander Lipping und Alfred Hellmann im Dezember, für Januar Afrikanisches Theater und das Winterfest am 21.

Der Tanzworkshop mit der Elsässer Gruppe "Le P'tit Blanc" findet im November statt. In den bisherigen Gesprächen mit dem Kulturdezernenten der Stadt Bonn und dem Rektor der Uni ging es schwerpunktmäßig um finanzielle Unterstützung und Raumfragen, Hörsaalvergabe etc.

Dreimal im Semester erscheint das Kulturinfo mit Veranstaltungskalender (Schwerpunkte der einzelnen Ausgaben: Film in Bonn; Theater; Winterfest).

Die vergleichsweise jungen Arbeitsbereiche im AStA, nämlich Frauen, Internationalismus und Antirepression, etablieren sich; und zwar mit Aktivitäten in Hülle und Fülle.

Wir stellen sie deshalb in Kurzform vor:

## AUTONOMES

### FRAUENREFERAT

Bisher gelaufen:

- täglich Büchertisch und Information zu den Einschreibterminen
- Erstsemesterinnen-Flugblatt
- Frauencafe am 20.10. mit Video und Diskussion: "Wie friedfertig sind Frauen?"
- Erstausgabe der Frauenzeitung am 17.11.
- Eine-Frau-Kabarett am 9.11.
- Veranstaltung zur natürlichen Verhütung am 15.11.
- drei Frauen-VV's
- Flugblatt zu Sexismus und Militarismus
- Beteiligung an der Friedenswoche (Katastrophenchor; Frauenfang-Musikgruppe)

...weiter nächste Seite...

...Fortsetzung von letzter Seite...

#### Laufende Arbeit:

- Büchertisch einmal pro Woche
- AK "Frauenbild nach der Wende"
- AK "Schwangere und Mütter an der Uni"
- AK "Feministische Gesellschaftstheorie"
- einmal monatlich Frauenfilm
- Selbstverteidigungskurse
- Kinderturnen und Schwimmen
- Unterstützung und Koordination von Frauenforschung an der Uni

#### Service:

- Verbreitung der Lila Lotta
- Informationsaustausch mit Bonner Frauengruppen und Frauenreferaten anderer Unis
- Veranstaltungskalender
- Kontaktieren von Frauen-AK's an der Uni

## ANTIREPRESSIONS- und INTERNATIONALISMUS- REFERAT

- 11.10. Juristische und politische Probleme bei Blockaden (Flugblatt und Veranstaltung)
- 13.10. Hintergründe der BMZ- Blockade (Flugbl. u. Verant.)
- 26.10. Inhaltliche Einführung in die Ausstellung "Heilen und Vernichten im Nationalsozialismus"
- 2.-14.11. Ausstellung "Heilen und Vernichten - Medizin zur Zeit des NS"
- 2.11. Diskussionsveranstaltung: "Psychiatrie im Nationalsozialismus"
- 4.11. Flugblatt und Autorenlesung: "Der neue computerlesbare Personalausweis - Eintrittskarte in den Überwachungsstaat?"
- 2.11. Chile - eine Reise wert? (Flugbl. und Verant.)
- 7.11. Naturheilkunde im Nationalsozialismus (Verant.)
- 8.11. Aussonderung der Entarteten - Verfolgung und Vernichtung Homosexueller im Dritten Reich (Ausstellung)

9.11. "Ich klage an" - Film zur Euthanasie- Problematik aus der NS- Zeit

11.11. Diskussionsveranstaltung: "Lebens- unwerte Leben- ein aktueller Begriff?"

11.11. Informationsveranstaltung: US- In- vasion in Grenada

12.11. Antifaschistische Stadtrundfahrt

In Vorbereitung sind eine Veranstaltung zum Sexualstrafrecht in Zusammenarbeit mit der Schwulen Hochschulgruppe (am 7.12.) und eine Podiumsdiskussion zum neuen Demonstrationsstrafrecht, außerdem eine Dokumentation zu diesem Thema.

## FRIEDENSREFERAT

Die Linksgruppen gingen im Juli mit dem deutlichen Anspruch in den AStA, Friedenspolitik mit den und für die Studenten zu machen.

Daß dieses Engagement notwendig und richtig ist, beweisen nicht nur der Erfolg der Friedenswoche, insbesondere des Dies pacis, und die kürzlich formulierte vds- Orientierung auf eine eigenständige Rolle der Studenten in der Friedensbewegung. Als Indiz dafür gilt auch die Re a k t i o n der Rechtskräfte: Sie versuchen, die AStA- Friedensarbeit auf kaltem formal- juristischem Weg zu liquidieren. Diese Herausforderung wird nicht vor Gericht beantwortet, sondern vor Ort: durch den Einsatz vieler Initiativen, Fachschaften und des AStA im Kampf gegen die Raketen. Die Kläger stehen isoliert und werden rigoros.

Eine detaillierte Schilderung der Friedens- arbeit würde den Rahmen dieser Dar- stellung sprengen.

Wichtig war und bleibt die Informations- arbeit des AStA zum Thema.

Wichtig waren die Organisationsfunktionen des Friedensreferats im Vorfeld der Aktionswoche und die Zusammenarbeit mit inner- und außeruniversitären Friedens- gruppen.

Die Mitgestaltung der Friedenswoche -er- innert sei an die Uni-Friedensversam- lung und die Kundgebung auf dem Münsterplatz- unterstrichen im Ergebnis: Der studentische und Hochschulbereich leistet seinen gewichtigen Beitrag zum Widerstand gegen die Raketenpolitik und wird ihn ausweiten.

Wichtig ist, daß der AStA seine Friedens- orientierung beibehält:

Er unterstützt die Urabstimmungen an den Fachbereichen als eigenständige Aufgabe der Studenten im Rahmen der Volksbe- fragung von unten.

Er führt offensiv die Diskussion um das politische Mandat der studentischen Inter- essenvertretung und hat mit der Veran- staltung am 17.11. ("Studenten in gesell- schaftlicher Verantwortung - Studenten für den Frieden") ein Signal für die weitere Arbeit in dieser Richtung gesetzt.

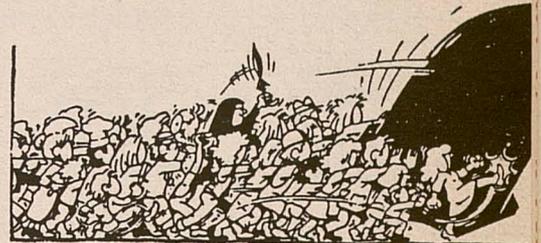
Zur Thematik "Verantwortung der Wissen- schaft für den Frieden", die im WS breiten Raum einnimmt, soll eine Dokumentation zur Rüstungsforschung an der Bonner Uni erstellt werden. Damit wird die un- mittelbare Betroffenheit der Studierenden belegt. Für die jetzt angelaufene Fah- nungsphase benötigt das Friedensreferat jede Menge Hinweise. Wenn Ihr was wißt oder ahnt, ruft an oder kommt vorbei. Die Vorbereitung des 21.11. und des 12.12., den ersten Widerstandstagen gegen die Stationierung, wird am Bonner AStA nicht vorbeilaufen.

Die Angst, ins von den rechten Klägern ge- öffnete Messer der Justiz zu laufen, beein- trächtigt natürlich den notwendigen Um- fang der Aktivitäten.

Und jenen, die das Interesse (zu deutsch: das Dabeisein) der Studenten und die Dimension der Friedensfrage mit ihren vielfältigen Bezügen unterschätzen, sei übermittelt:

Ein Genug oder Zuviel an Friedensarbeit kann es nicht geben. Der Widerstand gegen die Raketenpolitik geht weiter.

Burkhard Hoffmeister, Thomas Hallet



Buchhandlung · Verlag · Antiquariat

# RÖHRSCHEID

Gegenüber der Universität

Bonn · Am Hof 28 · Tel. 0228/63 12 81

# Einigkeit und Recht und Freiheit

Aus welchem bekannten deutschen Lied stammen diese Worte ? Nein, Ich meine nicht den Rand des Fünfmarkstückes. Einigkeit und Recht und Freiheit haben doch nichts mit Geld zu tun, oder ? Ja, richtig ! Endlich ist das Fünfmarkstück gefallen. Zum letzten Mal im Fernsehen gesehen und gehört, dieses Lied - vor dem Länderspiel (3:1 - klare Sache). Wie hieß denn dieses Lied noch gleich ? Hat doch so eine schöne Melodie. Genau !

Es ist die Nationalhymne ! Welche ? Na, unsere natürlich. Wir armen Deutschen. Es scheint doch tatsächlich hierzulande mehr Leute zugeben, die eher den Text von 'Yesterday', 'Verdamp lang her' und der 'Internationalen' kennen, als die wohlgeformten Worte unserer Nationalhymne. Warum ?

Anscheinend haben die Deutschen keinen Nationalstolz mehr, sagt man. Wen wundert's - bei der Vergangenheit. Der Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden tut sich da viel leichter. Soldaten und Funktionäre tun so, als hätten sie keine Vergangenheit und singen ein völlig anderes Lied.

Vermutlich haben sie damals, 1949, ihre Vergangenheit an den Rechtsnachfolger des Dritten Reiches abgetreten. Und richtig, wir Bundesrepublikaner scheinen uns alle Mühe zu geben, auch die geistige Nachfolge anzutreten, werden doch die Stimmen immer lauter, die mehr als eine Strophe der Nationalhymne singen wollen, am besten gleich alle drei. Vielleicht muß man schon damit zufrieden sein, daß ein gewisser A. Hitler unerwähnt bleibt, oder ist das der nächste Schritt ?

Deutschland, Deutschland über alles ? Über Landesgrenzen ? Über Frieden ? Über Völkerrecht ? Über Menschenleben ?

Das klingt alles nicht nach Vergangenheitsbewältigung. So ruft doch eine sogenannte 'Konservative Aktion' dazu auf, bei ihr eine Schallplatte mit der Nationalhymne und ergänzenden historischen Betrachtungen von Gerhard Löwenthal zu erwerben, mit allen drei Strophen natürlich. Von dem dabei erwirtschafteten Geld sollen 250 000 Jugendliche, von denen bekanntlich nur 2% den Text der Hymne kennen sollen, diese Schallplatte umsonst erhalten.

Wahrscheinlich können sich diese Jugendlichen glücklich schätzen, wenn sie diese Platte nicht bekommen, denn meiner Ansicht nach werden Konservatismus und Tradition hier zu weit getrieben.

Warum komponiert denn niemand eine neue Hymne, eine die keine territorialen Ansprüche stellt, die wirklich Frieden und Freiheit, Menschen und Leben zum Inhalt hat, eine, die alle mitsingen können ?

Sollen doch einmal die, die Deutschland wiedervereinigen wollen, doch erst einmal versuchen, diesen Teil Deutschlands unter einem gemeinsamen Lied zu einen.

Vielleicht können dann auch mehr Leute den Text, weil sie sich eher damit identifizieren können.

Abschließend bleibt noch die Frage, warum wir dann nicht gleich eine europäische Hymne einführen. Diese könnten noch viel mehr Menschen gemeinsam singen, über viele Landesgrenzen hinaus.

Und Singen ist eine sehr friedliche, durchaus verbindende Tätigkeit.

Wohlan, deutsche Sänger.

Titus H.J. Simon

## Asten im SYSTEMVERGLEICH

### AStA - TEST

#### Hochschulpolitik im Vergleich

links	rechts
- benutzerunfreundliche Ausstattung	- schwache Lenkung
- unsolide Verarbeitung	- schaltet langsam
- geringer Wirkungsgrad	- mäßiger Antrieb
- einseitige Lenkwirkung	- schlechtes Styling
- schlechter Service	- hoher Verbrauch bei niedriger Geschwindigkeit
- zu hohe Reibungskräfte	- stör anfällig
+ kompromißloses Styling	- unausgereifte Konzeption
+ Startschwierigkeiten	- teure Extras
	+ gute Bremswirkung
	+ Spurtreu

Von Februar bis Juli gab es einen rechten AStA, seither haben ihn die Linken inne. Was hat sich verbessert ? Was ist schlechter geworden ? Weder noch nichts !

Obwohl man im Juli an einem Punkt angekommen war, an dem es nur noch hätte aufwärts gehen können, ließ die 'Wende' den Aufschwung doch vermissen.

Die funktionierenden Referate taten dies auch nach dem Wechsel noch, die weniger aktiven (außer dem Organisationsreferat) blieben, wie sie waren. Wo ist der anfängliche Elan geblieben ?

Zugegebenermaßen wird der derzeitige AStA durch Gerichtsurteile und Prozesse arg eingeschränkt, doch gerade auf den Gebieten, die die Studenten unmittelbar als eben solche betreffen und die nicht gerichtlich eingeschränkt sind, sieht es mit der Arbeit nicht zum besten aus. Hier muß umgehend Abhilfe geschaffen werden !

Die Beiträge der Studentenschaft sollen nämlich nicht etwa dazu dienen, einen bundesweiten Kampf-AStA zu schaffen, sondern mithelfen, deren Bedürfnisse zu erfüllen und zu vertreten.

Eine Zimmervermittlung kann zwar niemals wichtiger sein als Frieden - sollen doch die, welche anderer Meinung sind, eine Bunkervermittlung einführen - doch in Friedenszeiten sollte sich ein AStA im besonderen um die nicht ganz so weltbewegenden Probleme kümmern, die sich

sonst im Detail zur Unerträglichkeit aufsummieren.

In der Friedensfrage bezog der ehemalige rechte AStA eine völlig abweichende Stellung, nämlich gar keine. Es war überhaupt Tendenz, sich ja nirgends unbeliebt zu machen und bevor man etwas kritisches sagen sollte, lieber nichts zu sagen.

Die neugeschaffenen Referate für Frauen und Ausländer müssen sich noch bewähren. Der Wegfall des Presse- und Öffentlichkeitsreferates hat sich wohl als richtig herausgestellt, denn der linke AStA kommt auch ohne Pressereferenten oft genug in die Zeitung, manchmal öfter als er will.

Trotz guter Ansätze hat sich der linke AStA gegenüber seinen Vorgängern nur geringfügig verbessert. Zumindest die selbstgeschaffenen Hindernisse sollten jetzt aus dem Weg geräumt werden. Die Studenten erwarten gespannt die sinnvolle und hochschulbezogene Arbeit des linken AStA. Bisher hat die 'Politik von unten' nur Druck von oben gebracht !

Abschließend noch meine (persönliche und äußerst subjektive) Bewertung der Referate im direkten Vergleich :

Titus H.J. Simon

# Asten im SYSTEMVERGLEICH

LINKS

REFERATE im direkten VERGLEICH

RECHTS

liest leider seine eigenen Veröffentlichungen nicht gründlich genug, was einige Prozesse zur Folge hatte, außer übermäßiger Friedensarbeit keine Perspektive, zu wenig Behandlung studentennaher Themen

entfällt, die Arbeit wird vom AStA-Vorsitzenden mitgemacht

In beiden Fällen fähige Leute, die unter den zahlreichen Fehlern ihrer zahlreichen Vorgänger zu leiden haben

Ansatz gut, wir warten aber auf mehr als nur auf Feten, Kulturplenum gut

beschäftigt mit Lehrerausbildung, Juristenausbildungsreform, Wissenschaftsläden. Arbeit dringt kaum nach außen

gute Beziehungen zur Fachschaftenkonferenz (FK), wen wundert's, Koordination der Friedensarbeit der Fachschaften, Erstsemesterinfo enthielt grobe Fehlleistungen

neben dem bundesweiten Kampf, und einem Bafög-Führer, bzw. Flugblatt sollte da noch mehr sein, Sozialinfo fehlt

zufriedenstellende Arbeit, Ökologie-Ringvorlesung gut

Referent scheint nur Chile zu kennen

Arbeit findet statt, die Qualität derselben mögen die Frauen selbst entscheiden

Informationsbroschüre für Ausländer, Arbeit gut

läuft prima, hält den AStA in Fahrt

vom Rektor verboten, Referent aktiv, aber sehr einseitig

über die Hochschulpolitik hinausgehende Ziele einzelner Gruppen sind äußerst hinderlich für die AStA Arbeit

AStA-VORSITZENDER

PRESSE- &

ÖFFENTLICHKEITSREFERAT

FINANZREFERAT

KULTURREFERAT

HOCHSCHULREFERAT

FACHSCHAFTENREFERAT

SOZIALREFERAT

ÖKO & KOMMUNALREFERAT

ANTI-REPRESSIONSREFERAT

FRAUENREFERAT

AUSLÄNDERREFERAT

ORGANISATIONSREFERAT

FRIEDEN, INTERNATIONALE WISSENSCHAFT & BILDUNGSFINANZIERUNG

grundsätzliche ZUSAMMENARBEIT

netter Mensch, ließ sich aber zu sehr 'bearbeiten', es gelang nicht, den AStA richtig zu führen, Arbeit ergebnislos

Pressearbeit gut, Öffentlichkeitsarbeit über das Planungsstadium nicht hinausgekommen

siehe links

gute Veranstaltungen, das angekündigte Plenum fand leider nicht statt, Kulturkalender sollte mehr sein, als zusammengeschnittene Kino Programme

geistige Windstille, protzige Vorhaben, effektive Arbeit gleich Null

Außer dem Erstsemesterinfo (des Vorgängers) leider nicht viel, ein Flugblatt zur Vorstellung der eingerichteten Beschwerdestelle blieb man schuldig, Referent zu selten da

Referent im Examen, schon schlecht, Zimmervermittlung gut, über 150 Buden durch Wohnungsaktion, Broschüren nicht ausreichend überarbeitet, Arbeit hätte besser sein können

kein Kommentar zur eigenen Arbeit, höchstens, daß es noch mehr hätte sein können

Referentin im Examen, Hilfsreferent tat nichts, keine sinnvolle Arbeit

Eine Vertretung für Frauen & Ausländer wurde trotz gegenteiligem Beschluß im Koalitionspapier nicht eingerichtet, weil bei den rechten Gruppen der Wille dazu fehlte

war eine Katastrophe, Flugblätter nicht verteilt, Hörsaalmeldungen verschlampt oder doppelt vergeben, Verschwendung beim Materialeinkauf

von selbst aufgelöst, mangels Arbeit und Referent

Zusammenarbeit ließ zu wünschen übrig, Gruppeninteressen im Vordergrund, allgemeine Kritikunfähigkeit, schlechte Arbeitsmoral

# Es wird schon keinem auffallen...

Die Propaganda  
des RCDS  
baut auf die  
Vergesslichkeit  
der Studenten

Nehmen wir an, der RCDS wollte den Studenten erzählen, der AStA wasche Studenten das Gehirn. Dann könnte der RCDS schreiben: "Der AStA sperrt täglich 20 Studenten auf der Toilette ein, übergießt sie mit kaltem Wasser und liest ihnen zur Aufwärmung eine halbe Stunde lang Texte von Karl Marx vor." Die Aussage ist genau. Jeder könnte in den AStA gehen und sie nachprüfen. - Der RCDS könnte aber auch schreiben: "Gehirnwäsche! 10 Studenten nach AStA-Besuch der DKP beigetreten." Um die Glaubwürdigkeit dieses Satzes zu prüfen, brauchte der Leser weitere Informationen: Waren es wirklich zehn oder vielleicht nur einer? Wer sind diese zehn? Hängt der Besuch im AStA überhaupt mit dem Parteibeitritt zusammen? usw. Die Aussage "Gehirnwäsche" lebt von ihrer Ungenauigkeit. Ihre Glaubwürdigkeit sinkt mit wachsender Detailkenntnis des Lesers. - Die erste Methode ist absurd. Der RCDS würde sich lächerlich machen. Die zweite Methode begegnet uns täglich.

Keiner kann erwarten, daß Studenten die Zusammensetzung des Studentenparlaments oder die Verlautbarungen politischer Hochschulgruppen auswendig lernen. - Der RCDS spekuliert auf die Vergesslichkeit der Studenten.

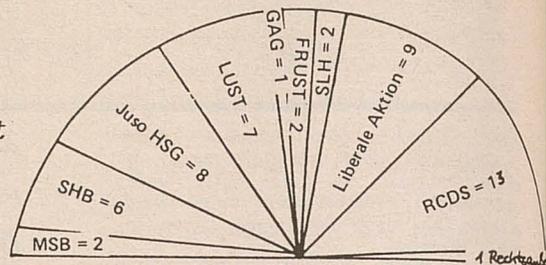
## Beispiel 1: Der erschlichene AStA

Auf einem Flugblatt vom 10. November schreibt der RCDS: "die Linksguppen haben sich mit einer U-Boot-Gruppe den AStA erschlichen". Der Autor möchte dem Leser vermitteln: Der linke AStA ist auf moralisch verwerfliche Art ins Amt gekommen, durch Täuschung, Bestechung oder Betrug; er ist illegitim.

Der Hergang war folgender: Bei der SP-Wahl im Januar 1983 hatte weder der rechte Block (25 Sitze) noch der linke Block (24 Sitze) die absolute Mehrheit der 51 Mandate gewinnen können. Beide Blöcke verhandelten mit "Frust" (2 Sitze) über eine Koalition. "Frust" entschied sich für die Rechten. Es gab Linke, die waren froh, nicht mit "Frust" koalitiert zu haben. Sie meinten, mit einer Gruppe, deren Programm mehr aus Benimm-Regeln für Abgeordnete als aus politischen Aussagen bestehe, könne man keine Politik machen. Andere Linke haben sich geärgert, aber sie konnten an der Entscheidung von "Frust" nichts ändern. Nach Auseinandersetzungen zwischen "Frust" und den drei anderen Bündnispartnern kündigte der AStA-Vorsitzende Alexander Pokorny vom SLH am 8. Juni die Koalition mit "Frust". RCDS und LA unterstützten das. Damit verlor der rechte AStA die Mehrheit im SP. Es lag nahe, daß die Linken in dieser Situation erneut mit "Frust" verhandeln würden. Da es unwahrscheinlich ist, daß die Rechten ihren AStA freiwillig aufgeben wollten, müssen wir annehmen, daß sie eine Einigung zwischen den Linken und "Frust" ausschlossen. Fünf Wochen später, am 12. Juli, wählte das SP mit 26 von 51 Stimmen Stefan Söldner-Rembold zum AStA-Vorsitzenden einer Koalition aus Jusos, LUST, SHB, MSB und GAG. "Frust" hatte sich entschlossen, einen linken Minderheits-AStA zu dulden. Eine Woche später reklamierte der RCDS einen Formfehler: der Name Söldner-Rembold war auf der Einladung zur SP-Sitzung am 12.7. nicht angegeben. Das widerspricht der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, die für Fälle gilt, die die

Geschäftsordnung des SP nicht regelt. Im SP war es bisher üblich, die Namen von AStA-Kandidaten erst unmittelbar vor der Wahl anzugeben; die rechten Gruppen waren bei der Wahl Pokornys genauso verfahren. Auf diese Gewohnheit beriefen sich die Linken. Pokorny klagte vor Gericht gegen die Wahl Söldner-Rembolds. Der Rektor der Uni schloß sich der Auffassung des RCDS an und setzte den AStA ab. Der AStA focht den Rektorspruch vor Gericht an und bekam Recht. Das Gericht bewertete die Entscheidung des SP höher als einen fraglichen Formfehler. - Der RCDS hatte die politische Situation falsch eingeschätzt.

Hätte der Autor des RCDS-Flugblattes seinen Lesern diese Einzelheiten vorgelegt, so hätte er nicht mehr schreiben können: "die Linksguppen haben sich den AStA erschlichen." Sein Fazit hätte etwa so lauten



müssen: "Der RCDS ärgert sich, weil er im Juni 1983 die politische Situation an der Bonner Uni falsch beurteilt hat." Der Leser würde vielleicht denken: Was für Dilettanten, die so leicht den AStA abgeben. Der Autor will aber, daß der Leser denkt: Die gutgläubigen Rechten sind von den linken Schuftens um den AStA betrogen worden. Statt konkret zu werden, schreibt der RCDS "mißglücktes Mißtrauensvotum" und "erschlichener AStA".

## Beispiel 2: Die Führer der Linken

Im SP-Wahlkampf 1983 bezeichnete der RCDS den AStA von 1982 als "gemäßigte AStA unter Führung des RCDS". Hinter dieser Aussage stand die Tatsache, daß von den 27 Abgeordneten der Koalitionsfraktionen 16 dem RCDS angehörten. Auf seinem Flugblatt vom 10. Oktober spricht der RCDS vom "Spartakus-geführten Linkskartell". Das ist lustig! Von 24 Mandaten der AStA-Koalition gehören dem MSB Spartakus 2. Der AStA trifft seine Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip; jede Gruppe hat soviele Stimmen wie Sitze im SP: die Jusos 8, die LUST 7, der SHB 6, der MSB Spartakus 2 und die GAG 1. Das schreibt der RCDS nicht. Dann müßte er nämlich erklären, wie die zweitkleinste Gruppe es schafft, den AStA zu führen: Kauft sie die Stimmen der anderen? Ist Magie im Spiel? Anstatt die Spartakus-Führung nachzuweisen, behauptet der RCDS sie einfach.

Ganz wohl scheint dem Verfasser trotzdem nicht zu sein, denn wenige Zeilen weiter ergänzt er: "Im AStA haben die Extremisten von Spartakus und SHB die Mehrheit." MSB Spartakus und SHB haben zusammen 8 Stimmen, Jusos, LUST und GAG 16. 8 ist gegenüber 16 die Mehrheit!

## Beispiel 3: Das untätige Kommunalreferat

Auf der SP-Sitzung vom 20. Oktober 1983 warf Herbert Müller (RCDS) dem AStA Untätigkeit vor. Als Beispiel nannte er das Referat für Ökologie und Kommunales. Müller sagte, das Referat habe zu wenig gegen Wohnungsnot und Fahrpreiserhöhung getan. Der Referent für Ökologie und Kommunales, Kalle Winter, antwortete, sein Referat habe Vermieter aufgerufen, preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen; es habe im Gespräch mit Oberbürgermeister Daniels (CDU) die Wohnungspolitik der Stadt kritisiert und Daniels gebeten, einen gemeinsamen Aufruf mit dem AStA herauszubringen, das habe Daniels abgelehnt; es habe nach einhalb Jahren das Ökologie- und Kommunalplenum wieder einberufen; auf der Tagung am 13. Oktober habe das Plenum über Wohnungspolitik diskutiert, die Lokalpresse habe darüber berichtet; das Referat habe gegen die Fahrpreiserhöhung protestiert, ohne allerdings etwas ausrichten zu können; auch darüber habe die Presse berichtet; das Referat habe seine Kritik

auch in der Stadtzeitung "De Schnüss" veröffentlicht. Weiter berichtete Kalle Winter, sein Referat habe ein "Alternatives Vorlesungsverzeichnis" herausgegeben, setze die Ökologie-Ringvorlesung fort und werde für Botenfahrten in der Innenstadt ein AStA-Fahrrad anschaffen.

Der RCDS sagt, das Referat sei untätig. Das müßte er konkretisieren. Verlangt er vom AStA eine Hausbesetzung als Protest gegen die Wohnungsnot? Die linken Fraktionen würden ihm sicher zustimmen!

Die Debatte im SP haben nur 10 Zuhörer mitbekommen. Am nächsten Tag veröffentlichte der RCDS ein Flugblatt. Es enthielt die Rede Müllers. Die Antwort von Kalle Winter erfuhr der Leser nicht. Würden die Studenten die Antwort des Referenten kennen, müßte Müller seine Vorwürfe präzisieren oder zurücknehmen.

Wie der AStA dem RCDS die Arbeit erleichtert

AStA-Mitarbeiter pflegen Flugblätter rechter Gruppen aufmerksam zu lesen. Sie bekämpfen zwar die Politik der Rechten, aber sie rechnen damit, daß der politische Gegner die Schwachpunkte des AStA zuerst aufgreift. Als Müller das Kommunalreferat angriff, haben sich linke Abgeord-

nete an den Kopf gefaßt. Sie dachten: Ausgerechnet das Kommunalreferat! Die Aussagen Müllers sind so glaubwürdig wie die Geschichte von der Gehirnwäsche. Wenn die Opposition so weitermacht, wird sie uns nichts anhaben können.

Ein AStA-Mitarbeiter mag das so sehen. Er hat die Informationen, die man braucht, um Müllers Aussagen zu beurteilen. Aber hat die der normale Student auch?

Der AStA sagt: Die meisten Studenten lehnen die Aufstellung von Pershing II und Cruise Missiles ab. Viele, die nicht zu den Stammwählern linker Gruppen gehören, verstehen, warum wir uns in der Friedensbewegung engagieren. Auch Christdemokraten sind in dieser Frage nachdenklich. Der RCDS läuft mit seinem harten Kurs ins Abseits. Die Prozesse gegen den AStA bringen uns weitere Sympathie. Rechte Hochschulgruppen stellen sich nicht offen hinter die Kläger, weil sie fürchten, sich unbeliebt zu machen. Ohne die Prozesse wäre es nicht gelungen, ein trockenes Thema wie das politische Mandat so populär zu machen. Friedenspolitik und politisches Mandat sind heiße Eisen; die müssen wir im Feuer halten.

Das ist richtig. Aber die Studenten verlangen mehr. Sie wollen, daß der AStA sein Programm verwirklicht. Um die Arbeit des AStA bewerten zu können,

müssen sie genau wissen, was er tut.

Ein Student könnte in den AStA gehen und die Referenten über ihre Arbeit befragen. Es gibt 13 Referenten. Für die Befragung brauchte der Kommilitone zwei Nachmittage. Das wäre eine Zumutung. Der AStA muß die Informationen von sich aus verbreiten.

Der RCDS hat ein Flugblatt herausgebracht, daß hauptsächlich aus leeren Zeilen besteht. Er will damit sagen: der AStA hat sich mit sieben studentischen Problemen nicht befaßt. Indem der AStA Informationen herausgibt, zwingt er den RCDS, die leeren Zeilen mit Begründungen zu füllen. Statt zu schreiben "Studentische Kulturarbeit ... verpennt" müßte er dem Kulturreferat die behaupteten Versäumnisse einzeln vorrechnen. Manche Zeilen würden leer bleiben oder der RCDS müßte sie mit Unsinn füllen wie der Behauptung, 8 sei mehr als 16. Konkretisierung kann Blamage bedeuten. Genauigkeit nützt dem AStA.

Informationen ermöglichen es den Studenten, Behauptungen mit Tatsachen zu vergleichen. Behält der AStA die Informationen für sich, so erlaubt er dem RCDS ins Allgemeine zu flüchten, er erleichtert der Opposition die Arbeit.

Mehr Information bedeutet mehr Demokratie.

Jan Baumeister

Anzeige

## FÜR STUDENTINNEN

### Ihr Damenfriseur

mit Kosmetikabteilung und Sonnenbank

Ganz in Ihrer Nähe:

**SALON HOFGARTEN**

Karin Bogen

Adenauerallee 25

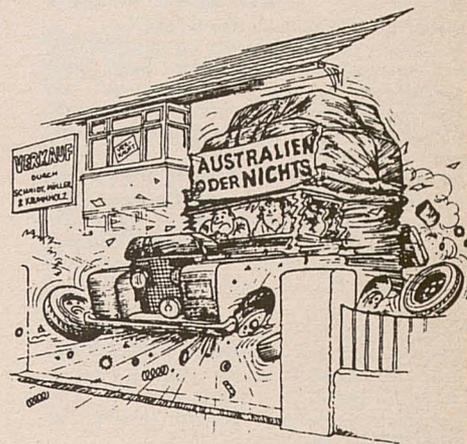
5300 Bonn 1

Telefon 0228/223620

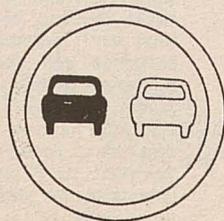
Dienstag und Mittwoch

**Sonderpreise**

**Waschen, Schneiden, Föhnen 20 -25 DM**



Sie TUN gut daran, Ihr Fahrzeug vor der Reise genau zu prüfen.



Ihr linkes Auge ist stärker als das rechte

## Bonner Studenten Fahrschule

Münsterstraße 17 · 53 Bonn 1 · Telefon 63 41 88

### Anmeldung und Auskunft:

Montag und Mittwoch von 17.00 bis 18.30 Uhr  
 Freitag von 9.30 bis 11.00 Uhr  
 Unterricht Mittwoch von 18.30 bis 20.00 Uhr

# Arme Studenten

## STUDENTENVERTRETUNG IN DER KRISE

Wie sich kaum noch verleugnen läßt, ist die Verfaßte Studentenschaft (Selbstverwaltung der Studenten) in Bonn in eine schwere Krise geraten. Der Streit zwischen Rechts und Links beschäftigt schon eine Anzahl von Anwälten und Gerichten, während die Belange der Studenten auf der Strecke zu drohen bleiben.

Daß es in den letzten Jahren oft an sachkompetenten AStA-Referenten gemangelt hat, ist eine Tatsache, die ernsthaft von niemanden mehr bestritten wird. Zur Krise hat sich dies erst entwickelt, als Anfang dieses Jahres zwischen Rechts und Links sich keine klaren Mehrheiten herauskristallisieren konnten. Jetzt war es schwerer, Unzulänglichkeiten auf der eigenen Seite zu vertuschen, ja mehr noch, durch den Ärger untereinander kamen auch die Fehlgriffe früherer rechter und linker ASten ans Licht der Öffentlichkeit.

So weit, so gut, da dies ja im Interesse des studentischen Wahlvolkes liegt. Doch während für die meisten der Satz gilt, daß man aus Fehlern klug wird, scheint nicht für alle Bonner Hochschulgruppen zu gelten.

Nachdem sich der alte rechte AStA, teils aus eigenem Unvermögen, teils aus mangelnder Kompromißbereitschaft selber aufgegeben hatte, sahen die linken Gruppen ihre Stunde gekommen, um die Geschicke der Bonner Studentenschaft in die Hand zu nehmen.

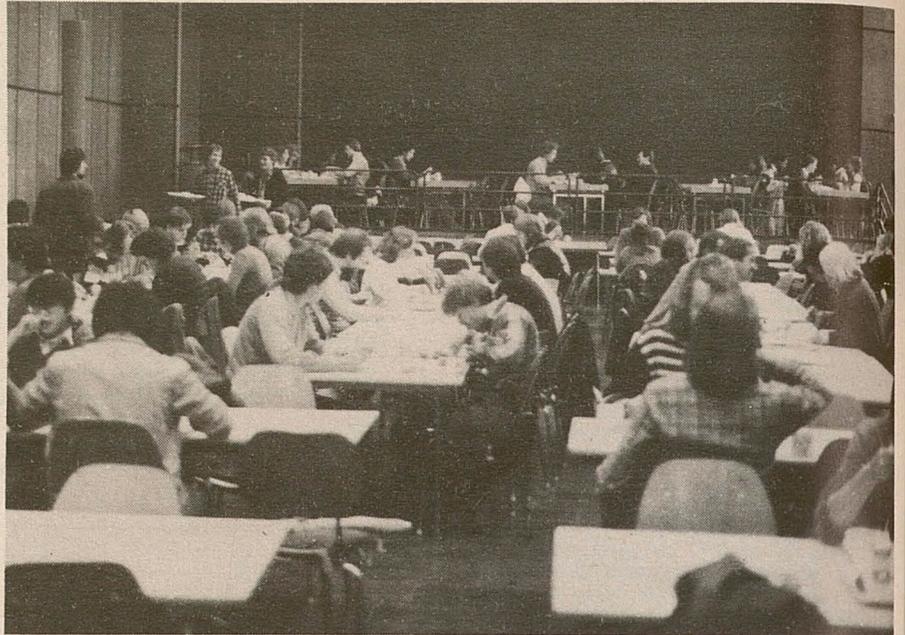
Dieser Minderheiten-AStA, der gezwungen ist, bei allen wichtigen Entscheidungen sich Rückendeckung im Studentenparlament zu holen, ist somit von Anfang an auf Kompromißbereitschaft durch die Opposition angewiesen.

Dies ist zum Beispiel beim neuen Haushalt klar geworden, wo man auf linker Seite gerne 50.000 DM für die Friedensarbeit ausgegeben hätte, aber im Parlament unter 10.000 DM geblieben ist.

Doch schon kurz nach Verabschiedung des Haushaltes und Wahl des neuen AStAs haben die nun reichlich bekannten Streitereien vor Gericht begonnen. Peinlich für alle Prozeßbeteiligten ist, daß Niederlagen der eigenen Seite, als Bevorteilung der anderen Seite durch die Richter interpretiert wurde. Das in Deutschland jedes Gericht frei von äußeren Einflüssen seine Entscheidungen fällt, wollen die Herren Funktionäre von rechts, wie links nicht sehen.

Aber so weit, so schlecht. Tatsache ist, daß in den Semesterferien an Studentenvertretung so gut wie nichts gelaufen ist, weil man sich zu sehr mit existenziellen Fragen beschäftigen mußte.

Seit September nun hat sich der AStA so richtig in der Friedensbewegung engagiert. Wie es dem linken Selbstverständnis und wohl auch dem ihrer Wähler entspricht, gibt es bei ihnen keine Trennung zwischen studentischem und allgemeinpolitischem Mandat. Dies ruft natürlich die konservativen Kreise an unserer Uni auf den Plan, die in der Friedensbewegung eh nur eine Unterstützerguppe Moskaus sehen. Da diese Kreise im Studentenparlament über



keine Mehrheit verfügen (SLH und Frust vertreten die Ansicht, daß Studentenvertreter ihre Leute auch politisch vertreten sollen, solange dies nicht einseitig geschieht), verlagert man sich im Moment auf den gerichtlichen Klageweg, der dann auch schon erfolgreich beschritten worden ist.

Statt nun die Sache auf sich beruhen zu lassen und sich den Hauptproblemen zu zuwenden, ergeht sich der AStA momentan in Dokumentationen und Diskussionen zum Thema allgemeinpolitisches Mandat der Studentenschaft.

Dies mag zwar gewiß für das Selbstverständnis der Linken äußerst wichtig sein, bringt dem normalen Studenten jedoch gar nichts. Wo bleibt denn der Kampf gegen die ungerechten BAFÖG-Änderungen, gegen die man man im letzten Wahlkampf noch so wetterte (Mit Recht, natürlich)? Warum tut sich so gut wie nichts bei der

Bekämpfung der Stellenstreichungen an der Uni, die ein geordnetes Studium immer schwerer machen? Oder was beabsichtigt der AStA gegen die drohende Pleite des chemischen Institutes zu tun? Auch die Mensaschlagen, so banal das klingt, werden auch immer länger, wobei die Qualität des Essens manchmal sehr zu wünschen läßt.

Diese und natürlich auch andere Mängel sind wohl im Moment für viele Bonner Studenten akute Probleme. Friedensarbeit, so wichtig sie auch ist, hat nun in der Bevölkerung eine millionenstarke Basis, sodaß es sich der Bonner AStA getrost leisten kann, hier etwas zurückzustecken und die oben angesprochenen heißen Eisen anzupacken.

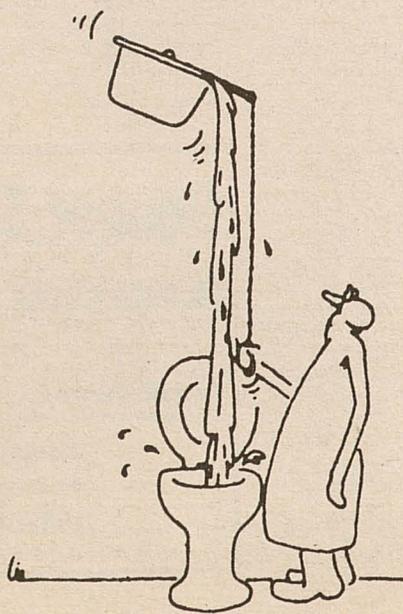
Denn von dem Heck Meck mit den Rechten, daß unsere Kommilitonen von links in den letzten Wochen fast nur noch beschäftigt hat, haben die Bonner Studenten nun wirklich genug.

**Fazit:** Wenn es dem linken AStA bis Januar nicht gelingt, durch Aktivitäten im direkten Studentenwirkungsbereich positiv von sich reden zu machen, wird ihn wohl das gleiche Schicksal ereilen, wie vor 2 Jahren, als er bekanntlich durchs Wähler-votum abgelöst worden ist.

Vor die Wahl zwischen zwei gleich schlechten Übel gestellt, fragt sich der einfache Student, ob es überhaupt noch einen Sinn hat, wählen zu gehen. Dies kommt natürlich den extremen Gruppen im Studentenparlament entgegen, da sie sich auf jeden Fall auf ihre Stammwählerschaft verlassen können.

Was dem Studenten dann wirklich noch verbleibt ist Frust. (Womit natürlich nicht unbedingt die gleichnamige Hochschulgruppe gemeint ist.)

Bernd Hölzenbein



# Sexismus und Militarismus



Wir möchten hier die Zusammenhänge zwischen Sexismus und Militarismus darstellen und unsere Betroffenheit als Studentinnen verdeutlichen. Dies scheint uns um so notwendiger, da Angriffe des Rektors und gerichtliche Schritte in dieser Auseinandersetzung uns verurteilen wollen.

Sexismus ist das Überlegenheitsgefühl aufgrund von Geschlecht als Ausdruck von Verachtung, Erniedrigung und Unterdrückung von Frauen.

Militarismus drückt sich aus im Streben nach Überlegenheit und Macht unter Ausnutzung militärischer Prinzipien wie hierarchische Strukturen, Obrigkeitgläubigkeit, dem Weitergeben von Druck, politische Kompromißlosigkeit.

Der Militarismus orientiert sich an einem Männerbild, welches mutig, tapfer, hart, kühn und kameradschaftlich gezeichnet ist.

Und was hält denn nun so ein Mann von Frauen?

Zitate aus der Bundeswehrsprache: "NATO-Pritsche, Hackbraten, Laternenmamsel, Samensilo, Ifg = leicht fickbarer Gegenstand, Asperinstute (Krankenschwester), Lebers Charmebrigade (weibliche Sanitätsoffiziere), etc."

Oder bei Waffen, schließlich ist das

Gewehr die Braut des Soldaten: Bezeichnungen wie Anna, Berta, Elli, Emma, "Atom-Anni" und "Gas-Mary" wird eine ABC-Schutzmaske genannt und "Mary-Fick" ist eine Übung mit ABC-Schutzmaske.

An weiteren waffentechnologischen Sprachgewohnheiten - die Waffen sind zuverlässig, ständig verfügbar und einsatzbereit - wird deutlich, wie stark Sexismus im militärischen Denken verankert ist. (Vergleiche z.B. den Rheinmetall-Report 2/83) Die Vermenschlichung der Waffen durch sogenannte "weibliche Attribute" besagt unweigerlich, daß der Militarismus den Sexismus - nämlich die Erniedrigung und Unterdrückung von Frauen - beinhaltet. Die Selbstverständlichkeit dieses Bewußtseins findet seinen Ausdruck im Kriegszustand im "Recht" des Siegers, sich über die Frauen des besiegten Volkes herzumachen, sie als Beute und damit als Vergewaltigungsobjekte zu betrachten. Das passiert im Krieg.

Wir befinden uns im Frieden! Für uns heißt das heute: 30 Jahre "Frieden" und alle 3 Minuten eine Vergewaltigung! Ist das nicht eher ein Kriegszustand? Sollten wir deshalb gegen Vergewaltiger mit der Aufrüstung beginnen? Für uns Studentinnen kann das alles anscheinend sowieso nicht gelten, da das Thema Krieg/Frieden nach Gerichtsurteil und Rektormeinung außerhalb studentischer Interessen liegen soll.

Doch das Wissen um diese Zusammenhänge 24 Stunden am Tag zu haben und für 6 Stunden an der Hochschule auszuklammern, ist unmöglich, zumal wir auch dort durch sexistische Strukturen ständig betroffen sind. Manche Professoren würden Studienanfängerinnen am liebsten sofort nach Hause schicken, da sie ja gerade im gebärfähigen Alter sind und ihre Zeit an der Hochschule somit nur verschwendet. In der Medizin werden Prüfungen abgehalten, in denen Frauen aufgrund schwererer Prüfungsfragen durchfallen - als Frau muß frau eben besser sein, um gut zu sein.

Und selbst Frauen, von denen frau glaubt, sie hätten es "geschafft", z.B. Schriftstellerinnen, werden geflissentlich totgeschwiegen.

Der Lehrkörper setzt sich eben vorwiegend aus Männern zusammen.

Gegenüber 38 % der Studentenschaft stellen wir Frauen dann noch 3 % der Professorenenschaft!

Die wenigen Professorinnen, Dozentinnen, die es gibt, sind entweder keine richtigen Frauen oder keine ernstzunehmenden Wissenschaftlerinnen.

Diese beiden Eigenschaften schließen sich nämlich in den Augen der meisten Männer aus.

Jeder Frau muß bewußt werden, daß Benachteiligung und Diskriminierung kein persönliches Versagen sind, sondern Mittel und Voraussetzung für Männer, um ihre eigene Rolle als Machthaber auf persönlicher und staatlicher Ebene zu sichern. Virginia Woolfe: "Frauen haben über Jahrhunderte hinweg als Spiegel gedient mit magischer und köstlicher Kraft, das Bild des Mannes in doppelter Größe wiederzugeben. Spiegel sind für alle gewalttätigen und heroischen Handlungen unentbehrlich."

Frauen, wir müssen uns klarmachen, was das heißt: UNENTBEHRLICH!

Genauso wie es für den Krieg unentbehrlich ist, daß Frauen durch ihre Rolle als Spiegel die Machtstrukturen sichern, genauso ist es für den Frieden unentbehrlich, daß wir Frauen uns diese Rolle nicht mehr aufdrängen lassen. In allen unseren Lebensbereichen sind wir politisch Handelnde und daher müssen wir uns ein Bewußtsein schaffen, welches die uns zugeleitete und stabilisierende Rolle aufdeckt und letztlich den Männern Unterdrückung und Krieg unmöglich macht.

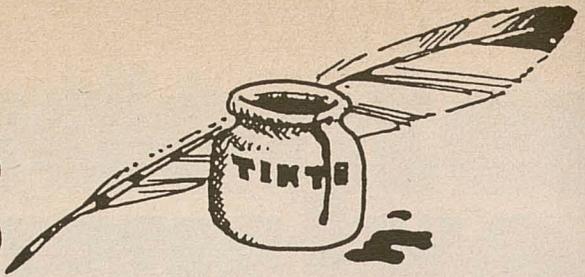
Eine inhaltliche und uns Frauen unmittelbar betreffende Auseinandersetzung mit den oben genannten Zusammenhängen!

Wir fordern:

Die Umsetzung in konkrete friedenspolitische Arbeit in den Seminaren, Fachbereichen und dem Allgemeinen Studentenausschuß (AStA)!



## frauenreferat



## Die Nase am Boden

Von Amateuren hergestellt, von der Obrigkeit häufig angeschossen, haben Jugendzeitungen einen schweren Stand. Die Arbeitsgemeinschaft Junge Presse (AG JP) versucht, den Problemen dieses Sektors der alternativen Presse beizukommen: durch Qualifikation der Redakteure und mit Solidaritätsaktionen bei Zensur. Inzwischen beginnt die AG JP auch an der Bonner Uni Fuß zu fassen. Indem wir die Arbeit der AG JP vorstellen, möchten wir auch zur Mitarbeit einladen.

An einen Scherz glaubten die Schüler des Gymnasiums Königswinter und des Ernst-Kalkuhl-Gymnasiums in Oberkassel, als am 1. April 1981 Dutzende von Polizisten ihre Klassenräume stürmten. Aber die Grünen meinten es ernst. Sie suchten nach dem "(S)extra - Dokumentation über den Zensurfall 'Roter Fritz'" und nahmen es den Schülern ab. Auch die Herausgeber, fünf Mitglieder des Bezirksvorstandes der AG JP Bonn, bekamen an diesem Tag Besuch. Staatsanwalt Irsfeld hatte die Beamten des Sittendezernates ausgeschiedet, die gesamte Auflage des "(S)extra" - 20.000 Exemplare - zu beschlagnahmen. Die Schrift enthielt u.a. drei Berichte von Jugendlichen über ihre sexuellen Erfahrungen. Die AG JP Bonn hatte sie verbreitet, um ihren Kolleginnen vom "Roten Fritz", Schülerzeitung des Friedrich-Ebert-Gymnasiums, zur Seite zu stehen, die man ob derselben Artikel wegen Pornographie angezeigt hatte.

Die Arbeitsgemeinschaft Junge Presse Nordrhein-Westfalen ist ein Zusammenschluß von 480 Schüler-, Studenten-, Jugendzentrums-, Partei-, Gewerkschafts- und Verbandsjugendzeitungen, dem jede Redaktion beitreten kann, die keine kommerziellen Ziele verfolgt und keine faschistischen Inhalte verbreitet. Die AG JP NW gehört der Deutschen Jugendpresse e.V. (DJP) an, der 1952 gegründeten bundesweiten Selbstorganisation der Jugendpresse. Der Bezirk Bonn der AG JP, der zugleich den Rhein-Sieg-Kreis betreut, hat z.Zt. 41 Mitglieder.

### Die diskrete Art der Repression

Jugendzeitungen bieten den Redakteuren, aber auch stärker als jedes andere Medium ihren Lesern die Möglichkeit, ihre Meinung frei zu äußern und Themen aufzugreifen, die sie persönlich interessieren. Ihre Nähe zum Leser und die Ausrichtung auf eine bestimmtes, relativ kleines Zielgebiet (Schule, Fachbereich, Jugendzentrum, Stadtteil) gestatten es ihnen zudem, über Ereignisse zu berichten, die für die örtliche Tageszeitung zu "klein" sind oder aus anderen Gründen verschwiegen werden. Sie reagieren schneller als der kommerzielle Medienwald auf Bewegungen in der Umgebung und den Köpfen ihrer Leser. Weil sie ihr e Nase so dicht am Boden haben, sind Jugendzeitungen manchem Schulleiter, Kommunalpolitiker oder Staatsanwalt ein Dorn im Auge - die meisten Fiesheiten geschehen ja im Alltag.

41 zensurartige Eingriffe registrierte das Anti-Zensurreferat der AG JP NW im letzten Jahr allein in NRW. Zwar findet laut Grundgesetz "eine Zensur nicht statt", aber es gibt viele Wege, sie trotzdem durchzuführen, oft in Form nachträglicher Sanktionen, die dann für später die Schere im Kopf der Redakteure installieren. Die Repressalien reichen von "guten Ratschlägen" und Drohungen über Notenverschlechterung, Vertriebsverbot und Rauswurf aus der Schule bis zu polizeilicher Beschlagnahme und Strafverfahren. Schülerzeitungen, deren Freiheit durch Erlasse der Kultusbehörden stark eingeschränkt ist, sind am häufigsten von diesen Maßnahmen betroffen. Die Erlasse verpflichten sie auf den "Bildungs- und Erziehungsauftrag" der Schule, eine Formulierung, mit der sich fast jede Zensurmaßnahme begründen läßt.

Spitzenreiter in der Hitparade zensurträchtiger Themen sind Kritik an Staats- und Gesellschaftsordnung der BRD, Sexualität, Religionskritik und in letzter Zeit verstärkt Frieden. In allen Bundesländern außer NRW und Hessen unterliegen Schülerzeitungen der Vorzensur durch den Schulleiter! Aber auch andere Jugendzeitungen bleiben nicht verschont. Nach einer Umfrage der DJP waren 85 % ihrer Mitglieder schon einmal mit Zensur in irgendeiner Form konfrontiert.

Der Kampf gegen Zensur bildet einen ständigen Arbeitsschwerpunkt der AG JP. Sie unterstützt Kollegen im Einzelfall mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit. Berichte in überregionaler Presse und Rundfunk sind dem einen oder anderen Zensor dann doch peinlich. Auf politischem Wege bemüht sich der Verband u.a. um die Rücknahme der Sonderauflagen für Schülerzeitungen.

### Poplge. der pädant

ZEITUNG VOR SCHULEN FÜR SCHÜLER!!!  
0,50 DM LERNHILFE VIE GELERNDET!!!

APRIL 83.

## TABULARASA

SCHÜLERZEITUNG FÜR DAS SCHÜLERZENTRUM  
Tönnenbüsch 20815

### GÖTTERBOUE

...unabhängig-parteilich Preis: -20 DM  
Hrg. 2 Ausgabe: 4

Nr. 110 / Jg. 11 · November 1983

# Ik

liberale  
Korrespondenz

# Fiasco

Nr. XXVII

### Hilfestellung für den grauen Alltag

Nicht nur Eingriffe von außen können den Fortbestand einer Jugendzeitung bedrohen. Fluktuation der Mitarbeiter, mangelnde Grundkenntnisse, Finanzschwäche bereiten vielen Blättern ein frühes Ende. Mit einem umfangreichen Service-Angebot will die AG JP ihren Mitgliedern den Redaktionsalltag erleichtern. Der Landesverband veranstaltet in dichter Folge Seminare zur Grundqualifikation und zu politischen und sozialen Themen, gibt Broschüren zu Layout, Recherche und Presserecht heraus und fördert mit Konferenzen und einem regelmäßigen Bezirks-Info den Erfahrungsaustausch seiner Bezirke. Für einen Jahresbeitrag von 36 DM erhalten die Redaktionen außerdem das "Extra", Organ des Landesverbandes, sowie die Publikationen der DJP: das Jugendpresse-Magazin "Spitze Feder" und die DJP-Jugendpresse-Materialien, die Hintergrundinformationen, Interviews, Recherche-Hinweise zu je einem Thema enthalten (Rüstungsexport, Jugendarbeitslosigkeit, ...). Die DJP führt auch zentrale Seminare durch und stellt Presseausweise aus, die dem Redakteur den Zugang zu mancher Veranstaltung erleichtern und verbilligen. Die Bezirke schließlich ergänzen das Seminarangebot der überregionalen Verbände, führen Pressekonferenzen und -feste durch, besuchen Redaktionen und erhalten den persönlichen Kontakt aufrecht. In Bonn sorgt der "Rundbrief" für ständigen Informationsaustausch zwischen den Redaktionen.

Ihr Selbstverständnis unterscheidet die DJP - neben ihrer Mitgliederzahl - von den zahlreichen anderen Jugendpresseverbänden in der BRD. Will die DJP Jugendzeitungen als demokratische Institution erhalten, so geht es den übrigen Verbänden mehr um das Fortkommen des einzelnen. Folglich kennen diese Organisationen, mit einer Ausnahme in NRW, keine Redaktions-, sondern nur Einzelmitgliedschaft. Bisweilen verbinden sich Verbandsaktivität und Geschäftsinteresse ihrer Funktionäre. Alle Verbände mit Ausnahme der DJP werden von Jung-Unionisten dominiert, die dafür im politischen Spektrum der DJP fehlen.

### Verankerung in der Uni

Seit einem Jahr versucht die AG JP Bonn auch an der Uni Fuß zu fassen. An nahezu jedem Fachbereich der Bonner Uni existiert eine Fachschaftszeitung. Einige oppositionelle Fachbereichsgruppen geben eigene Blätter heraus. Sie sind zum einen Organ des Fachschaftsrates bzw. der herausgebenden Gruppe, zum anderen Forum zur Diskussion von Fach- und Studienproblemen und auch für politische Äußerungen. Die Qualität der Fachschaftszeitungen leidet oft darunter, daß der fachschaftsrat sie quasi nebenbei herstellt, ohne Konzept und ohne besonderen Ehrgeiz. Einige hingegen haben eine selbständige Redaktion und langjährige Tradition, wie etwa das "Med-Info" der Mediziner, das seit zehn Jahren Entwicklungen in Medizin und Gesundheitswesen kritisch betrachtet, Fachliteratur rezensiert und vom Venusberg kaum mehr wegzudenken ist.

Im Vergleich zu Schülerzeitungen sind Studentenzeitungen relativ selten von Zensurmaßnahmen betroffen. Für die acht Redaktionen aus der Bonner Uni, die sich inzwischen der AG JP angeschlossen haben (darunter auch "Akut"), standen Interesse an den Service-Leistungen des Verbandes und Solidarität mit bedrängten Kollegen im Vordergrund.

### Politische Perspektive

Die Mitarbeit in der AG JP läßt sich allerdings auch politisch begründen. Dazu ein Zitat aus dem Organ der AG JP Bonn. Die Aussagen gelten für die gesamte "Alternativ"-Presse:

#### Die wichtigsten Informationsquellen

"Zur Meinungsbildung, die Voraussetzung für zielstrebiges politisches Handeln ist, stehen zwei Hauptinformationsquellen zur Verfügung: persönliche Erfahrung und Massenmedien, wobei im Konfliktfall meist die Erfahrung größeres Gewicht hat. Sie beeinflusst maßgeblich die Einstellung zu Problemen des täglichen Lebens. Wessen Miene steigt, der schenkt einer Zeitungsinformation, daß die Mieten sinken, keinen Glauben. Für politische und soziale Zusammenhänge fällt diese Quelle jedoch weitgehend aus. Hier besitzen die Massenmedien nahezu Monopol.

Rundfunk, Fernsehen und Presse in der Bundesrepublik Deutschland bieten ein relativ einheitliches Erklärungssystem an. Sie stimmen darin überein, die Besitz- und Machtverhältnisse nicht grundsätzlich in Frage zu stellen. Auf dieser Grundlage sind dann konservative, liberale, sozialdemokratische Interpretationen erlaubt. Diesem Grundkonsens unterliegen auch Kultur- und Unterhaltungsprogramm. Sie orientieren sich an Lebensweise, Bedürfnissen und Weltbild der sog. Mittelschicht. Auch die oberen Zehntausend kommen z.B. in Spielfilmen viel öfter vor als in Wirklichkeit. Wer sein Bild von der BRD aus den Medien beziehen wollte, müßte glauben, das Gros der Westdeutschen lebte in Acht-Zimmer-Wohnungen und Einfamilienhäusern gehobener Ausstattung. Bei Inländern korrigiert die tägliche Erfahrung das Bild.

### Warum sie uns fürchten

Die kommerzielle Presse schließt aus wirtschaftlichem Interesse Systemkritik aus: der Verleger ist in erster Linie Unternehmer. Er wird den Teufel tun, Leute zu Wort kommen zu lassen, die die Gesellschaftsordnung, in der er seine Geschäfte macht, in Frage stellen. Eigene sozialistische Blätter sind zwar möglich, aber nicht konkurrenzfähig: welches Unternehmen inseriert dort schon? An der Gesamtauflage der westdeutschen Tagespresse haben die drei linken Blätter (TAZ, UZ, Wahrheit) einen Anteil von ca. 0,4 %. In Funk und Fernsehen garantiert die Besetzung der Entscheidungsgremien, daß kein "falscher" Beitrag über den Sender geht.

Abstrakte Theorie findet in der Bevölkerung keine Resonanz. Je mehr eine Erläuterung politischer Zusammenhänge mit der Alltagserfahrung der Leser bzw. Hörer übereinstimmt, desto höher ihre Glaubwürdigkeit. Auch die manipulierende Wirkung bürgerlicher Massenblätter endet an täglich zu beobachtenden Vorgängen: wenn die Schlangen vor den Arbeitsämtern länger werden, glaubt kein Betroffener der Bild-Zeitung, daß die Arbeitslosigkeit abnimmt. Darum versuchen die bürgerlichen Zeitungen, die Wahrnehmungen ihrer Leser so in einen Zusammenhang zu bringen, daß sie das Weltbild ihrer Herausgeber zu bestätigen scheinen.

Hier liegt die Chance für oppositionelle Zeitungen: wenn ihre Erklärungen des Alltags der Bevölkerung zwingender sind als die bürgerlichen, gefährden sie trotz geringer Auflage das offizielle Weltbild. Das erklärt auch die Nervosität der Leute, die die Medien kontrollieren, gegenüber systemkritischen Äußerungen (wagt es etwa ein Rundfunkjournalist, in Bezug auf die BRD von Kapitalismus oder Klassenherrschaft zu sprechen, kann er seine Koffer packen!)"

(aus: AG JP B-Rundbrief, 15.3.83, S. 9)

Jugendzeitungen haben nicht nur eine Funktion als Gegenmedien: ihre Mitarbeiter sind meist auch anderweitig aktiv oder werden es nach ihrem Ausscheiden aus der Redaktion. In Jugendzeitungen sammeln sich stärker als z.B. in Schülervertretungen politisch Interessierte Jugendliche. Die AG JP ist eine der wenigen Organisationen, in denen Studenten und Schüler zusammenarbeiten. Das eröffnet Perspektiven, sofern die AG JP ihre Möglichkeiten bewußt wahrnimmt.

Jan Baumeister

Der Artikel, um den es geht:  
**THEMA: SEXUALER ERFAHRUNGSBERICHTE AN SCHULERN**  
**AGJPB(S)EXTRA**  
 Nachw. Der Vorgang: Dargestellt von der Redaktion des "Roten Fritz" 'z-Welle'  
 Wir brauchen um die Sex... uns fast bei un... chen... ter...  
 In diesem...  
 Die AG JP Bonn plant ab Dezember eine Umstrukturierung. Für jeden Arbeitsbereich (bisher: Bildung, Veranstaltungen, Rundbrief, Öffentlichkeitsarbeit, Finanzen, Verbandsinternes, Anzeigenring) soll statt eines einzelnen eine Arbeitsgruppe zuständig sein. Dazu brauchen wir Leute. Wer Interesse hat, wende sich an "Akut" (mittags zwischen 12 und 14 Uhr auf der AstA-Etage, tel. 73 70 40).

General-Anzeiger  
**OSNABRÜCKER ZEITUNG**  
**RHEINISCHE POST**  
 Zippische Landes-Zeitung  
 Schrottmüller Botte  
**Neue Westfälische**  
 BERLINER MORGENPOST  
**WESTALEN-BLATT WAZ**  
 hannoversche Allgemeine  
**SÜDKURIER**  
**Stuttgarter Allgemeine**  
**DER TAGESSPIEGEL**  
**Göllinger Tageblatt**  
**DIE WELT**  
**STUTTGARTER NACHRICHTEN**  
 RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

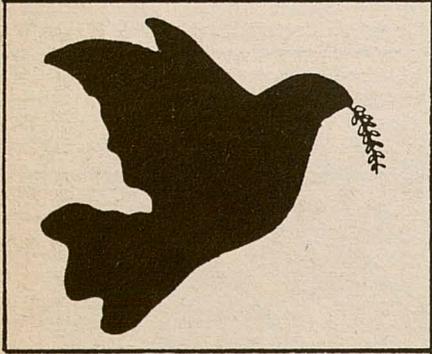
# VON DER FRIEDENS- ZUR KONFRONTATIONS- FORSCHUNG?

## DIE LIQUIDATION DER DGFK UND WAS DAHINTERSTECKT

Eher lautlos schloß sich in den letzten Monaten auf der Bonner Bühne ein weiteres Kapitel "friedenspolitischer Wende" der endlich zu den Schalthebeln der Macht gelangten Reaktionäre der Bonner Rechtskoalition, das auch grundlegende Umorientierungen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik signalisiert: Im reibungslosen Zusammenspiel von Forschungsminister Riesenhuber und Bildungsministerin Wilms vollzog die Bundesregierung, seit langem vorbereitet, die Liquidation der angesehenen und seit Jahren von der CDU/CSU diffamierten "Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung" (DGFK). Nur ein administrativer Akt?

Die Friedensforschung kam mehr und mehr auf seit dem Abklingen des Kalten Krieges und dem Scheitern der amerikanisch forcierten "roll-back"-Politik der Stärke sowie dem atomaren Patt zwischen USA und Sowjetunion und damit dem Scheitern revanchistischer deutscher Wiedervereinigungshoffnungen. Sie muß somit als Ausdruck der in der zweiten Hälfte der 50er Jahre erwiesenen Stärke des internationalen sozialistischen Systems angesehen werden und der daraufhin einsetzenden Krisen-, Anpassungs- und Differenzierungsprozesse der westlichen kapitalistischen Staaten begriffen werden.

Dieser Krisenprozeß äußerte sich ebenfalls in der Auseinandersetzung um die Ausweitung des Vietnam-Krieges und um die Zuspitzung der systemeigenen Widersprüche in den westlichen Staaten, deren Legitimationsdecke zwischen Rezession und erstarrender Protestbewegung deutlich geringer wurde. In einer Welt, in der das westliche, unter der Hegemonie der USA vereinheitlichte Lager zu ständigen innenwie außenpolitischen Anpassungsmaßnahmen gezwungen war, mußte natürlich auch für diese Staaten im Einzelnen eine realistische Analyse der ökonomischen und politischen Notwendigkeiten als überlebensnotwendig eingeschätzt werden. Selbstmörderischen, national wie international konfrontativen Abenteuern war daher aus dem Wege zu gehen, um das eigene System nicht mit zu großen Risiken einer auch ökonomisch nicht mehr durchzuhaltenden Konfrontationspolitik zu belasten.

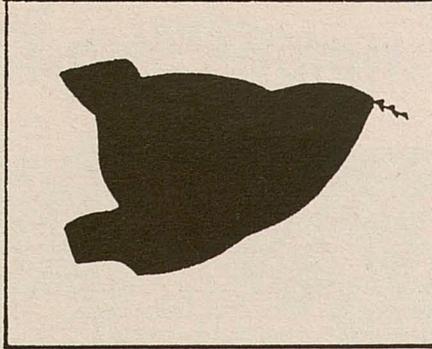


Ein systemstabilisierender Faktor

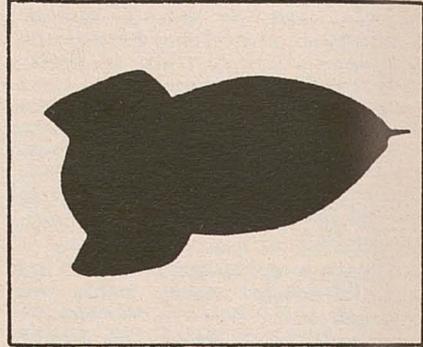
Friedensforschung hat diese Problematik erstmals als Ausgangspunkt wissenschaftlicher Fragestellungen akzeptiert, sich in den Dienst von Entspannungspolitik gestellt

und so auch dazu beigetragen, Konflikte und Widersprüche der westlichen Industrieländer und des internationalen Systems überhaupt zu benennen. Der damit deutlich gewordene Zusammenhang zwischen wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung, in dem sich beweist, daß die jeweiligen Fragestellungen in der Wissenschaft wesentlich von den Problemfeldern praktischer Politik abhängen und nicht lediglich Ausdruck individueller Forschungspsychen sind, ist wichtig für die Beurteilung der nunmehr beschlossenen Liquidation der Friedensforschung.

Von den skizzierten Problemlagen der internationalen Beziehungen wird verständ-



lich, daß sich auch auf bürgerlicher Seite die Notwendigkeit der Friedensforschung als "Überlebensbedingung des technischen Zeitalters" (C.F.v. Weizsäcker) darstellte, welche, so v. Weizsäcker weiter, nur die Alternativen des Weltfriedens oder des kollektiven Selbstmordes kenne. Keine neue Erkenntnis etwa der gegenwärtigen Friedensbewegung, hatte doch v. Weizsäcker schon in seiner 1971 erschienenen Studie "Kriegsfolgen und Kriegsverhütung" die vernichtenden Folgen eines in Europa geführten Atomkriegs beschrieben und vor der Beibehaltung der derzeit immer noch gültigen Abschreckungsdoktrin gewarnt. Diese Gedanken wurden sowohl vom ehemaligen Bundespräsidenten Heinemann als auch vom damaligen Bundeskanzler Brandt und DGB-Chef Vetter aufgenommen, die in Ansprachen zum Antikriegstag und in der Regierungserklärung 1969 die Notwendigkeit dieser Forschungsrichtung herausstellten und sich für ihre Institutionalisierung stark machten. Organisierte Friedensforschung in der Bundesrepublik ist also ein Kind der Ent-



spannungspolitik, sie bleibt ein Gradmesser für die Wandlung internationaler Kräfteverhältnisse und Entwicklungstendenzen in der Globalstrategie. Zugleich ist sie ein Ausdruck sozialdemokratischer Illusionen über einen wissenschaftlich vorzubereitenden, politisch zu realisierenden möglichen Wandel der gesellschaftlichen Strukturen der Ostblock-Staaten nach dem Konzept, das Egon Bahr in seiner berühmten Rede "Wandel durch Annäherung" 1963 in der Akademie Tutzing gekennzeichnet hatte.

Positiv zu bilanzieren bleibt, daß Friedensforschung die friedliche Koexistenz, deren Bedingungen und Restriktionen wissenschaftlich zu erkunden seien, in den Mittelpunkt ihres Wirkens stellte, getreu der politischen Vorgabe Henry Kissingers, daß die Notwendigkeit der Bestandehaltung der Systeme nur über den "Imperativ der Koexistenz" zu erreichen sei.

### Kritischer Forschungsansatz...

In der 1970 gegründeten, wesentlich von den Friedensforschern selbst verwalteten DGFK stand diese Thematik im Vordergrund:

Die wissenschaftlich zu analysierenden Wandlungsperspektiven schlugen sich in dem neu aufgestellten Forschungsförderungsprogramm nieder, das neben anderen den Titel "Übergangsstrategien in Europa" enthielt. Eine weitere kritische Intention wurde mit der Installierung des Forschungsbereichs "Der Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Struktur und außenpolitischem Verhalten" erreicht, der innergesellschaftliche Bedingungen für Krieg und Frieden ermitteln sollte. Damit hängt ein der Gründung der DGFK vorausgehendes Gutachten zusammen, in dem ausdrücklich gefordert wurde, daß es eine Bandbreite, eine "Pluralität der Forschungsansätze" geben müsse, die auch die

Förderung marxistischer oder mit sozio-ökonomischen Prämissen arbeitende Forschungsvorhaben einschließen sollte (Autor: Prof. Dr. Karl Kaiser).

Der erste Schritt zur Liquidation der Gesellschaft bestand darin, daß die sozialliberale Ministerialbürokratie diesen und eine Anzahl weiterer Punkte 1973 aus dem Programm herausstrich: Ein erster Schlag gegen die sich selbst als kritisch verstehende Richtung der Friedensforschung, deren Selbstverständnis die Wannsee-Konferenz 1971 so beschrieben hatte: "Kritische Friedensforschung begreift sich selbst als wissenschaftlicher Parteigänger von Menschen, die durch die ungleiche Verteilung sozialer und ökonomischer Lebenschancen in und zwischen Nationen, also durch strukturelle Gewalt betroffen sind, also von den Ausgebeuteten, den sozial diskriminierten und von unmittelbar in ihrer physischen Existenz Bedrohten."

Eine solche Ausrichtung der öffentlich geförderten Forschung war der damaligen CDU/CSU-Opposition im Deutschen Bundestag, vor allem den MdB's Althammer (CSU) und Pfeiffer (CDU, jetzt parlamentarischer Staatssekretär im BMBW), ein Dorn im Auge, die bei jeder Gelegenheit die Liquidation der DGFK forderten und die kritischen Friedensforscher als Bader-Meinhof-Helfershelfer diffamierten.

Über den von Franz-Josef Strauß befohlenen und vom Freistaat Bayern zuerst vollzogenen Austritt aus der Gesellschaft, der ein Jahr nach dem Austritt mit einem Gutachten über die angeblich links-extremistische Unterwanderung der DGFK durch den deutschnationalen, politikwissenschaftlichen Außenseiter H.J. Arndt aus Heidelberg wissenschaftlich untauglich zu belegen versucht wurde und dem dann folgenden Austritt der CDU-Länder wurde die Gesellschaft langsam sturmreif geschossen. Und das, obwohl die Deutsche Forschungsgemeinschaft und der eher konservative Wissenschaftsrat der DGFK seriöse wissenschaftliche Arbeit ohne Einseitigkeit bescheinigten.

Die Erfolge der Gesellschaft liegen vor allem in der in Deutschland erst spät vollzogenen Institutionalisierung der Friedensforschung, das Budget war schmal gegenüber dem unvergleichlich höheren Aufwand der Bundesregierungen für Verteidigungs- und Sicherheitsforschungen. Ihre Erfolge:

Die Schaffung einer jährlich international zu besetzenden Carl-von-Ossietzky-Professur und ein Preis für friedensfördernde Jugendbücher, vielfältige Beratungen, Tagungen und Publikationen. Ihre Kritik richtete sich immer wieder gegen den militärisch-industriellen Komplex, sodaß sich selbst die in ihrer Tätigkeit gestörten bun-

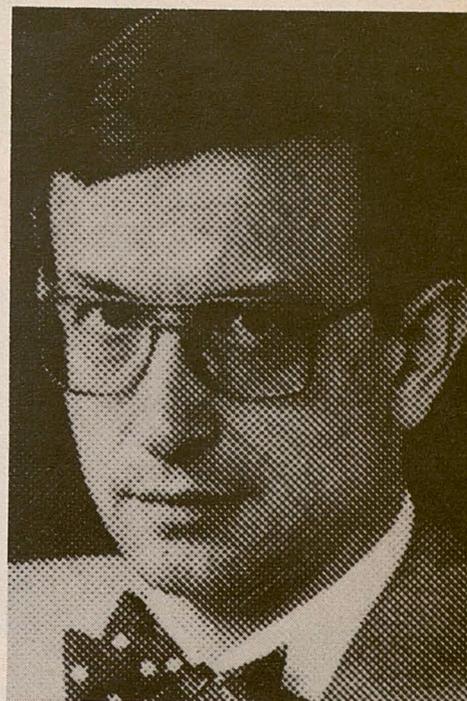
desdeutschen Waffenhändler zu der Qualifizierung als "Handlanger Moskaus" herausgefordert fühlten.

... und die Konsequenz: Liquidation  
1983 gelang der Rechtskoalition endlich die Liquidation: Zum Jahresende soll die Gesellschaft, die Projekte und Seminare der Friedensforschung förderte, ihre Arbeit einstellen. Die von der Politik ausdrücklich erbetenen Ratschläge für die Praxis also, der Weg aus dem Elfenbeinturm der reinen Wissenschaft, führte dazu, daß über den Ausgängen aus diesem Turm "das Fallbeil angebracht" wurde, wie es der Leiter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung Egbert Jahn ausdrückte. Eine vergleichbare Nachfolgeinstitution, die sich ebenfalls dem Engagement zum Frieden verantwortlich fühlt, ist nicht in Sicht. Eher muß man bei einem Blick auf die grundlegende Veränderung internationaler Problemlagen und damit wissenschaftlicher Fragestellungen das Gegenteil von Friedenswillen seitens der Herrschenden vermuten.

So ist seit Ende der 70er Jahre eine schwerwiegende Krise des kapitalistischen Systems zu beobachten, deren Globalstrategie nach einer Phase der relativen Entspannung zur offensiven Konfrontation zurückkehrt und mit dem internationalen und nationalen Ausbau des militärischen Droh- und Gewaltpotentials und der Rückkehr zu immer mehr autoritären Herrschaftsformen und -methoden, einer umfassenden Demontage des sozialen Systems, den Plänen eines fährbaren Atomkriegs in Europa solche entgegengesetzten Bemühungen der Wissenschaft in klarer politischer Absicht administrativ hinwegweischt und eine neue, weltweit von den USA dominierte Weltordnung anstrebt - Pläne, vor denen der Frankfurter Friedensforscher E.O. Czempel schon im Jahrbuch 1979 der DGFK warnte.

Verständlich, daß Friedensforschung die diesen Schein des Friedens als "Terrorfrieden" (Senghaas) entlarvte, in der die permanente Erziehung der Gesellschaft zum Unfrieden als Friedensstrategie verkauft wird, hinter der sich ein durch die Abschreckungspolitik gestütztes "System organisierter Friedlosigkeit" entwickelt hat, das durchdacht und systematisch organisiert wird und täglich unter Einsatz modernster Mittel weiterentwickelt wird und die Wissenschaftlich angeleitete Organisation des Unfriedens zum Ziel hat, nicht mehr benötigt wird, auch wenn die Regierung das Gegenteil behauptet. "Der kommende Krieg", so sagte einer der Hestoren der bundesdeutschen Friedensforschung, Prof. Dieter Senghaas schon 1972 voraus, "wird mit wissenschaftlicher Akribie vorbereitet und die Kriegsbilder

sind bis ins Einzelne durchdacht." So hatte auch Forschungsminister Riesenhuber zu Beginn 1983 in einer Rede vor den Leitern bundesdeutscher Forschungsinstitute die Richtung klargemacht: Die Bundesregierung erwarte von den Geisteswissenschaften keine weitere "nörgelnde Zivilisationskritik."



Technologie - Fan Riesenhuber: "nörgelnde Zivilisationskritik" ausschalten

Das ist die fundamentale Trendwende, die sich hinter der wissenschaftlichen Formierung, von der die Liquidation der DGFK nur die Spitze des Eisberges darstellt, verbirgt. Im entscheidenden Herbst 1983, der die größten Manifestationen außerparlamentarischer Aktivitäten für den Frieden erlebt, müssen wir uns auch dagegen wehren:

Daß die Schulen und Hochschulen wieder zu Brutstätten der Militarisierung werden und die Friedensforschung die Möglichkeiten aus der Hand geschlagen bekommt, die Ursachen des gegenwärtigen Unfriedens zu erkennen. Das heißt: Endlich die Forderung nach der Demokratisierung der Bildung, insbesondere der Friedensforschung mit in die Diskussionen einzubringen und die immer stärker drohende Instrumentalisierung von Wissenschaft und Bildung für Militarismus und Krieg zu unterbinden. Im Namen des Weltfriedens.

Ingo Arend



Jetzt ab 19.00 Uhr geöffnet !!

Franzstr. 36, hinterm Stadthaus  
Tel.: 65 12 97

TREIBHAUS  
TWEIBHUNZ  
TREIBHAUS  
TWEIBHUNZ  
TREIBHAUS

# Optionen für den Atomkrieg

## Teil 2



In der letzten Ausgabe der "Akut" ist der erste Teil dieses Artikels der GAG erschienen, der u.a. die Veränderungen der Atomwaffenstrategien und die Hintergründe des "Nachrüstungsbeschlusses" zu beleuchten versuchte. Beide Supermächte versuchen zu neuen Optionen zu kommen, indem man durch ein flexibleres Atomwaffenpotential und neue Strategien zu zusätzlichen politischen Handlungsspielräumen gelangen will. Bisheriger Höhepunkt sind die Pentagonpläne, mittels einer Strategie des führ- und gewinnbaren Atomkrieges neue Möglichkeiten des politischen und militärischen Drucks zu eröffnen.

### 6. Die Waffen für die neue Strategie: Pershing II

Von NATO-Seite wird behauptet, die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen seien reine Defensiv-, also Zweitschlagswaffen. Dabei würden die nicht verbunkerten Pershings bei einem massiven sowjetischen Erstschatz innerhalb von wenigen Minuten zusammen mit Westeuropa untergehen. Zu einem Zweitschlag von Westeuropa aus, der ja nach den Vorstellungen europäischer Politiker die Anknüpfung der USA an einen Krieg in Europa bringen soll, käme es gar nicht mehr. An dieser Tatsache verfangen sich alle offiziellen Begründungen für die "Nachrüstung" (Zweitschlagsfähigkeit und Abkoppelungstheorie). Andererseits hat die Pershing II alle Eigenschaften einer Waffe, die bei einem Ersteinsatz alle Hoffnungen auf eine Ausschaltung des Gegners zuläßt. Diese Rakete ist durch eine neuartige Zielsteuerung genauer als jede andere. Sie soll mit maximal 30 m Abweichung ins Ziel treffen, die SS 20 ist dagegen mit einer Zielgenauigkeit von ca. 300 m bestenfalls eine Flächenvernichtungswaffe. Der "Earth-Penetrator-Gefechtskopf" läßt die Rakete 12 m in den Boden eindringen, bevor sie explodiert. Das läßt die Ausschaltung von Befehlszentralen und Raketensilos zu, der "Nebenschaden" (d.h. Bevölkerung) ist relativ gering. Sind das Eigenschaften einer vergeltenden Zweitschlagswaffe?

Die Reichweite soll nach offiziellen Angaben 1800 km betragen (das würde nicht bis Moskau reichen), aber eine verbesserte Ausführung mit ca. 2500 km ist bereits in Arbeit. In der Vorstellung der NATO-Militärplaner paßt die Pershing II haargenau

zu den Plänen der Enthauptung, die durch einen massierten Einsatz mit anderen Nuklearwaffen (U-Boote, Cruise Missiles) denkbar und möglich scheint. Diese Möglichkeit schafft neue Optionen und auch wenn der Erstschatz nicht geplant sein sollte, kann durch die "Nachrüstung" ein enormer politischer Druck ausgeübt werden. Und wer garantiert uns, daß die SU dem nicht zuvorkommen will, wenn sie von der Ernsthaftigkeit der amerikanischen Drohung überzeugt ist?

Übrigens: die Pershing II ist schon seit Anfang der 70er Jahre in der Planung, die SS 20 ist erst seit 1976 im Westen bekannt. Der Produktionsauftrag lag zeitlich auch vor dem Brüsseler Beschluß von 1979; angeblich sollen auch schon 226 Pershings beim Hersteller geordert sein und die müssen in der Nähe der SU stationiert werden. Die "Nachrüstung" scheint also nur der erste Schritt in einer neuen Aufrüstungsrunde zu sein.

### 7. Die "Abrüstungsverhandlungen" in Genf

Das Wort "Abrüstungsverhandlungen" geht einem angesichts der Genfer Realitäten nur schwer über die Lippen. Über weite Strecken erschien es als ein Ringen um gegenseitige Schuldzuweisungen beim endgültigen Platzen der Verhandlungen. Wir unterstellen hier, daß keine Supermacht ein ernsthaftes Abrüstungsinteresse, geschweige denn die Bereitschaft zu einseitigen Vorleistungen hat. Die ganzen teuren Raketen werden ja nicht wegen eines "unverschuldeten" Wettrüstens gebaut, sondern weil damit auch Optionen, Macht und Unterdrückung ermöglicht und aufrecht erhalten werden. Weder USA noch SU sind bereit, auf ihre Positionen zu

verzichten, zumal die Meinungen wer welche hat, nicht auf einen Nenner zu bringensind. Die USA sind nicht bereit, auf die neuen Optionen zu verzichten, die potentielle Erstschatz in Europa bringen. Die Maximalforderung der "Null-Lösung", die nur in der SU Abrüstungsschritte verlangt hätte, wurde sicherlich von vorn herein als für den Krenl nicht akzeptabel eingeschätzt.

Der einzige halbwegs konstruktive Ansatz, das sogenannte Waldspaziergangs-Konzept, wurde von den Hardlinern auf beiden Seiten gekippt. Danach hätte die NATO auf die Pershings verzichtet und lediglich 75 Cruise Missiles stationiert, der SU wären 75 SS 20 im europäischen Teil geblieben (= 225 Sprengköpfe); die britischen und französischen Systeme wären nicht offiziell einbezogen, aber dennoch berücksichtigt worden.

### 8. Britische und französische Systeme

Die Einbeziehung oder Nicht-Einbeziehung dieser "Drittstaaten-Systeme" ist ein zentraler Knackpunkt der Verhandlungen, der letztendlich auch als Grund des Scheiterns anzusehen ist (abgesehen von der sowieso nicht existenten Bereitschaft). Doch was hat es damit eigentlich auf sich?

Derzeit haben beide Länder zusammen 162 nukleare Gefechtsköpfe, es laufen jedoch gigantische Aufrüstungsprogramme, nach denen es in 10 Jahren etwa 1500 sein sollen (vor allem auf U-Booten)! Die Klassifizierung ist etwas problematisch: der Reichweite nach sind es Mittelstreckenwaffen, da sie aber das sowjetische Kernland erreichen können,





# GRENADA IS - IMPERIALISMUS LIVE

"RONALD REAGAN HAT SEINEN RUBIKON ÜBERSCHRITTEN ..."

AUS DER ZEITUNG "DIE WELT"

"... Aber Sicherheit kann man nicht durch Nichtstun erreichen ..."

"... In Aktionen wie dem Landeunternehmen in Grenada tritt eine politische Führung aus dem Schatten der Alltäglichkeit heraus in das harte Licht geschichtsverändernder Tat ..."

"Dies ist seit langem der erste Faktor von Optimismus für die Zukunft der Demokratien. Man hielt Amerika für schwach, defätistisch und kapitulationsgeneigt. Es hat bewiesen, daß man sich irrte ..."

"... dahinter steht eine Güterabwägung, die genau und glaubhaft erläutert sein will, soll der Schritt in die Entscheidung von einer demokratischen Gesellschaft nachvollzogen werden können ..."

Die 'Welt' vom 27.10.83, 3 Tage Zeit hatten sie also gebraucht, um herauszukommen aus der Defensive, in dem sich die Rechtskräfte allgemein nach dem Überfall der amerikanischen Truppen (und ihrem Anhängsel aus Jamaica, Barbados und Dominika) auf Grenada befanden.

24. Oktober: amerikanische Truppen und ihr karibisches Anhängsel überfallen Grenada, der Flugzeugträger 'Independenz' bringt den Grenadiern genau die Abhängigkeit und Unterdrückung zurück, vor der sich diese kleine Insel vor 4 1/2 Jahren befreite. Einmal mehr zeigt sich der aggressive Charakter der USA-Außenpolitik, die in Grenada nun das vollzieht, was sie im Libanon die Israelis für sich tun ließ und in Nicaragua auf subtile Art und Weise erledigt.

Grenada, kleiner als Bremen und soviel Einwohner wie Beuel, fristete bis 1979 das Durchschnittsdasein eines armen Inselstaates im sogenannten Hinterhof der USA: es war 200 Jahre englische Kolonie, bis es 1974 in die 'Unabhängigkeit' entlassen wurde, Mitglied des Commonwealth; es hatte seinen korrupten und leicht debilen Diktator - Eric Gaily - der 'sein Herz für reiche Amerikaner entdeckte und die Insel zu einem Paradies für die US-Mafia machte' (WDR II, 2:1, 26.10.83),

die ganz 'normale' Armut und eine gigantische Arbeitslosigkeit - und ein Volk, das blutig unterdrückt werden mußte, weil es sich zu wehren begann. 1972 schloßen sich die oppositionellen Kräfte auf Grenada in dem New Jewel Movement zusammen.

JEWEL steht für Joined Endeavour for Welfare, Education and Liberation = Vereinigtes Bemühen für Wohlfahrt, Erziehung und Befreiung. Einer ihrer führenden Köpfe war Maurice Bishop, der aus der amerikanischen Black-Power Bewegung kam. Am 13. März 1978 endlich gelang es 45 Männern und Frauen, die korrupte Regierung über Nacht aus dem Land zu jagen - ohne einen Tropfen Blut zu vergießen. Das Volk führte nun mit Reggae und Calypso ihre 'Revo', wie sie liebevoll abgekürzt wurde. Aber was war das nun für eine 'Revo', was machte die neue revolutionäre Volksregierung (PRG) unter Premierminister Maurice Bishop? Sie kurbelte die völlig zusammengebrochene Wirtschaft an - die sie im übrigen nicht verstaatlichte - und organisierte das Gesundheitswesen und die Volksbildung völlig neu. Die Unterstützung suchte und fand sie sowohl im Westen (die EG gab Kredite für den Flughafenusbau), als auch bei Kuba (das Ärzte und Bauarbeiter schickte). Schnell stellten sich

Erfolge ein: Polikliniken, Ambulanzstationen, die die Grenadier bislang nur vom Hören-Sagen kannten, entstanden überall auf der Insel; zusammen mit Alphabetisierungskampagnen wurde beispielhaft ein Konzept der Gesundheitserziehung an Schule, Arbeitsplatz und Wohnung verwirklicht (DVZ, 27.7.83).

Auf sozialem Sektor wurden die Arbeiter und Bauern besser abgesichert und ihr Realeinkommen gesteigert (DVZ, 7.4.83). Selbst die Weltbank (!!) konnte 1981 nicht umhin, Grenada zu loben: in der Ostkaribik war es das einzige Land, was ein wirtschaftliches Wachstum verzeichnen konnte. Selbstbewußt und stolz verkörperte Grenada ein Stück nationale Unabhängigkeit, es war den USA und ihren Getreuen auf den ostkaribischen Nachbarinseln ein 'Pfahl im Fleisch' (Jamaica-Korrespondent des ARD im WDR II, 26.10.83). Deshalb, und nicht weil es eine militärische Bedrohung darstellte, erklärte Reagan am 30.3.1983 Grenada offiziell zum Sicherheitsrisiko für die USA. Diese Pressekonferenz, auf der Reagan die Jewel-Leute als 'Linke Schurken' bezeichnete, markierten zu dieser Zeit den Höhepunkt eines US-Propaganda-Kreuzzuges gegen Grenada, welcher Hand in Hand ging mit 'gewohnten' Destabilisierungsmaßnahmen (ein Beispiel: der Weltmarktpreis für Muskatnuß, das

# Chemie: Magnifizenzens neuer Gag

Die Uni-Leitung bastelt. Sie schustert herum, um Finanzlücken zu verkleistern. Stolz sind sie auch noch: "Einzigartige Solidaraktion mit der Chemie!" (Bonner Lokalpresse)

Tatsächlich wurden Nachlässigkeiten begangen und ein Eigentümer geschossen. Und so ein bißchen schubste man auch wieder an der Wahrheit.

Eine Woche lang war die Abteilung für organische Chemie geschlossen. Es fehlte an Finanzen für dort gebrauchte Materialien. Selbst die Praktika - notwendiger Studienanteil mit verpflichtenden Charakter - waren in Gefahr. Das Rektorat wurde um Hilfe gebeten.

Statt gemeinsam mit Studenten wie auch Professoren Druck nach Düsseldorf zu machen - dort waren die Gelder verweigert worden - initiierte die Unileitung "ihre" Solidaritätsaktion. Die sah dann so aus:

In den Büros verschiedenster Institute und Seminare - über die ganze Uni verteilt - ruft ein Herr Hartmann aus der Verwaltung an und fragt, ob dort Geld an die Chemiker verliehen werden könne. Nach der naturgemäß sofort erfolgten Ablehnung offenbart Hartmann seine intimen Kenntnisse der Kontostände und macht so aus seiner Frage eine fordernde Bitte. Selbst einzelne Lehrstuhlinhaber wurden auf diese Weise genervt, und sogar Dankesbriefe des Herrn Hartmann für so "gespendete" Summen soll es geben.

Dieses Verfahren ist schädlich: Verleihende Institute können dieses Geld nicht ausgeben (obwohl sie es bräuchten), und genau um jene Summen droht ihnen demnächst die Kürzung des Haushaltsansatzes wegen "offensichtlicher" Überhöhung.

Dieses Verfahren ist ohne jede Perspektive: Die Chemie, bis 1985 mit laufenden Rechnungen belastet und tatsächlich hoch verschuldet, soll die 145.000 DM "geliehenen" Gelder nächstes Jahr zurückzahlen. Damit wird ein unlösbares Problem nur vor sich hergeschoben.

Dieses Verfahren ist dumm: Es basiert auf der Illusion, Solidarität sei "Gemenge unter der Bettdecke". Nichts wird so gelöst, wohl aber einer Ideologie des Verzichts und der Selbstbeschränkung Vorschub geleistet. Das ist die Fiktion der "Selbstheilungskräfte" auf anderer Ebene.

Und dieses Verfahren ist zumindest nicht ganz ehrlich: Nach eigenen Aussagen hatten die Chemiedozenten gar nicht den Eindruck, als müsse erst gesammelt werden. Sie dachten, diese mittel gäbe es tatsächlich. Und dadurch, nur dadurch ließen sie sich beruhigen.

Nun mal ehrlich, Magnifizenz...



Soviel zum Überfall und seiner Vorgeschichte.

Nach dem 24.10.83 waren die Rechtskräfte zuerst einmal gehörig in der Defensive: die weltweite Empörung, die weit bis ins bürgerliche Lager hineinreichte, zwang sogar die Bundesregierung zu einer faden-scheinigen Distanzierung. Immerhin! Obwohl zu erwarten war, daß auch in der Bundesrepublik zur Gegenoffensive geblasen würde, sobald der erste Proteststurm verebbt war, hat mich dennoch die Offenheit und Brutalität der Kommentare in 'Welt' und 'FAZ' geschockt, wütend gemacht.

In der Welt vom 27.10.83 erschienen drei Kommentare zu Grenada:

"Die Landung in Grenada ist mehr als ein militärisches Unternehmen... eine politische Führung tritt aus dem Schatten der Alltäglichkeit heraus in das harte Licht der geschichtsverändernden Tat... Man bekämpft diese (kubanische und sowjetische) Präsenz nicht mit anti-kubanischer Rhetorik, man BEKÄMPFT und BESIEGT sie und widmet sich der unmittelbaren folgenden Aufgabe der Wiederherstellung einer freiheitlichen Ordnung... Aber die Bedrohung, der sich die Karibik-Staaten angesichts der Entwicklung in Grenada ausgesetzt sahen, ist nur ein Miniaturbild der weltweiten Kalamität, unter der die internationalen Beziehungen leiden. Die hehren Prinzipien der UNO-Charta können den wehrlosen Teil des Globus, nämlich der Dritten Welt, keinen ausreichenden Schutz mehr bieten."

Der Kommentar schließt mit dem Zitat eines Kronzeugen: "Es hilft unserer Verpflichtung zum Frieden nur wenig", sagte Haig damals, "wenn wir das Recht zum militärischen Eingreifen dem rücksichtslosesten Mitglied der internationalen Gesellschaft überlassen."

Daß der Amerika-Korrespondent Undinger mit dieser Meinung nicht alleine steht, beweist in der gleichen Ausgabe sein Kollege Enno v. Loewenstein, wenn er den Unterschied zwischen Grenada und Afghanistan erklärt:

"Sie (die Intervention in Grenada) ist nicht erfolgt, um die Freiheit zu unterdrücken im Namen einer Weltrevolution per brüderlicher Hilfe, sondern sie ist erfolgt, um die Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen von Grenada wiederherzustellen."

Diese Kommentare verraten, was Reagan mit seiner lächerlichen Rechtfertigung zum Überfall auf Grenada nur verschleiern wollte:

Kanonbootpolitik, Krieg als Mittel zur direkten Durchsetzung eigener kapitaler Interessen ist die Antwort der US-Regierung auf das Streben der Völker der Dritten Welt nach Unabhängigkeit.

Heute ist Grenada das Opfer und morgen vielleicht schon Nicaragua.

Harald Nissen

Hauptexportgut Grenadas, sank seit 1979 kontinuierlich, die erwarteten Gewinne blieben aus, zusätzliche wirtschaftliche Probleme erschwerten die Arbeit der Revolutionsregierung).

Der Druck auf Bishop und seine Regierungspartei wuchs auch von innen: steigende Arbeitslosenzahlen schafften Unzufriedenheit in der Bevölkerung, im Volk wie in der Jewel-Party stellte sich immer drängender die Frage: wie weiter? Es kam darüber zur Spaltung: Bishop verkörperte die pragmatische Position, die Verstaatlichungen und radikale gesellschaftliche Veränderungen aus taktischen Gründen vermeiden wollte und die Wirtschaftskrise mit marktwirtschaftlichen Mitteln überwinden wollte (er setzte dabei vor allem auf die Devisen aus dem Tourismus, der durch den Flughafenneubau großen Aufwind bekommen sollte), während auf der anderen Seite, ihr Führer war Bernard Coard, die Forderung nach mehr Sozialismus ('socialisme now') immer lauter stellte.

Das war die Situation auf Grenada im unmittelbaren Vorfeld der Ereignisse, die erst zum Sturz Bishops (12.10.83), dann zu seiner Befreiung und anschließenden Ermordung (19.10.83) führten, und den Amerikanern den willkommenen Vorwand zum Eingreifen lieferten (24.10.83). Die Chronologie der Ereignisse genau wiederzugeben ist selbst zwei Wochen nach dem Überfall aufgrund fehlender Informationen sehr schwierig. Die detailliertesten Informationen enthalten die offiziellen Erklärungen der kubanischen Regierung (als Dokumentation erhältlich in der Botschaft Kubas).

Sie enthalten vor allem eine erste vorsichtige Einschätzung der Entwicklung auf Grenada: Hauptgrund für die Eskalation der Auseinandersetzung innerhalb der Jewel-Party sind demnach nicht so sehr die unterschiedlichen politischen Positionen, sondern vielmehr persönliche Rivalitäten, 'subjektive Faktoren' innerhalb der Führungsgremien der Partei. Der Tod Bishops wird entschieden verurteilt und das Vorgehen der neue Machthaber auf Grenada als äußerst gefährlich für den revolutionären Prozeß bezeichnet; die Regierungserklärung vom 19.10.83 prophezeit: "Nur noch ein Wunder kann die Revolution auf Grenada retten".

Leider sollten sie Recht behalten: die Amerikaner zögerten nur einige Tage, bis sie mit ihrem berühmt-berüchtigten 'big bluff' die Hoffnungen Grenadas auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zerschlugen. Ob und inwieweit der amerikanische Geheimdienst CIA auch hier seine Finger im Spiel hatte, läßt sich (noch) nicht beweisen. Daß jedoch gerade die Situation auf Grenada ein ideales Terrain für Geheimdiensttätigkeiten abgab, wird niemand bestreiten.

"Schritt für Schritt, Krieg für Krieg treibt uns die Außenpolitik des amerikanischen Präsidenten in die direkte Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, in den Weltkrieg." Senator Alexander



**AKUT**

# **AKUT**

---

## **im Kreuzfeuer**

---

*Ein Besuch beim Leser*

*Aufgaben der AKUT - Themenwahl - Inhalt der Artikel -  
Arbeitsweise der Redaktion - Kritik und Lob - Fragen an die  
Redaktion*

### **AKUT als Gegengift ?**

"Die bürgerlichen Parteien beherrschen die kommerziellen und öffentlich-rechtlichen Medien in der BRD und West-Berlin praktisch total. An der Tagespresse z.B. haben die linken Zeitungen einen Anteil von ca. 0,4 %. Das ist kein Wunder, denn die Verleger der BRD sind kapitalistische Unternehmer. Welcher Unternehmer wird zulassen, daß in seinem Blatt der Sozialismus, d.h. seine Entelgnung, propagiert wird, daß die Leute, aus deren Arbeitskraft er seinen Profit zieht, darin zu Wort kommen. (...)

Die rechten Gruppen und Parteien pflegen immer dann nach "Pluralismus" und "Ausgewogenheit" zu brüllen, wenn ein Medium droht, ihrer Kontrolle zu entgleiten. Wir meinen zwar, daß die Stärke unserer Argumentation sich in der Auseinander-

setzung mit der der Bürgerlichen zeigt und nicht in deren Unterschlagung. Aber wir halten es nicht für sinnvoll, tausendmal verbreitete Meinungen zum tausendunderstenmal zu bringen."  
(aus dem Vorwort von AKUT Nr. 193)

### **Über den Tellerrand hinaus**

Die Universität ist keine Insel. AKUT behandelt deshalb nicht nur Hochschultemen. Wir bemühen uns allerdings, Hochschulbezug deutlich zu machen (s. Schwerpunkt "Frieden").

---

# **Montag, 5.12.,**

---

# **20<sup>00</sup>, HS 8**

---